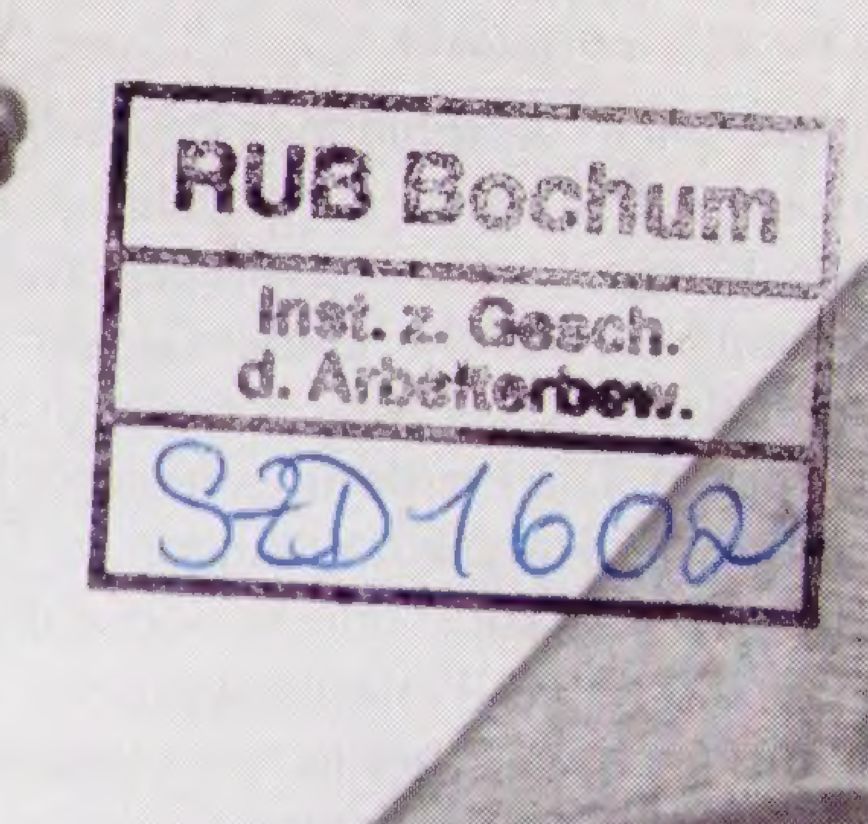
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

iD

erscheint wöchentlich NR.287 22.Juni 79
1.50 incl.MWSt. D 1870 CX
Redaktionsschluß Mittwoch, 16 Uhr



" Leute, ich find das unheimlich geil hier ! Und jetzt machen wir nochn Knallstück – und dann gehn wir..." Zitat: Udo Lindenberg, 17.6.

HUNGER– UND DURSTSTREIKS

Mittlerweile sind etwa 70 Gefangene im Hungerstreik. Neu hinzugekommen ist Rolf Heißler. Siegfried Haag und Irmgard Möller sind in den Durststrik getreten. Irmgard Möller und Gerd Schneider werden zwangsernährt. Christoph Wackernagel hat den Hungerstreik nach 14 Tagen am 11. Juni abgebrochen.

Solidaritäts- und Presseerklärungen

In Paris fand eine Pressekonferenz statt, bei der die folgende Erklärung abgegeben wurde:

"Siebzig Gefangene in verschiednen deutschen Gefängnissen haben einen neuen Hungerstreik begonnen. Zum Teil seit sechs Wochen. Einige werden inzwischen zwangsernährt und ihr Leben ist somit in Gefahr. Dieser Gefahr ist keine leere Vorstellung, denn schon Holger Meins ist auf diese Weise im November 1974 gestorben. Die Forderungen dieses Hungerstreiks sind die Verbesserung der Haftbedingungen:
— Abschaffung der Isolation und Kleingruppenisolation
— Abschaffung des neuen Isolationssystems, das jedes emotionelle Leben auslöscht, welches in den Massenmedien wie ein erstklassiges Gefängnis kritisiert wird.

Diese Täuschung ist tatsächlich perfekt: Einige Gefängnisse haben Gemälde, Grünpflanzen in den Gängen, Radios in den Zellen (nur eine Welle), einige Zeitungen und Bücher ("gut" ausgesucht). Dieser "Luxus" soll weiter nichts als die Wirklichkeit vertuschen. Menschen abgeschlossen von Menschen und einer langsamen, ganz feinen unaufhörlichen Kontrolle ausgesetzt, im Blickfeld der Kameras und Mikros, ausgeschlossen von jeder tiefergehenden menschlichen Kommunikation sind sie einer Verschlechterung ihres psychischen und psysischen Zustandes so weit ausgesetzt, daß der Zustand womöglich unwiderruflich zur Vernichtung des ganzen Individuums führt.

Der neue Strafvollzug scheint sich in Europa zu verallgemeinern. Seit 1974 konstruiert man in Frankreich Sicherheitstrakte.

Es ist notwendig, sofort den Forderungen der Gefangenen nachzukommen, damit dieser Hungerstreik aufhört und diejenigen gerettet werden, die in Lebensgefahr sind. Darüberhinaus müssen überall Aktionen durchgeführt werden, damit dieses unmenschliche Haftsystem abgeschafft wird. Wir unterstützen die Kampagne der Verteidiger und der Angehörigen der Gefangenen, damit die Wirklichkeit der Haftbedingungen sowohl der öffentlichen Meinung als auch den humanitären Organisationen bekannt wird.

Diese Erklärung haben neben zahlreichen weiteren Persönlichkeiten unterschrieben:

—G. Casalis
—J. P. Vigier
—M. Parent
— M.A.J. (Mouvement d'Action Judicaire)
— Collectif Travailleurs Justice

Folgende Anwälte haben einen Offenen Brief an Weltkirchenrat, Rotes Kreuz, Amnesty International und andere Organisationen geschickt, in dem sie darum bitten, die Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft der Gefangenen zu unterstützen. Die Original-Unterschriften des Briefes befinden sich bei Rechtsanwältin Gerlinde Oberländer-Pohl, Kiesstr. 27, 6000 Frankfurt:

Axel Galette (Kiel)
Eberhard Reineke (Hamburg)
Peter Doll, Nürnberg
Ulrich Roeder, Nürnberg
Kurt Groenewold, Hamburg
Margret Nimsch, Frankfurt
Dr. Jürgen Fischer, Ffm.
Helmut Funke, Frankfurt
Gernot Werschak, Ludwigsh.
Erich Mika, Frankfurt
Hugo Brentzel, Dortmund
Bernd Koch, Frankfurt
Hartmut Tschacksch, Offb.
Rüdiger Dackers, Bochum
Gerlinde Oberländer-Pohl,Ffm.
Christian Wiehe, Mannheim
Karl-Heinz Weidenhammer, Ffm
Werner Robbers, Ravensburg
Wilhelm Barabas, Frankfurt
A. Lütkes, Köln
Joachim Eckhoff, Berlin
Horst Iser, Frankfurt
Eberhard Kempf, Frankfurt
Axel Kollbach, Frankfurt
Hartmut Jacobi, Hamburg
Thomas Eissing, Hamburg
Gerd Temming, Frankfurt
Armin Golzem, Frankfurt
Rudolf Schön, Frankfurt
Heinz Funke, Frankfurt
Bertold Lay, Offenbach
Christoph Kremer, Ffm.
Hans-Joachim Weider, Ffm.
Georg Schumacher, Mainz
Wolfgang Heiermann, Bochum
Heinz J. Borowsly, Ffm.
Detlev Feuerborn, Mannheim
Wolfgang Panka, Berlin
Wolfgang Schmid, Essen
Michael Kern, Berlin

Rolf Heißler — fast erschossen

Rainer Koch, Rechtsanwalt von Rolf Heißler, schildert in einer Pressemitteilung die Situation seines Mandanten:

"Nachdem mein Mandat am Sonntag, dem 10.6.79, nur achtzehn Stunden nach seiner schweren Kopfoperation in einer Blitzaktion des BKA per Hubschrauber von Frankfurt nach Straubing geflogen wurde, ohne daß ich ihn nochmals sprechen konnte, war mir dies erst gestern, am 13.6.79, in Straubing möglich. Mein Mandant gab noch einmal eine ausführliche Darstellung der Ereignisse vom 9.6.79, die ich wie folgt wiedergeben will:

Am 9.6.79 kurz nach 8 Uhr morgens kehrte Herr Heißler in die Wohnung Textorstr. 79 in Frankfurt/M. zurück. Dabei hatte er eine Reisetasche, in der sich Brötchen und sechs Tageszeitungen befanden. Vor dem Hause angelangt, öffnete er den außen am Haus angebrachten Briefkasten, aus dem er einen Briefumschlag entnahm, in dem sich der Zimmerschlüssel befand (dieser war also nicht, wie teilweise behauptet wurde, mit einem Magnet im Briefkasten befestigt). Vor seinem Zimmer im Erdgeschoß angelangt, öffnete er das Kuvert, entnahm den Zimmerschlüssel und öffnete die Tür, die nach innen in das Zimmer aufgeht. Im gleichen Augenblick sah er einen Schatten, woraufhin er reflexartig einen Schritt zur Seite oder nach hinten (an die genaue Richtung konnte er sich nicht erinnern) machte. Im selben Moment schoß einer der sich im Zimmer befindlichen Polizeibeamten gezielt auf den Kopf von Herrn Heißler. Nur durch dessen Reflexbewegung ging der Schuß nicht zwischen die Augen, was absolut tödlich gewesen wäre, sondern direkt rechts neben dem rechten Auge in den Kopf, wo das Projektil im Schläfenmuskel steckenblieb. Herr Heißler griff weder zur Waffe, noch versuchte er dieses! Vielmehr befand sich sein Revolver noch in dem Holster im Hosenbund, als Herr Heißler bereits durch die Wucht des Schusses zu Boden stürzte. Erst dann, bei der körperlichen Durchsuchung durch die Polizeibeamten wurde ihm die Waffe abgenommen!

Alleine diese Tatsache, sowie die Tatsache, daß die in der Wohnung befindlichen Polizeibeamten durch die gegenüber in der Fahrschule Zilch postierten Kollegen von dem Kommen meines Mandanten informiert worden sein müssen, sie also durchaus nicht überrascht von dessen Erscheinen gewesen sein können, sowie die Tatsache, daß gezielt auf den Kopf meines Mandanten geschossen wurde, legt die Vermutung nahe, daß seitens der Polizei bewußt der Tod meines Mandanten in Kauf genommen wurde.

Dies ist in Zusammenhang zu sehen mit der Erschießung von Willi Peter Stoll in Düsseldorf im September 1978 und der von hinten (!) erfolgten Erschießung von Elisabeth van Dyck in Nürnberg im Mai 1979. Diese ganzen Vorkommnisse legen den Verdacht nahe, die Polizei wolle gar keine Gefangenen mehr machen, sondern das Problem durch den gezielten Todesschuß lösen. Hierfür spricht auch eine Äußerung, die ein Polizeibeamter nach der Festnahme meines Mandanten nach dessen Angaben gemacht hat: "Zwei Zentimeter nach rechts, und wir hätten jetzt dieses Problem nicht!"

Nach der Festnahme wurde mein Mandant in die Universitätskliniken in Frankfurt gebracht, wo ihm unter Gewaltanwendung Fingerabdrücke abgenommen wurden. Hierbei wurden ihm Knebelketten um die Handgelenke gelebt und so fest zugezogen, daß die Kopfwunde wieder zu bluten anfing! Noch am Samstagabend, als ich meinen Mandanten das erste Mal sehen konnte, waren seine beiden Handgelenke rot angelaufen, die Haut war abgeschürft.

Nach Rücksprache mit mir willigte Herr Heißler in die Operation ein, die dann am Samstagabend ohne Komplikationen verlief. Unklar ist noch, inwieweit das rechte Auge verletzt worden ist. Mein Mandant kann zwar Hell und Dunkel noch unterscheiden, wahrscheinlich wird er jedoch nie wieder scharf sehen können. Nach dem Transport nach Straubing wurde mein Mandant sofort von allen anderen Gefangenen isoliert, die Zellen rechts und links neben der seinen im Krankentrakt sind leer. Es ist damit zu rechnen, daß Herr Heißler auch nach der Verlegung in die Vollzugsanstalt vollständig isoliert sein wird, genau wie es alle anderen politischen Gefangenen auch sind. Zur Unterstützung deren Kampfes um menschenwürdige Haftbedingungn, wegen dem sich zur Zeit über 70 Gefangenen im Hungerstreik befinden, ist auch Herr Heißler am 12. Juni 1979 in den unbefristeten Hungerstreik getreten.

Er fordert:
— Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen, wie sie seit Jahren von unabhängigen Gutachtern gefordert wird, vorab jedenfalls die unverzügliche Zusammenlegung mit den ebenfalls in Straubing befindlichen Knut Folkerts und Bernd Rößner sowie mit Christoph Wackernagel, der sich in München befindet

—Abschaffung der Trennscheibe

— Freilassung von Günter Sonnenberg aufgrund dessen Gesundheitszustandes.

Kontakt: RA Rainer Koch, Sandweg 9, 6000 Frankfurt (Main).

Erklärung der Preungesheimer Frauen

Gefangene Frauen in Frankfurt-Preungesheim solidarisieren sich mit dem Hungerstreik und stellen 28 eigene Forderungen:

Als Kulenkampff hier auf den Stuhl des Anstaltsleiters gesetzt wurde, hatte er schon die Linie — vom Justizministerium ausgearbeitet — zur Umstrukturierung des gesamten Vollzugs in der Tasche.
Dieses Konzept wird natürlich als Reform verkauft.
In der Praxis soll das Konzept so aussehen: Trennung der verschiedenen Gefangenengruppen, das heißt , Frauen die wegen Drogen sitzen, Gefangene aus der Guerilla und anderen sozialrevoutionären Gruppen, Frauen, die wegen klassischer Delikte eingesperrt wurden.

Inhaltlich bedeutet es: Verschärfte Repression gegen die gefangenen Frauen, die nicht bereit sind, alles nur hinzunehmen, sondern Widerstand organisieren und sich wehren.



Auf der anderen Seite —
Vergünstigungen für die Frauen, die nichts wollen außer ihren Fraß und ihre Ruhe. Die schon tot im Kopf sind. Völlig verinnerlicht haben, was uns täglich eingetrichtert wird — die da "oben" machen ja soundso was sie wollen; das schaffen wir nie. Nach der alten Methode derer, die die Macht noch haben: Spalte und Herrsche.
Wir können sagen, daß dieses Konzept dazu dient, die Funktion hat, Sicherheit und Ordnung um jeden Preis durchzudrücken, was zwangsläufig gegen die Menschen — hier: gegen die gefangenen Frauen — nur laufen kann.

Therapie für die Drogen-Frauen und Behandlungsvollzug für die

die anderen Gefangenen, heißt immer — Mitarbeit an der eigenen Zerstörung, um als Jasager in die Gesellschaft integriert zu werden.
Die Situation hier eskaliert ständig, seit Kulenkampff, vom Justizministerium als Kommisarischer Leiter bis August 1979 ernannt wurde. Kulenkampffs Methode ist, sich streng an das Strafvollzugsgesetz zu klammern. Das bedeutet unter anderem, daß es für die vielen Frauen — in erster Linie für die, die wegen Drogen hier sitzen — fast unmöglich sein wird, Urlaub zu bekommen, wie im Frauengefängnis Berlin schon praktiziert, daß für jede Kleinigkeit, wo auch nur ein Widerstand erahnt wird, Hausstrafen verteilt werden. Diese Tatsachen hat Kulenkampff mehr als einmal bewiesen. Lest dazu die neue Gefangenenzeitung, die unzensiert von den Frauen gemacht wurde.

Nolte der schon im Herbst 78 (nach unserer Bambule auf der Plattform, womit wir gegen brutale Übergriffe von Bullen auf gefangenen Frauen lautstark protestiert haben) hierher abkommandiert wurde, hat sofort bewiesen, daß er ganz einfach zu dumm ist, weil er seinen Faschismus nur offen rauslassen kann und völlig unkontrolliert ist, z.B. sein Angriff auf Marscha — deshalb ist es unmöglich, daß er hier eine entscheidende Position ausfüllen kann, so konnte er auch nur in die Verwaltung geschoben werden.

Wir sind bereit, mit unserem letzten Mittel, dem kollektiven Hungerstreik, den Kampf gegen die Trennung der Gefangenen nach Delikten aufzunehmen. Wir setzen der Spaltung der Gefangenen unseren kollektiven Widerstand entgegen. Mit unserem Hungerstreik fordern wir in erster Linie, daß Kulenkampff und Nolte ihrer Ämter enthoben werden un gehen. Außerdem, daß Konzentrations-Konzept ersatzlos gestrichen wird.

Was wir dem entgegensetzen,
wofür wir uns selbst organisieren und kämpfen,
ist die Selbstorganisation der Gefangenen.

Dazu unser provisorisches Kampfprogramm:
(Natürlich wissen wir, daß sie unsere Forderungen jetzt nicht erfüllen werden. Wir verstehen es auch als langfristiges Kampfprogramm, um das sich — mit uns zusammen — auch andere Gefangene organisieren sollen.)

1. Wir fordern Versammlungsfreiheit und Informationsfreiheit. Wir wollen eine Selbsthilfegruppe ohne Spitzel machen. Das ist der einzige Weg drogenfrei zu werden. Selbst zu denken, selbständige Entscheidungen zu treffen. Nur so können wir uns die Wahrheit sagen, ohne Angst, daß es von „oben" gegen uns verwandt wird. Wir wollen alles lesen können, was draußen publiziert wird. Wir fordern auch eine freie, unzensierte Gefangenenzeitung. Die Zeitung, die sich jetzt Gefangenenzeitung nennt, ist nur ein lächerliches Sprachrohr der Anstaltsleitung.

2. Wir fordern die Abschaffung der Hausstrafen und des Rollkomandos.

3. Wir fordern die Abschaffung der Isolationshaft. Es ist eine menschenzerstörende Folter.

4. Wir wollen nicht mehr nach Alter, Delikt und Strafzeit sortiert, getrennt werden. Es ist eine total unnatürliche Situation und dient nur der Spaltung der Gefangenenl

5. Wir fordern die Abschaffung der Therapie.
Sie soll nur die Funktion haben, uns in den Arbeitsprozeß zu integrieren. Mit Gewalt sollen wir zurechtgebogen werden um in die Gesellschaft zu passen. Es ist eine Vergewaltigung. Sie wird, kann ja auch nur angewandt werden, wenn wir nach dem Entzug am schwächsten sind.

6. Keine Briefzensur mehr.
Sie verbieten uns die frei Meinungsäußerung und zerstört so auch die Beziehung nach draußen.

7. Wir wollen Bewegungsfreiheit im Haus — keine Gittertüren — und offenen Zellen für die U-Haft.

8. Wir fordern längeren Hofgang.
Vor allem an Samstagen und Sonntagen. Es ist einfach notwendig um gesund zu bleiben.

9. Wir fordern Aufschluß bei Arbeitlosigkeit und Krankheit.

10. Wir fordern Aufschluß bis 24 Uhr und wollen selbst entscheiden, wielange wir Licht und Strom brauchen.

11. Wir fordern die Abschaffung des Trennscheibenbesuchs. Es ist unmenschlich und zerstört unsere Beziehung zu unseren Verwandten und Freunden.

12. Wir wollen generell Besuchsausgang.
Außerdem länger + öfter Besuch und Kinderbesuch.
Unsere Besucher wollen wir auch mir in den Hof und ins Haus nehmen können.

13. Wir fordern die Abschaffung von Zellen + Körperkontrollen, auch bei den Besuchern.

14. Gleiche Haftbedingungen für ausländische Gefangene, Ausgang, Urlaub.

15. Wir fordern, Tariflohn, Streikrecht, Abschaffung der Akkordarbeit, mehr Ausbildungsmöglichkeiten, und zwar nicht nur für typische Frauenberufe.

16. Keinen Einschluß für Neuzugänge. Keine Entzüge alleine auf den Zellen. Gemeinschaftszellen nach freier Wahl.

17. Unüberwachte Telefongespräche.

18. Freie Sexualität — was intime Beziehungen zu Leuten draußen einschließt.

19. Keinen entwürdigenden Abstrich nach Urlaub, Ausgang.

20. In allen Zellen Klos und Waschbecken und tägliches Duschen für alle Gefangenen.

21. Frei Arztwahl und Ausgang zum Arzt.

22. Rente und Krankenversicherung.

23. Vitaminreicheres Essen. Wir wollen nicht andauernd Vitaminpillen schlucken müssen und trotzdem gesund bleiben.

24. Einen preiswerten Kaufmann.

25. Freie Eigengeldbenutzung — auch für Strafgefangene.

26. Keine Beschränkung der Paketzahl.

27. Wir fordern, Gefangenen die anfallenden Kosten zu erlassen.
Das sind: Staats-, Gerichts- und Zollkosten. Außerdem fordern wir, dafür zu sorgen, daß feste Arbeitsplätze und Wohnungen in der Zeit der Inhaftierung erhalten bleiben.

28. Abschaffung des Zwangs, Knastkleidung tragen zu müssen.

Wir solidarisieren uns mir dem Hungerstreik der etwa 45 Gefangenen aus der Guerilla und anderen Gefangenen aus Westdeutschland und West-Berlin. Sie führen diesen beispielhaften Kampf jetzt schon seit etwa sechs Wochen.

Mit der Hauptforderung: die Gefangenen aus der Guerilla zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15-20 Gefangenen zusammenzulegen.

Der Hungerstreik ist für sie das einzige Mittel, kollektiven Widerstand zu leisten, sich Haftbedingungen zu erkämpfen, in denen es möglich ist, zu überleben. Die Geschichte der letzten zehn Jahre hat bewiesen, daß Integration in den Normalvollzug nur bei einzelnen Gefangenen aus der Guerilla gelaufen ist. Fast alle sind vom ersten Tag ihrer Verhaftung in Totalisolation oder Kleinstgruppen isoliert. Isolation istMord auf Raten. Um Physisch, psychisch und als Gruppe zu überleben, können sie deshalb nur interaktionsfähige Gruppen fordern.

Den Widerstand organisieren,
gemeinsam sind wir stark!

Frankfurt-Preungesheim,
den 8. Juni 1979,
Gefangene Frauen

WIE WIRD EIN ZWEIFLER ZUM GLÄUBIGEN?

(aus blatt Nr. 148)

Zur Diskussion um „Solidarität und Hungerstreik" gibt es auch ein Papier vom ollen Fritz Teufel, in dem er zu erklären versucht, warum er persönlich sich nicht am Hungerstreik beteiligt und wo er seinen Standpunkt darstelle. Um Mißverständnissen vorzubeugen: F.T. spricht hier für sich allein und nicht für irgendwelche Gruppierungen. Das folgende sind kurze Auszüge aus einem längeren Papier:

. . . Ich habe die Schnauze voll von den Hungerstreiks der gefangenen Gerilja, aber mehr noch von der Art und Weise wie sie ablaufen, vorbereitet werden und nach Ablauf verarbeitet werden bzw. nicht verarbeitet werden. . . .

. . . Strenggläubige (orthodoxe) Geriljagefangene gehen in ihren Verlautbarungen davon aus, daß sich die Haftbedingungen seit es Geriljagefangene gibt (also etwa seit 9 Jahren) ununterbrochen verschlechtert haben, verschärft wurden, die Repression im Lande wachse stetig und ziele vor allem auf die Gerilja, da sie ja die einzige Kraft sei, die besagter Repression den Garaus machen könne. . .

. . . Waren die Hungerstreiks der letzten Jahre erfolgreich? Die Antwort der orthodoxen Gerilja lautet: Ja und Nein.
Ja. Die Hungerstreiks hatten Erfolg. An ihnen hat sich was mobilisiert. Sie haben die Gerilja gestärkt, ihr neue Sümpatien und Kämpfer zugeführt. Die BRD ist in Verruf geraten. Im Tauziehen um die Haftbedingungen konnten Hungerstreiks zumindest zeitweise die Lage der Gefangenen verbessern. Deshalb müssen wir weiter hungern, damit wir noch mehr Erfolg haben.
Nein. Die Hungerstreiks hatten keinen Erfolg. Die Haftbedingungen wurden laufend verschärft. Deshalb müssen wir weiter hungern, solange bis wir Erfolg haben. (Der aber eigentlich nicht im Eingehen der Behörder auf Forderungen der Öffentlichkeit, vielmehr im militärischen Erfolg der kämpfenden Genssen ersehnt wird) . . .

. . . Als einziger gegen einen geplanten HS sein heißt gegenüber den HS-entschlossenen Freunden die Rolle des Abwieglers und Schweinehunds zu spielen. Tatsächlich habe ich diese Rolle bei vergangenen HS' schon reichlich ausgekostet, denn schon damals habe ich mich nur nach längerer Dikussion widerstrebend solidarisch auf die Streiks eingelassen, die andere begonnen hatten. Und bei allen, die später anfingen, entwickelte sich regelmäßig ein doppelbödiges Gefühl, schlechtes Gewissen, weil andere früher angefangen hatten und Verärgerung, weil begonnen worden war, ohne die Sache auszudiskutieren, bzw. mit Forderungen wie Genfer Konvention, die wir uns nicht zu eigen machen konnten. . .

. . . Schließlich bin ich der Ansicht, daß HS bei weitem nicht die einzige Möglichkeit politischer Praxis im Knast ist. Jede Art der Kommunikation unter Gefangenen, zwischen Gefagngenen und draußen, schriftlich und mündlich, zensiert und überwacht wie sie nur möglich ist, dient der Bildung politischen Bewußtseins. Kritik und Selbstkritik an der politischen Praxis, Analüse der Geschichte und der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind Aufgaben, die auch vom Knast in Angriff genommen werden können und müssen. Wenn hundert Gefangene drei Tage hungern erscheint mir dies sinnvoller, als wenn drei Gefangene hundert Tage hungern. . .

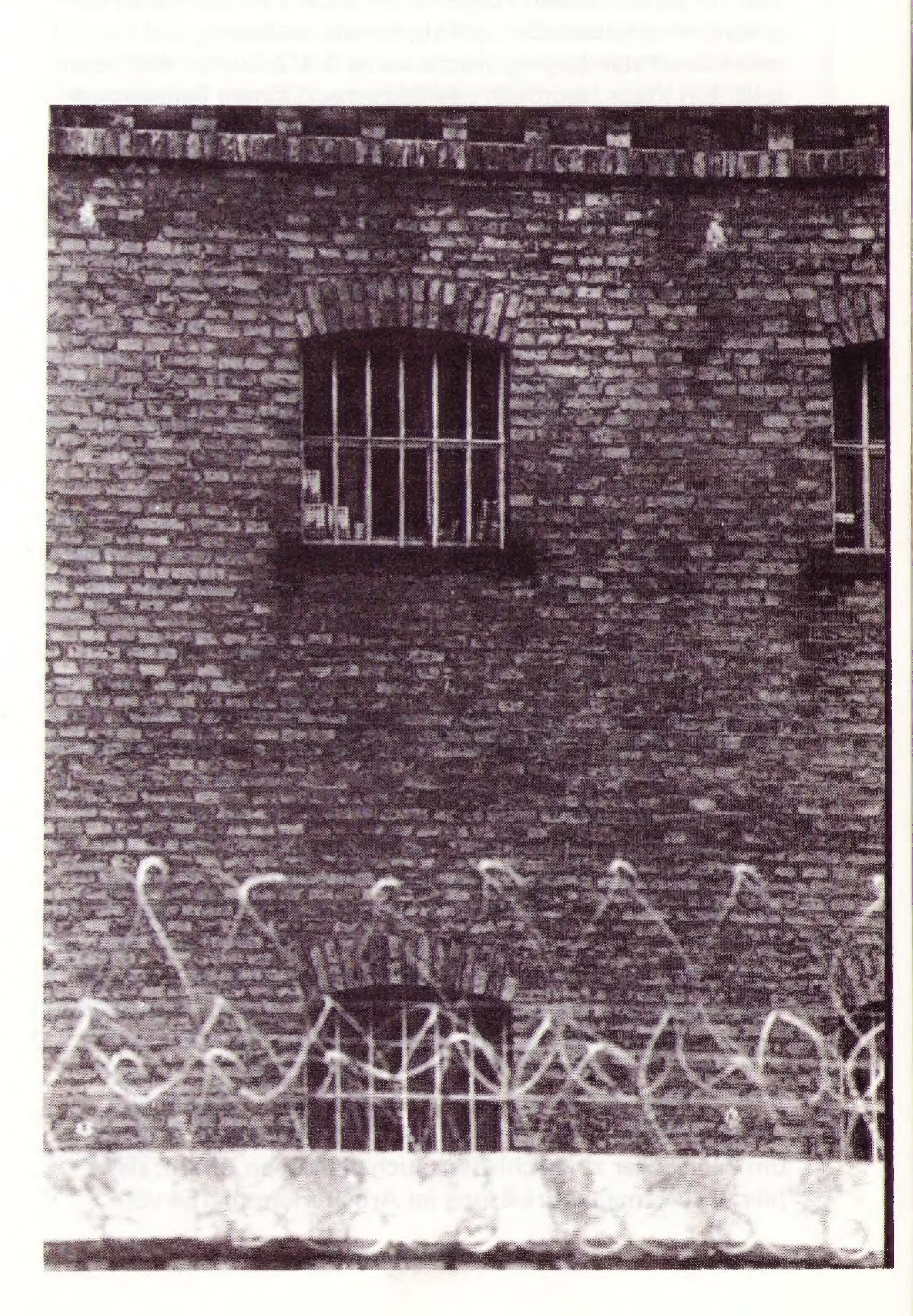
. . . Mit HS im Knast verhälts sich wie mit bewaffnetem Kampf draußen. Die Kämpfe sollen möglichst von der Basis ausgehen, nicht zentralistisch übergestülpt werden. Es kommt nicht darauf an, Rekorde an Militanz, Ausdauer und Opfern aufzustellen. Kleine Erfolge sind besser als große Niederlagen. Vernunft, Bescheidenheit, Augenmaß, offene Diskussionen, egalitäre Umgangsformen, Zärtlichkeit und Selbstkritik, äußerste Kontaktbereitschaft, wachsame Skepsis und leidenschaftliche Hoffnung gilt es wachzuhalten und zu stärken. . .

. . . Nicht Wankelmut und Zweifel sind der Treibstoff für einen erfolgreichen HS, sondern Entschlossenheit und Durchstehvermögen. Wie schade, daß gerade mir diese beiden Eigenschaften in Bezug auf HS und vielleicht auch im allgemeinen abgehen. Ganz offensichtlich eigne ich mich nicht besonders als Geriljagefangener und dann eben auch nicht für die Gerilja. Es sei denn, es ginge auch anders. Oder könnt ihr mir sagen, wie ich aus einem Hasenfuß einen Helden und aus einem Zweifler einen Gläubigen machen soll?. . .

. . . Was mich betrifft, so muß ich diesen Vorwurf akzeptieren, ich bin wirklich nicht besonders mutig. Übermut liegt mir mehr als Mut und ich würde, statt über Sinn und Unsinn eines HS zu debattieren, lieber antiautoritare Kinderpornos schreiben. (Oder zeichnen, wenn ich könnte). Oder läßt sich beides miteinander verbinden?. . .

Was mich an bisherigen HS auch störte, war der Umstand, daß nach einigen Tagen nicht mal mehr das Wichsen Spaß machte. Kann sein, daß dies bei einem HS für die sexuelle Freiheit im Knast anders wäre. Dies war eine Forderung der Tegeler Dachbesteiger vom 1.Mai 1977. War Forderung eines HS im Sommer 71 in Landsberg. Die unmenschliche Isolationsfolter ist nur ein besonderer Spezialfall der allgemeinen menschenfeindlichen Sexualunterdrückung in Knast und Gesellschaft, die es an allen Fronten militant anzugreifen gilt. Wir haben nicht mehr 68. Jedoch sind 10 Jahre im Leben einer revolutionären Massenbewegung nicht mehr als 10 Tage im Leben eines Menschen. Die Zukunft der Menschen im Knast und und draußen liegt in der von vielen ihrer ehemaligen Aktiven falsch eingeschätzten, unterschätzten und zu Unrecht totgesagten antiautoritären Bewegung in den Metropolen.

Wetten?



ILSE JANDT – MOABITER HEXENPROZESS

Berlin 19. Juni *Der Revisionsprozeß gegen Ilse Jandt, Wolfgang Wesslau , Wolfgang Strüken, Söre Sirke von Löffler und Anette von Wedel in Berlin geht seinem Ende entgegen. Demnächst plädieren die Anwälte. Der Verlobte von Ilse Jandt, die in erster Instanz wegen der ihr vorgeworfenen Anstiftung zur Erschiessung von Ulrich Schmücker zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden war, schreibt dazu:*

Unterstützt die Forderung Freispruch im Moabiter Hexenprozeß: Freispruch für Ilse Jandt und Wolfgang Wesslau!

Im Zeitalter der Inquisation und Kirchenherrschaft wurde den Hexen vorgeworfen, Menschen zu verzaubern und für ihre Interessen willfähig zu machen, damals wurden sie verbrannt. Da es heute keine Todesstrafe mehr gibt, werden sie dafür lebenslänglich in den Turm (Teil der Untersuchungshaftanstalt) Moabit Hochsicherheitsbereich gesperrt. Nach Meinung der Justiz ist diese Hexe Ilse Jandt.

Aus Wolfsburg. Sie soll eine Gruppe aus Wolfsburg dazu veranlaßt haben den Polizeispitzel Ulrich Schmücker erschossen zu haben. Von dieser Gruppe befindet sich noch in Haft meine Verlobte Ilse Jandt, die in erster Instanz lebenslänglich bekommen hat und der laut Kronzeuge Bodeux angebliche Schütze Wolfgang Wesslau, der 8 Jahre Jugendstrafe bekommen hat. Zur Vorgeschichte:

Um die antiautoritäre Bewegung zu zerschlagen wurden gezielt einige Leute in die Gefängnisse gesteckt. So z.B. auch die K 3 (Kommune 3) aus Wolfsburg. Zu dieser K 3 gehörte auch Ilse. Ihr wurde damals vorgeworfen andere zu Straftaten aufgefordert zu haben. Obwohl sie damals beteuerte, daß die K 3 keine Straftaten beging, wurde sie zu 3 1/2 Jahren Haft verurteilt. Ein Klaus Neumann bestätigte nach einem Selbstmordversuch alle gegen die Gruppe vorgebrachtenVorwürfe des Staatsschutzes. Obwohl er das noch in der Gerichtsverhandlung widerrief, wurde die Gruppe deshalb verurteilt. Er war später noch oft in der Bäckergasse zu Besuch und es passierte ihm nichts: Ilses Großeltern waren Anarchisten, von denen, vor allem von ihrem Großvater, der vor 16 Jahren, also in ihrem 26. Lebensjahr, starb, sie viel lernte. So wurde sie nie eine richtige bürgerliche Arbeiterin und hat in ihrem Leben auch schon viel erlebt: Streiks und einen wilden Streik, der in dem Moment, als er den Gewerkschaften aus der Hand glitt, von diesen abgebrochen wurde, worauf sie dann aus der IG Metall austrat bei der Volkswagen AG.

Eine Kampagne für einen Kinderspielplatz. Ihre erstgeborene Tochter starb, als sie 13 Jahre alt war, weil sie nicht das Geld für eine Behandlung in den USA hatten. Dann war sie eine zeitlang bei den Jusos, wo sie dann auch den Namen "Rote Ilse" bekam, welcher später immer wieder dazu benutzt wurde, sie als Anführerin aufzubauen. Schon mit 3 Jahren nahm sie mit ihren Eltern am antifaschistischen Widerstand teil. Sie verteilten damals Flugblätter zu Auschwitz und einen Aufruf aus dem Warschauer Ghetto. Es ist klar, daß sie nach so einer Vergangenheit nicht dazu bereit war sich ins bürgerliche Leben zu integrieren. Deshalb zog sie dann in die Bäckergasse, welche eine Fortsetzung der alten K 3 war. Für viele Leute war dort eine Alternative zu den kommerziell geleiteten Jugendzentren. Gastarbeiterkinder und Kinder aus dem Jugendhof kamen zu ihnen, weil sie sich dort wohlfühlten. Es gab einen Leseraum und man konnte sich dort Bücher ausleihen, solange man wollte.

Die jüngeren Bewohner hatten noch Kontakt zu ihren Eltern. So war Wolfgang Wesslau an dem Tag, an der er laut Aussage des Kronzeugen Bodeux in Berlin gewesen sein soll, um Schmücker zu erschießen, auch bei seinen Eltern; siehe hierzu auch meine Erklärung im Arbeiterkampf 154 vom 28.5.79 und ID Nr. 284. Auch an verschiedenen Aktionen war die Gruppe beteiligt. So machte sie mit dem KBW zusammen eine Veranstaltung zu Chile und verteilte Flugblätter, um die gerade wegen ihrer schweren Krebserkrankung aus dem Gefängnis entlassene Katharina Hammerschmidt zu unterstützen – an der sie trotz ihrer Behandlung in Frankreich dann auch starb.

Daß dem Staatsschutz vor allem meine Verlobte, die gerade aus dem Gefängnis entlassen war, diese eingermaßen erfolgreich Gruppe ein Dorn im Auge war ist klar. So wurde der (laut Stern v. 2.11.78) Kontaktmann Jürgen Bodeux in diese Gruppe eingeschleust. Ilse kam dann erstmal einige Monate in Beugehaft, weil sie keine Aussage darüber machen wollte, ob sie die Krumme Lenke kennt, was kurz nach der Erschiessung des Polizeispitzels Ulrich Schmücker war. Auch dadurch konnte die Gruppe nicht zerschlagen werden, sondern ihre Mitglieder lebten weiter wie bisher. Was auch klar zeigt, daß es in der Gruppe keine Führungspersonen gab, wie in der Anklage behauptet wird. Deshalb erfolgte dann die Fahndung und die anschließende Verhaftung von 5 Mitgliedern aus der Kommune Bächergasse. Wo wurde eine politisch einigermassen erfolgreiche Gruppe zerschlagen.

Der Kronzeuge Bodeux hat gegen mehr als 29 Personen Aussagen gemacht. Robert Jarowoy und Wernfried Reimers befinden sich seinetwegen noch in Haft. Ralf Stein und Vera Berzel sind wegen seiner Aussage zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Concordie Jarowoy, Jens-Peter Kohle, Manfred Schneider, Reinhard Guddat, Jürgen Klaus, Harry Schäfer, Katharina May, Norbert Hoffmann, Brigitte Heinrich und Rechtsanwalt Rheinhard waren wegen seiner Aussagen in Untersuchungshaft. Rechtsanwalt Rheinhard und Brigitte Heinrich sind inzwischen freigesprochen. Gegen Gaby Weber, Silvia Hallensleben, Günther Naumann und Volker von Weingraber laufen noch Ermittlungsverfahren.

Die Ermittlungsverfahren gegen Charalambos Zissimopoulos, Hans Feil, Lothar Gent, Peter Paul Zahl und Gabriele Kröcher-Tiedemann sind inzwischen eingestellt. Von der Wolfsburger Gruppe sind mit hohen Auflagen aus der Haft entlassen: Anette von Wedel, Söre Girke von Löffler und Wolfgang Strüken. Noch in Haft sind Wolfgang Wesslau und Ilse Jandt.

Zum Prozeß:

Der Prozeß geht seinem Ende entgegen. Am 28.5.79 begannen die Plädoyers der Verteidiger. Für den 28.6. ist der letzte Prozeßtag angesetzt, voraussichtlich wird der sich aber noch was verschieben. Der Rechtsanwalt Rheinhard aus Hamburg, der auch wegen der Aussagen von Bodeux in Untersuchungshaft saß, mußte freigesprochen werden, weil dem Richter die Widersrpüche zwischen seiner Aussage gegen den Rechtsanwalt und im Schmückerprozeß allzu offensichtlich waren.

Die Mutter und die Schwester von Wolfgang haben im Prozeß ausgesagt, daß Wolfgang zu der Zeit, als er in Berlin gewesen sein soll, um Schmücker zu erschießen, gar nicht in Berlin war, sondern bei ihnen in Wolfsburg.

In dem ganzen Verfahren wimmelt es so von Widersprüchlickeiten, verwischten oder gar nicht erst untersuchten Spuren. So soll es an dem Ort, wo Schmücker sich ein paar Stunden vor dem Tod mit ein paar Leuten getroffen haben soll, gar keine Spurensicherung gegeben haben. Die Beschreibungen passen ja auch gar nicht auf die Angeklagten. Auch in seiner Wohnung soll es gar keine Spurensicherung gegeben haben. Im Gegensatz zu der angeblichen Nicht-Spurensicherung in der Wohnung von Schmücker ist am Tatort sogar der Sand gesiebt worden, um die Patronenhülsen zu finden und sind auch sonst Spurensicherungen vorgenommen worden. Allerdings ohne Erfolg. Der Verdacht liegt nahe, daß es in der Wohnung ebenfalls eine Spurensicherung gegeben hat, diese allerdings nicht für die

Konstruktion des Kronzeugen Bodeux verwendbar ist. Das heißt, da es im Gegensatz zu Jürgen Bodeux' Aussage in der Wohnung mit Ilse gewesen zu sein, keinerlei Hinweise dafür gab und gibt.

Der Schmücker hat kurz vor seinem Tod nochmal beim Verfassungschutz angerufen und 2 Namen genannt, von denen er sich bedroht fühlt. Dann hat er da, wo er gearbeitet hat, kurz vor seinem Tod noch was auf einen Zettel geschrieben. Es laufen von den Anwälten noch 5 Verfahren beim Verwaltungsgericht um den Zettel und den Anruf und noch andere Sachen, mit denen die Anwälte wahrscheinlich die Unschuld der Angeklagten beweisen könnten.

Die Schreibmaschine, die Jürgen Bodeux eingeführt hat, ist in einem solchen Zustand, daß der Gutachter des BKA nicht feststellen konnte, daß das Kommunique auf ihr geschrieben wurde. Trotzdem bleibt der Staatsanwalt dabei, daß das Kommunique auf ihr geschrieben wurde. So stützt sich die ganze Anklage nur auf den Kronzeugen Bodeux, der wie oben schon einmal gesagt, ne ganze Menge Leute falsch belastet und teilweise hinter Gittern gebracht hat. Trotzdem ist zu befürchten, daß meine Verlobte auch diesmal wieder zu lebenslänglich Haft verurteilt wird.

Unterstützt die Forderung: Freispruch für die Angeklagten im Schmückerprozeß! Freispruch für Ilse Jandt, Wolfgang Wesslau, Wolfgang Strüken, Söre Girke von Löffler und Anette von Wedel!
Schreibt an den Vorsitzenden Richter Herrn Dr. Fitzner, 1 Berlin 21, Kriminalgericht Moabit, Turmstr. 91, die Angeklagten freizusprechen.
Kontakt: Jürgen Schwipper, Liegnitzer Str. 20, 1 Berlin 36, Tel. 030/618 14 01



DIE ROTE HILFE – EINE KOPFLOSE RAUPE

BERLIN 19. Juni *Zu einem Beitrag von Ralf-Axel Simon im ID 279 nimmt die Rote Hilfe Berlin Stellung. Sie bezieht sich dabei außerdem auch auf einen Artikel, den acht ehemalige Rote-Hilfe-Mitglieder in der West-Berliner Zeitung „radikal" veröffentlichten, und in dem, wie die RH schreibt, „... diese Ebene der Auseinandersetzung weitergeführt wurde, wenn auch in viel subtilerer Form ...":*

Vereiterter Wurmfortsatz einer ehemals glorreichen (die golden seventies) Knast„arbeits"zeit. Da stehen wir nun, zerlumpt, verloddert, wälzen uns im Sud unserer eigenen Pestbeulen, mitten im Sumpf der Unverbindlichkeiten.

Da die rettende Hand der Missionare ... Vorab etwas zu unseren Schwierigkeiten auf die Vorwürfe, Anwürfe, Unterstellungen besonders aus dem Artikel von Ralf-Axel Simon (ID 279) aber auch auf die Kritik der vereinten acht ehemaligen RHler/innen zu reagieren (Leserbrief: Selbstkritik statt Selbstbeweihräucherung, radikal Nr. 61, S. 16): Eine Gegendarstellung zu Ralf-Axels Artikel war eigentlich schon fertiggestellt. In diesem waren die Stellung Axels innerhalb der RH, seine falschen Behauptungen oder total einseitigen Darstellungen differenzierter beschrieben worden. Dieser Artikel wird nicht veröffentlicht. Die Nachvollziehbarkeit dieser Ebene der Auseinandersetzung Vorwurf–Rechtfertigung für Außenstehende würde darauf hinauslaufen: Entweder glaubst Du der einen oder der anderen Seite. Und derjenige, der im Knast hängt oder ab und zu etwas Geld in eine der wenigen Spendenbüchsen steckt und der gelesen hat in dem Axel-Artikel, daß wir keine Post mehr beantworten, würde durch diese Form der Gegendarstellung sicher nicht mehr Vertrauen gewinnen.

Bei der Diskussion über den Leserbrief der acht Weisen in der „radikal", sahen wir dann auch die Möglichkeit, daß die Chance zur Auseinandersetzung über die Knast„arbeit" anders genutzt werden muß als die formaloberflächliche Art und Weise der Kritiker.

Davor kurz noch der Versuch, das Verhältnis der Gruppe Rote Hilfe und Axel, auch mit den Fehlern unserer Seite, zu beschreiben: Bevor Axel zu uns kam, spendete er der Roten Hilfe monatlich 500,– DM, sein Verdienst durch den Zitty-Handverkauf (Zitty: Berliner Stadtillustrierte). Überrascht erfreut standen wir diesem großzügigen Spendenangebot gegenüber, jedoch verunsichert dadurch, wie jemand zusätzlich 40 Stunden wöchentlich arbeitet, um den Verdienst restlos in die Knastarbeit zu stecken. Ein paar Monate später trat Axel dann in die Rote Hilfe ein und erhöhte gleichzeitig seine finanzielle Unterstützung von 500,– auf 1000,– DM monatlich. Das Geld wurde von uns nicht nur dankend angenommen. Es gab auch Diskussionen darüber, ob es eine Gruppe verantworten kann, daß solch unterschiedlich hohe Geldaufwendungen der Gruppenmitglieder eingebracht werden. Axel selbst war am wenigsten zu einem offenen Gespräch darüber bereit; für ihn stand fest, das Geld wird benötigt, folgedessen muß es erarbeitet werden, auch wenn seine tägliche Arbeitszeit dadurch auf 16 Stunden stieg. Ein vorsichtiges Fragen nach seinem Privatleben wurde mit dem gleichen Argument der Notwendigkeit des Geldes abgetan. Eine Aufteilung des Handverkaufs war aufgrund von Zeitmangel der übrigen Genossen nicht möglich, allerdings war auch keiner bereit, ebenfalls eine 60–70 Stundenwoche zu haben. Unsere Diskussion darüber stockte ... sein Geld traf monatlich auf unserem Konto ein. Damit waren wir auch finanziell aus dem Schneider – unsere früheren Finanzquellen, Feste, bei denen oft zwischen 5000 und 10.000 DM für Knast„arbeit" übrig blieben, gibt es schon lange nicht mehr. Wir kritisieren nachträglich, daß wir uns sehr bequem mit dem finanziellen Polster von Axel zufrieden gegeben haben, daß wir unsere Bedenken nicht in konsequente Haltungen unsererseits umgesetzt haben. Fest steht, daß auch von Seiten der Gruppe viel zu wenig getan wurde, um Axel trotz seines Zeitmangels stärker in die Gruppe zu integrieren. Bei unserer letzten, von uns teilweise sehr aggressiv geführten Diskussion mit ihm machten sich die Auswirkungen dieser Versäumnisse nochmal besonders bemerkbar: Er war total desinformiert über die Aktivitäten der meisten Leute aus der Gruppe, hatte permanent andere Inhalte und Ergebnisse von geführten Diskussionen und andere Vorstellungen von Knast„arbeit" als die übrige Gruppe im Kopf. Das erstmal dazu.

Es folgt ein Absatz der sich direkt auf den Leserbrief in der „radikal" bezieht und den wir deshalb gekürzt haben. Die Redaktion.

Soziallliberaler Ketchup aufs Knastsystem – blutrot bis süßsauer

„Die Gesellschaft kann sich durch die Freiheitsstrafe der Problematik der Straffälligen nicht entledigen. Sie wird regelmäßig nach einiger Zeit mit der Aufgabe konfrontiert, den straffällig Gewordenen wieder aufzunehmen und einzugliedern. Gelingt dies nicht, so beginnt mit der Entlassung nur allzuoft ein Teufelskreis, der über Arbeitslosigkeit, Verlust der Wohnung und abermalige Straffälligkeit fast zwangsläufig erneut zu Inhaftierung führt." (H.J. Vogel, Justizminister, Der Neue Strafvollzug, S.1)

Die Resozialisierungsbemühungen der Soziallliberalen stehen dem unlösbaren Widerspruch gegenüber: Einerseits durch das System der Abschreckung, Unterdrückung und der Macht der Willkür im Knast die Regungen von Widerstand, Verweigerung, Sabotage und Besitzenteignung zuzuschütten und in einem System von Angst zu verstricken, andererseits durch ein abgestuftes System von Vergünstigungen die Perspektiven der Anpassung, Eingliederung in den „normalen Malocher alltag" verlockend zu gestalten und zwar über die Stationen des Mißtrauens, Neid, Denunziantentum und der Arschkriecherei.

Dies alles blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Bereitschaft für offensiven Widerstand im Knast. Dies ist zum größten Teil die konkrete Erfahrung auch unserer Kontakte zu Gefangenen. In diese Richtung bewegt sich das BRD-Knastsystem, begleitet von Widersprüchen (besonders finanziellen), Reformschwierigkeiten, umgeben von einer sich verschärfenden sozialen Krise (wie Arbeitslosigkeit, Massenpsychiatrisierung, Suchtproblemen, Verweigerungstendenzen usw.).

Umgesetzt wird diese Politik u.a. durch Knastneubauten, die kaum perfekter, funktionorientierter die Aufgaben des differenzierten Strafvollzugs übernehmen sollen: vom Hochsicherheitstrakt, Isolationstrakt bis zum Freigangvollzug (in der Zelle pennen, draußen irgendwo ackern). Alles soll den Eindruck vermittel: Es lohnt sich nicht, sich gegen den Großen Bruder Staat zu vergehen.

In dieser Situation hatte der Freiflug von Albertz mit den Genossen in den Orient 1975 und Peterchens Kellerfahrt so etwas wie den Funken der Hoffnung der Perspektive geschlagen. In dieser Zeit hatte die Knast„arbeit" noch ein relatives Hoch, war auch die Linke in der Lage, ihre Wut, Betroffenheit, Trauer nach dem Tod von Holger Meins und Ulrike Meinhof auszudrücken.

Wie überlebensnotwendig offensichtlich die Abschreckungsfunktion von Knast und Bullen, wie wichtig der enger werdende Kreis der Angst für Staat und Justiz ist, wurde im Herbst 1977 blutig deutlich. Stammheim und Stadelheim schlugen ein in die Gehirne der Linken wie 'ne 100-Zentner-Bombe. Die Trümmer sind heut noch nicht beseitigt. Die Auswirkungen sind oft genug beschrieben worden. Wenn nicht Distanzierung, so gab es höchstens klagende, resignative Solidarität bei unseren „Bündnispartnern" mit den Opfern, bei uns selbst: Schleier über der Linken.

Ausweglosigkeit – eindimensionale Knastarbeit

Eine solidarische Unterstützung der gefangenen Genoss(inn)en aus der Guerilla ist von uns noch nie in Frage gestellt worden, auch trennen wir nicht Widerstand von Widerstand, aber dieser Anspruch ist gerade in den letzten beiden Jahren zur Hülle geworden, drückte eine gewisse Hilfslosigkeit unserer Gruppe aus, führte zur Phantasielosigkeit, wenn es darum ging, eigene offensive Formen von Öffentlichkeit zu schaffen, um Bedingungen der Vernichtungshaft, denen die Genoss(inn)en aus der Guerilla ausgesetzt sind, anzugreifen.

Unsere Betroffenheit über die Brutalität der Haftbedingungen, der totale Horror, die eigene Ohnmacht, wenn wir Erklärungen, Beschreibungen zu den Haftbedingungen der Genoss(inn)en erhielten, ließ uns oft genug bewegungslos werden. Erstarrt, weil wir es nicht gepackt hatten, unsere eigene Betroffenheit selbständig umzusetzen, z.B. auch in kritische Solidarität. Weil wir vielleicht immer noch nicht in der Lage sind,



die Hochsicherheitstrakte, die geselbstmordeten Genossen, den Überwachungsstaat, Knast- und Schulneubauten, Betonvorstädte und Seelenverelendung, das Zuscheißen einer ganzen Gesellschaft mit Paragraphen und Verordnungen als eine existierende gesellschaftliche Entwicklung zu begreifen. Wir haben uns lange genug von den Auswirkungen und Erscheinungen erschlagen lassen, haben unter dem Druck: der bewaffnete Kampf der Guerilla ist die einzige effektive Perspektive gegen das Schweinesystem, versäumt, unsere Erfahrung, unserem Verständnis, unseren Bedürfnissen entsprechend, eigenständige Formen der Solidarität zu entwickeln. Wie schwierig es allerdings ist, dem Vehikel der bürgerlichen Presse ins Gesicht zu spucken, hat nicht zuletzt auch die Erfahrung der dpa-Besetzer gezeigt.

Zu den eigenen Formen der Solidarität gehört auch die offene politische Auseinandersetzung mit den Genoss(inn)en, auch unter dem Aspekt einer "Repolitisierung der Linken". Wir hoffen dazu in der nächsten Zeit, differenzierter als hier jetzt möglich, was zur Diskussion stellen zu können.

Linke: (Zer–)stört unsere Kr(e)ise nicht

Vielleicht ist auch diese verstärkte öffentliche Auseinandersetzung ein Ansatz, um aus der Jammerhaltung über mangelnde Solidarität, über die Reprivatisierung und Entpolitisierung der Linken hinauszukommen. Nostalgische Erinnerungen an Zeiten, in denen Rote Hilfe Flugblätter weggingen wie warme Semmeln, das ewige Beschwören und Wehklagen vor allem der altgedienten ehemaligen RHLer(innen) helfen uns gewiß nicht weiter. Teilweise haben wir das Gefühl, als müßten in Sachen Solidarität im Antirepressionsbereich total neue Formen gefunden werden, damit sich auch da innerhalb der Linken wieder mehr abspielt.

Das was im und rund ums AGIT–Kommitee ablief, hat eine Reihe von Erfahrungen gebracht. Auch sind Diskussionen und gemeinsames Handeln mit anderen Knastgruppen in Gang ge-

kommen. Auch hier eine Möglichkeit in Zukunft mehr zu veröffentlichen.
Ein konkreter Punkt: das was an Nicht- bzw. Zusammenarbeit mit der Zunft der Anwälte abläuft. Wenn die acht Ehemaligen schreiben: "Tatsache ist, daß ein Großteil der Anwälte — bedingt durch die politische Abstinenz der RH — seit geraumer Zeit eine kontinuierliche Zusammenarbeit nicht mehr gewährleistet sieht", müssen wohl vergangene Zeiten sich in den Köpfen der Acht zu goldenen Zeitaltern entwickelt haben. Tatsache ist, daß der schon immer relativ schlechte Informationsaustausch mit den Anwälten, bis auf einige wenige Ausnahmen, noch schlechter geworden ist. Tatsache ist auch, daß gerade unter dem Druck von Berufsverbotsverfahren, Ehrengerichtsverfahren, reduzierten Verteidigungsmöglichkeiten (z.B. Trennscheibe) die Tendenz zur Entpolitisierung innerhalb der Anwaltschaft größer geworden ist, nur noch von ganz wenigen Anwälten die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Linken gesucht wird. Wir hören auch immer wieder von den nun gerade nicht 'berühmten' Gefangenen, den einfachen Knackis die Kritik an der mangelnden offensiven Unterstützung auch ihrer Belange durch die Anwälte! Daß wir wenig zur Veränderung dieser Situation beigetragen haben, stimmt. Auch sagt diese Darstellung wenig aus über die Ursachen dieser Situation.

Braucht die Linke ein Antirepressions–ZK?

"Gemäß ihrem Anspruch sollte die RH so etwas wie ein zentraler Koordinator und Anlaufstelle in punkto Repression sein" (Zitat aus dem Leserbrief der Acht)
Die Leute, die im Augenblick in der Roten Hilfe sind, teilen diesen Anspruch nicht, jedenfalls auf keinen Fall zur Zeit. Diese Fiktion stammt aus einer Zeit, als die undogmatische Linke Mobilisierungskräfte hatte, ein Zusammenhang der politischen Aktivitäten und der Notwendigkeit einer Roten Hilfe nötig und möglich war. Wer immer noch der RH den Stempel der Omnipotenz aufdrücken will, mißachtet einfach die Tatsache, daß gerade und trotzalledem sich zu verschiedensten Anlässen, Prozessen, Haftbedingungen, Gesetzesveränderungen usw. sich Leute zusammengesetzt haben, ihre Betroffenheit durch Kommiteearbeit und verschiedenste Initiativen umgesetzt haben, also praktische Arbeit im Verständnis einer Roten Hilfe gemacht haben. Der Wunsch, die Chefkoordination auf eine Gruppe übertragen zu wollen, verdeutlicht einfach die politische Starrheit der kritisierenden Genossen. Die Gruppe Rote Hilfe ist eine Gruppe, die Knastarbeit im weitesten Sinne macht. Das Problem, Aktivitäten, Informationen, Politik zu koordinieren, ist ein Problem aller Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten. Wir sind kein omnipotenter Kaderclub.

Solche hochgestochenen Ansprüche verhindern einfach zu begreifen, was sich innerhalb der Gruppe RH und auch anderen Initiativen abspielt. Wer so an die Situation herangeht, ist tatsächlich nur in der Lage, sein Heil in der Perfektionierung der Organisation zu suchen, worauf das deutliche Übergewicht organisatorischer Fragen und Probleme in dem Achter–Leserbrief hinweist.

Darf sich eine Knastgruppe Sprachlosigkeit leisten?

Nein. Und trotzdem hoffen wir, daß unsere relative Sprachlosigkeit der letzten Zeit "heilsam" war. Über den langen Zeitraum der letzten zwei Jahre, einer Zeit der Austritte, Krisen, Unverbindlichkeiten und Fehler, einer Zeit, deren äußere Bedingungen wir an wenigen Punkten versucht haben zu beschreiben, in dieser Zeit hat sich für uns u.a. eines herauskristallisiert: Wir sind dabei, uns zu einer Gruppe zu entwickeln. Dies ist zumindest ein wichtiges Bedürfnis derjenigen, die immer noch unter dem Namen RH Knast"arbeit" machen. Dahinter steckt die lang gemachte Erfahrung, daß lediglich ein funktionaler, politischer Zusammenhang zwischen Leuten nicht ausreicht, um gerade im Knastbereich als Gruppe 'ne gewisse Wirksamkeit zu erreichen. Eigentlich nichts neues. Und trotzdem hat es ziemlich lange gedauert, bis sich Ansätze entwickelt haben, die eine vertrauensvolle und persönliche Arbeit untereinander ermöglichen. Wir sind da im Augenblick ganz guter Dinge. Dieser Prozeß ist auch sicher ein Ausdruck der Entwicklung innerhalb der undogmatischen Linken, nämlich die eigene Identität, die eigenen Bedürfnisse, zum Bestandteil der eigenen politischen Praxis zu machen. Umso unerklärlicher wahrscheinlich für Außenstehende, wie sich dieser Widerspruch: verlodderter Haufen in der Darstellung der ehemaligen RHler(innen) und unsere eigene leicht optimistische Einschätzung erklärt.

Vielleicht dazu ein konkretes Beispiel an einem Punkt der Kritik: Ladendienst.

Er wurde bis ca. Frühjahr '78 fast täglich von 18.00 bis 20.00 Uhr im Laden am Mehringdamm angesetzt. Er wurde schon damals mit wechselnder Verbindlichkeit gemacht, auch als die Ehemaligen noch dazu gehörten. Dieser Ladendienst wurde aber immer mehr zur frustrierenden Pflichtübung. Telefonanrufe kamen höchstens , weil irgendjemand aus der Szene ne Telefonnummer wissen wollte oder ähnliches. Postbearbeitung hatte meist keine 10 Minuten in Anspruch genommen. Für die Linke war die RH schon lange nicht mehr der Chefkoordinator. In Diskussionen kamen wir dann mehrheitlich zu dem Ergebnis, daß Ladendienst und ähnliche organisatorische Bedingungen in 'nem Zusammenhang mit einer politischen Reorganisierung der RH stehen. D.h., daß es erstmal wichtiger ist als Gruppe ne politisch-inhaltliche Arbeit auf die Beine zu stellen, sonst verkommen wichtige organisatorische Voraussetzungen wie Ladendienst zur nichtsnutzenden Hülle.
Seit Anfang 79 bemühen wir uns mit wachsendem Erfolg den Ladendienst zweimal die Woche, nämlich Dienstags und Freitags von 18.00 bis 20.00 Uhr durchzuziehen. Dies entspricht unserer Meinung nach voll und ganz den augenblicklichen Notwendigkeiten. Bei Demonstrationen ist die Anrufmöglichkeit immer gegeben, ist irgendjemand im Laden.
Die total formale Herangehensweise der Acht an solche organisatorische Fragen und auch ihre Fähigkeit zur Auseinandersetzung mit den Gründen, die meist dahinter stehen, wenn jemand zum Ladendienst oder zu 'nem Termin nicht erscheint, machen eine Ebene der Schwierigkeiten zwischen uns und den Ehemaligen deutlich.

Und übrigens, wer irgendwo den Eindruck erwecken sollte, es seien während der letzten zwei Jahre in der RH für den Knast bestimmte Gelder verschlampt worden und bei den Genoss(inn)en im Knast nicht angekommen, der lügt bewußt.

Überflüssig zu sagen, daß wir die Art der Auseinandersetzung, wie sie die Acht in ihrem Artikel betreiben, total beschissen finden; da sie keinerlei konstruktive Kritik bringen, die die Arbeit der Knastgruppen verbessern helfen könnte. Um derlei diffamierende Behauptungen entgegenzuwirken, werden wir in nächster Zeit versuchen, kontinuierlich über die Arbeit und Diskussionsprozesse in den Westberliner Knastgruppen zu berichten.

rote hilfe westberlin und knastgruppe wedding

Kontakt: RH, Postfach 210512, 1000 Berlin 61, Tel.: 030/ 6932199

TAUSEND MENSCHEN

sollen ein Gelöbnis ablegen. Damit können sie dazu gezwungen werden, auf andere Menschen zu schießen, sie zu ermorden und sie zu berauben, mit der Entschuldigung, für den FRIEDEN zu kämpfen.

NIEMAND kann mit Waffen, Haß und Zerstörung einen Frieden erreichen oder ihn erhalten!

Doch gerade dies gibt die BUNDESWEHR vor zu tun; Nicht nur durch die ständige Auf-Rüstung, sondern auch durch die MASSEN-VEREIDIGUNG am 3. Mai 1979! Dies kommt uns wie eine öffentliche Beerdigung des Friedens vor!!

WIR SCHÄMEN UNS!

Dieser Show können/wollen und werden wir nicht tatenlos zusehen —

daher sind wir HIER!!!

Es lebe der Frieden! Es lebe das Leben!

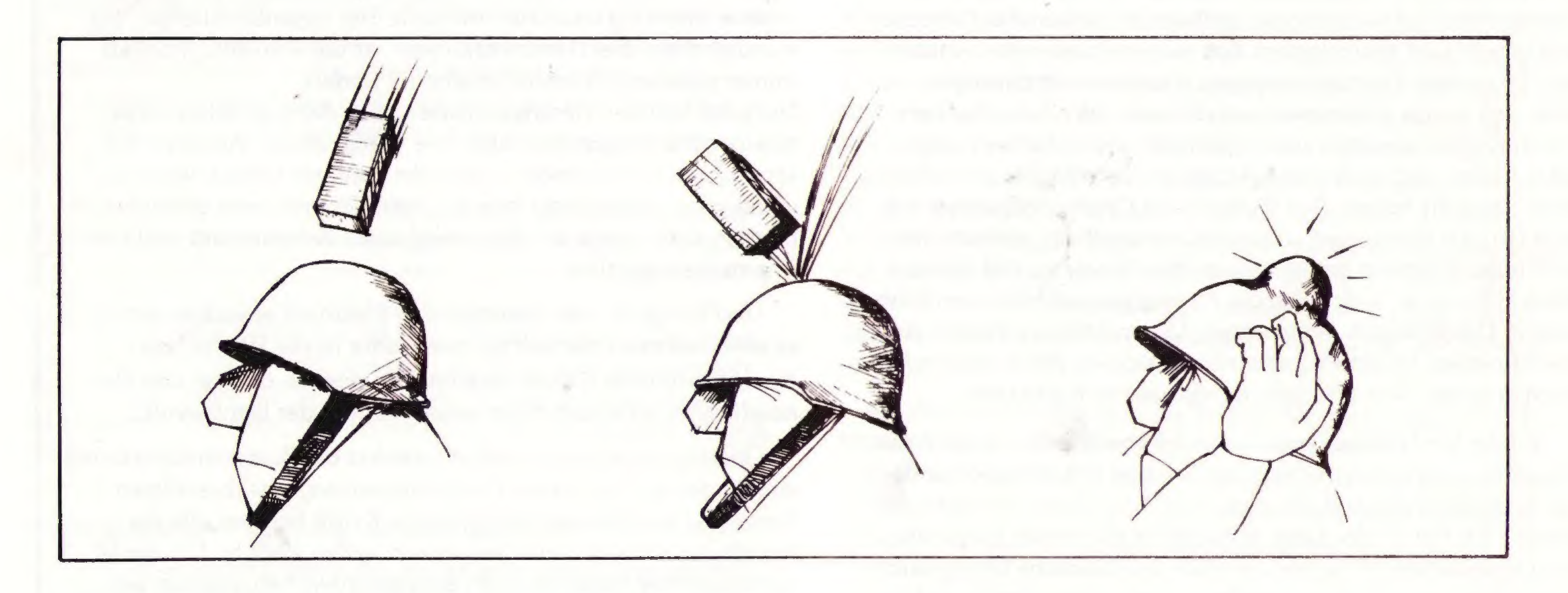
WIR sind eine Gruppe entschlossener KRIEGSGEGNER, die jede militärische Dienstpflicht ablehnen.

WIR wollen FRIEDEN LEBEN statt durch ABSCHRECKUNG und ANGST "sichern".

Gemeinsam mit internationalen Gruppen arbeiten wir für eine Welt ohne Rüstung, in der Konflikte gewaltfrei geregelt werden!

Unsere Kontaktanschrift:

Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste
c/o Siegbert Künzel
Anton-Voss-Straße 26
4700 Hamm 1
Tel.: 02381/25002

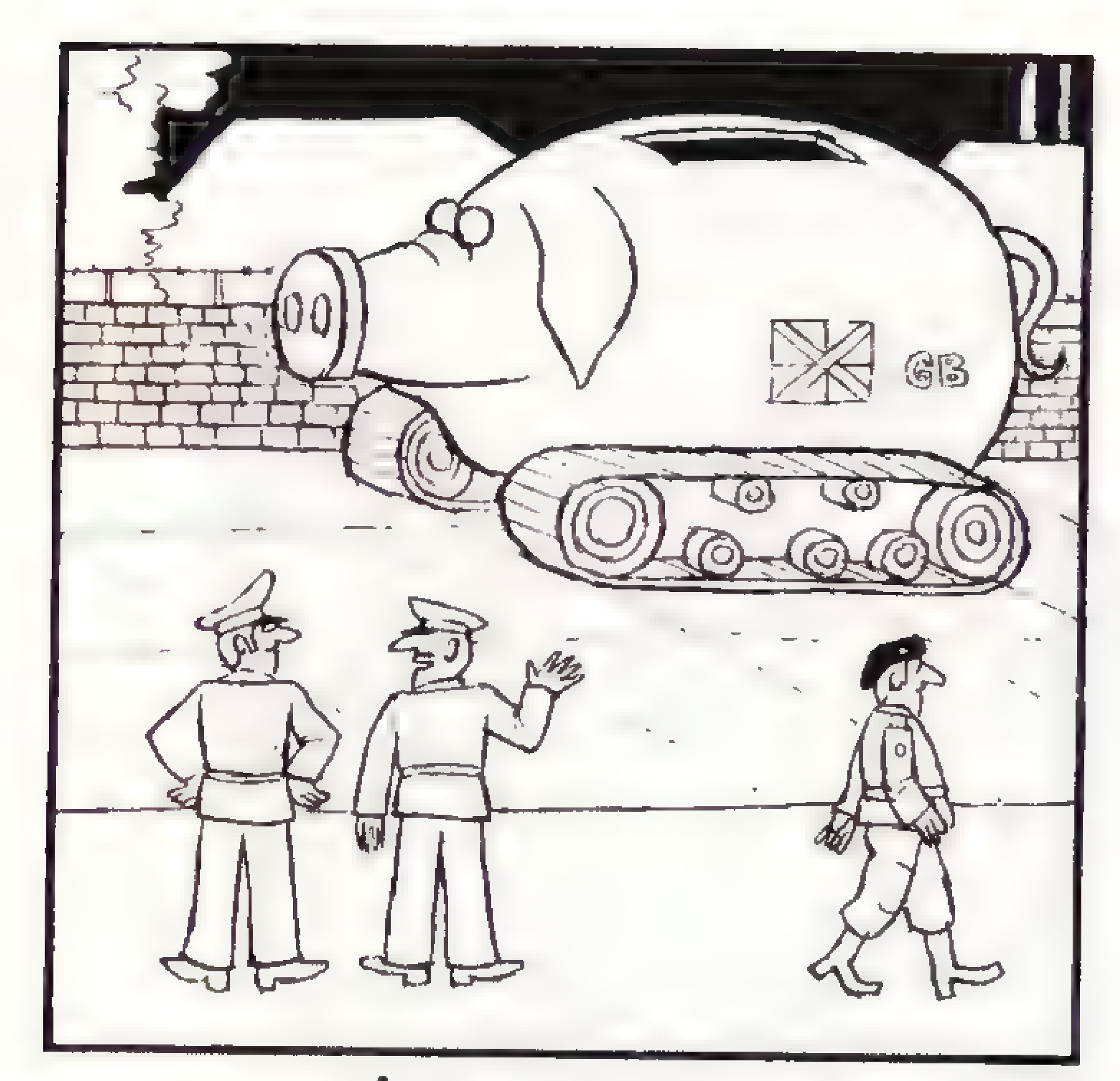


AKTION GEGEN GELÖBNISABLEGUNG VERBOTEN

MÖNCHENGLADBACH 1. Juni *Der Antimilitaristische Arbeitskreis Mönchen-Gladbach hatte zu einer Aktion gegen eine öffentliche Gelöbnisablegung von Rekruten aufgerufen. Gegen das Verbot dieser Aktionen durch die Stadt gab es zahlreiche Proteste. Außerdem gibt es zu dem, was also nicht stattfand, ein 20seitiges Informationsheft (kostet eine Mark in Briefmarken plus Rückporto). Die Veranstalter schreiben u.a.:*

„Am 23.5.79 fand auf der Gracht in Rheydt aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Grundgesetzes eine öffentliche Gelöbnisablegung von Rekruten der Bundeswehr statt. Verbunden hiermit war ein Biwak, das vor un nach der Gelöbnisablegung auf dem Rheydter Marktplatz abgehalten wurde.

Der Antimilitaristische Arbeitskreis Mönchengladbach hatte gemeinsam mit dem Unterbezirk der Jungsozialisten, dem Kreisverband der Deutschen Ungdemokraten, den Mönchengladbacher und Erkelenzer Gruppen der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) sowie Mönchengladbachern Zivildienstleistenden eine Gegenaktion vorbereitet. Nach einer mündlichen Absprache mit dem zuständigen Polizeirat, durch die ein friedlicher Demonstrationszug vom Markt zur Gracht und zurück als genehmigt betrachtet werden konnte, erreichte die beteiligten Organisationen etwa 24 Stunden vor der Veranstaltung das Verbot der Demonstration durch den Polizeipräsidenten. Am



„Ehrlich gesagt, ich finde, daß unsere Regierung seit der Kürzung des Rüstungsetats übertreibt."

Morgen des 23.5. wurde dieser Entscheid durch ein weiteres Verbot der angemeldeten Aktionen an der Gracht (Transparente, Plakate, Blumenverteilung) durch das Bauverwaltungsamt bestätigt. Als Alternative für den Demonstrationszug wurde eine Strecke angeboten, die für die Effektivität der Demonstration völlig undiskutabel war...

Der Hinweis auf die eventuellen handgreiflichen Reaktionen der Besucher ist eine unerhörte Unterstellung gegen die Bürger unserer Stadt. Der Polizeipräsident stellt die bei der Veranstaltung der Bundeswehr anwesenden Ratsherrn, Ehrenbürger und Bürger unserer Stadt in die Nähe von rechtsradikalen Schlägertrupps, eine Entgleisung, die auch die Betroffenen nicht hinnehmen sollten. Die genannten Organisationen werden dafür sorgen, daß diese Entscheidung ein rechtliches Nachspiel hat.

Der Ablauf der Veranstaltung markiert erneut die recht eigenwillige Handhabe des Grundgesetzes durch die eingesetzte Polizei. Während sich die vom Verbot ihrer Demonstration betroffenen Organisationen gezwungen sahen, der Gelöbnisablegung mit Transparenten, Plakaten und den ebenfalls verbotenen Blumen, die auf der Gracht hätten verteilt werden sollen, fernzubleiben, um nicht Festnahmen und empfindliche Geldstrafen zu riskieren, hatten sich bereits etwa 150 Demonstranten, die in dieses Verbot nicht einbezogen waren, an der Gracht versammelt. Abgeriegelt von der zivilen Außenwelt standen dort die Soldaten, wie Perlen aneinandergereiht. Hohe Bundeswehroffiziere und Ehrenbürger der Stadt besetzten die vor Regenschauern geschützte Tribüne. Feldjäger innerhalb und Polizei außerhalb des „militärischen Sicherheitsbereiches" fügten dem „feierlichen" Charakter der Veranstaltung einen ordentlichen Schuß Unbehagen hinzu. Als während der Rede des Oberbürgermeisters Mißfallenskundgebungen laut wurden, formierte sich sofort die Polizei und umzingelte eine Gruppe von Demonstranten. Einer von ihnen wurde sofort abgeführt, ein Anderer, der von der rüden Vorgehensweise einiger Polizisten Fotoaufnahmen gemacht hatte, wurde aufgefordert, den Film abzugeben. Als er sich weigerte, wurde er von mehreren Polizeibeamten weggeschleift und brutal zusammengeschlagen.

Als die abgeführten Demonstranten in einen abseits stehenden Transit der Polizei gebracht worden waren, bildeten weitere Demonstranten vor dem Wagen eine Menschenkette, um den Abtransport zu verhindern. Der Wagen fuhr daraufhin mit Vollgas in die Menschenmenge und es hätte nicht viel gefehlt, daß ein kleines Kind von ihm erfaßt worden wäre. Es war sicher mehr als Glück, daß bei diesem völlig unbegründeten und extrem verantwortungslosen Vorgehen des Fahrers niemand ernsthafte Verletzungen davontrug. Zu diesem Vorfall gibt es selbstverständlich Zeugen und es sind auch Fotos gemacht worden.

Auch wenn mensch die Störaktionen einiger mißbilligt, so rechtfertigt dies noch lange nicht das völlig unangemessene Eingreifen der Polizei. Das Verbot des Polizeipräsidenten hat dazu beigetragen, daß eine organisierte Demonstration verhindert wurde. Auch wirft es sicherlich kein gutes Licht auf diese Entscheidung, daß am Tag des Grundgesetzes Grundrechte des Bürgers mißachtet werden. Das einzig Schöne, fast sogar Feierliche während der Gelöbnisablegung war der schillernde Regenbogen, der sich nach den stundenlangen Regengüssen über die Gracht spannte."

Kontakt: Antimilitaristischer Arbeitskreis, c/o Uli Ferber, Mühlenkamp 24, 4052 Korschenbroich 4.

ZIVILDIENSTLER SOLLEN DAS ELEND VERSCHWEIGEN, DAS SIE SEHEN

Hamburg
8. Juni

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Regionalzentrale Hamburg, schreibt:

Alsterdorfer Anstalten lassen Zivildienstleistenden versetzen

Am 2. Mai war der Vertrauensmann der Zivildienstleistenden in den Alsterdorfer Anstalten, Daniel Karasek, von den Anstalten vom Dienst suspendiert worden und mit Hausverbot belegt worden. Vorgeworfen wurde ihm, daß er seine Schweigepflicht verletzt hätte und den „Zeitmagazin"-Artikel vom 20. April initiiert hätte.
(Darin waren ein paar Mißstände in den Alsterdorfer Anstalten, die ein Vorzeigeprojekt der Evangelischen Kirche sind, genannt worden: Behinderte würden geschlagen; in einem Raum seien 44 Behinderte untergebracht; für siebzehn schwerstbehinderte Frauen gebe es nur eine Badewanne . . .)
Mittlerweile fand eine Anhörung mit zwei Vertretern des Bundesamtes für den Zivildienst statt. Die beiden Herren verweigerten dem Rechtsanwalt von Daniel Karasek die Anwesenheit bei der Anhörung. Daraufhin machte Daniel Karasek von seinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch.
Am nächsten Tag (31. Mai) befahl das Bundesamt für den Zivildienst, das Daniel Karasek am 1. Juni seinen Dienst bei einer neuen Dienststelle antritt, nämlich dem St. Vincent-Stift in Hamburg-Harburg. Außerdem wurde ihm die Heimschlaferlaubnis entzogen. Diese Maßnahme des Bundesamtes kommt einer Strafversetzung gleich. Selbst Senator Ehlers hielt diese Maßnahme der Anstaltsleitung gegen Daniel Karasek für falsch.
Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Hamburg, protestiert gegen diese Maßnahme des Bundesamtes und fordert: Zurücknahme der Versetzung, Gewährung des Heimschlafrechts, Einstellung jeder Disziplinierung!
Kontakt: Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Martin Sielaff, Grevenweg 73d, 2 Hamburg 26, Tel.: 040 / 250 11 96, und Grindelallee 9, 2 Hamburg 13, Tel.: 040 / 44 32 45

Erklärung der Anstaltsleitung, 18. Mai 1979

In der Frage, die wiederholt kritisch an uns herangetragen wird, ob nicht die Auflösung von Anstalten zugünsten kleiner Wohneinheiten betrieben werden soll, sagen wir differenziert folgendes:

1. Für Leichtbehinderte bejahen wir grundsätzlich den Weg einer kleinen Wohneinheit, allerdings muß klar bei uns die Anbindung bleiben.
2. Für Schwer- und Schwerstbehinderte halten wir die sog. Integration in die Gesellschaft für nicht oder kaum möglich. Da die Menschen in unserer Gesellschaft – ohne Wertung gesehen – den Behinderten nicht voll akzeptieren, geht eine solche Sache immer zu seinen Lasten. !
   Er braucht einen Freiheitsraum, den nur eine geschlossene Siedlung für Behinderte garantieren kann.
3. Allerdings sind wir mit Psychiatrieenquete und Heimgesetz der Meinung, daß die Größenordnung mit 600 Plätzen nicht überschritten werden darf.
4. Unsere Bemühungen gehen darauf hin, unter die 1000-Betten-Grenze zu kommen. Schätzungsweise wird das 1990 der Fall sein können. !!

Direktor Pastor H.-G. Schmidt

Die Diskussion um Alsterdorf bedarf meines Erac
htens einer intensiven theologischen Nacharbeit

Mit viel Ideen und reichlich Arbeit ist es dem Vorstand des Förderkreises der Alsterdorfer Anstalten gelungen, die Sache des neuen Jugendhauses energisch voranzutreiben. Am 6. März begrüßte Frau Ingrid Apel, die Vorsitzende des Kuratoriums des Förderkreises, Anke Müller-Drenkberg, als 150. Förderkreismitglied. Mit von der Partie waren Pastor H.-G. Schmidt und Johannes C. Welbergen, Vorsitzender der Deutschen Shell AG. Er gab ein kleines Essen, wobei er sich von Pressesprecher Lothar Schulz eine Mitgliedszahl von 2000 für das nächste Jahr wünschte. Das Ziel wird wohl bis zur Einweihung des Hauses Ende September 1979 nicht erreicht werden können, wenn auch mit Hilfe von Computerdrucken und vielen Briefen die Mitgliederzahl „schon" auf 250 gestiegen ist. Ebenfalls verbesserte sich das Spendenaufkommen.

Aus dem Public-Relations-Material der Anstaltsleitung (keine Satiren von den Kritikern) — mehr gibt's bei Direktor Pastor Schmidt, Alsterdorfer Anstalten, Alsterdorfer Straße 440, 2000 Hamburg 60, Tel. 040/59100-1

Seit 1975 besteht die Reittherapie (Beginn in Stegen mit Polizeipferden). Eine Gruppe mit 10 Bewohnern nahm an den ersten Therapiestunden teil.

1979: pro Woche 29 therap. Reitstunden für ...

um ... Reittherapie
verbess...
in den letz...
Millionen Mark...
errichtet, 4 ...
in 1 – 4 Bet...
r nahmen s...
eine spät...
en sie ...
für ge...
die f...
lste... ...sha...
ic... ...n ganz...
... Ausbildungsstätten für Mitarbeiter
...ndertenhilfe zur Verfügung stehen.

... sind unabhängig vom Glaubenstand möglich. Gefragt sind hier Menschenliebe und Fachwissen. Dazu sind Buddhisten, Christen und Sozialisten gleichermaßen fähig. Wenn es um humane Motive und Zielsetzung ... nicht mehr ...

Sammeln Sie Briefmarken. Alle Werte sind willkommen. Wenn Sie uns Briefmarken schicken, geben Sie unseren Behinderten Arbeit, die ihrem Leben wieder einen Sinn gibt. Unsere Behinderten lösen sie ab, pressen, sortieren und bündeln sie. Für 1 kg Briefmarken erhalten wir zwischen DM 2,– und DM 150,–.

Sammeln Sie für uns Kleider, Anzüge, Pullover und Mäntel ...

...tschland nur wen...

Sieht aus wie's Pentagon...



Für die Kapitaltilgung des Hauses stehen jetzt rund 1,6 Millionen DM zur Verfügung. Eine Litfaßsäule, gestiftet von der Shell, soll dazu beitragen, noch viele Menschen für den Förderkreis zu gewinnen. Im November wurde die Litfaßsäule vom Minister-Ehepaar Hans und Ingrid Apel in der Dresdner Bank vorgestellt. Direktor Kurt-Heinz Bünnemann versprach, bei Grünkohl und Kassler, die Säule in den nächsten Monaten in allen wichtigen Filialen der Dresdner Bank aufzustellen.

Das alles war den ZEIT-Journalisten bekannt, als s
ie Alsterdorf verließen. Nachdem sie sich mit eine
m 'Trojanischen Pferd' Einlaß verschafften (Brief
der Chefredaktion: "Die ZEIT bietet Gewähr für ein
e objektive und sensationslose Berichterstattung)
hat nur Chefredakteur Theo Sommer Farbe bekannt: I
n einem Brief an den Deutschen Presserat lehnt er
für den ZEIT-Verlag ab: "die Berichterstattung dem
Gesichtspunkt der Ausgewogenheit zu unterwerfen."

Bravo!



Die "Release"-Gruppen, Selbsthilfegruppen von Drogenabhängigen, unteranderem in Hamburg, machten seit 1969/70 die bislang besten Ansätze zur Langzeittherapie, mit ...

REISE DURCH DIE PSYCHIATRIE

Darmstadt
15. Juni

Claudi, die inzwischen 18jährig in Darmstadt lebt, hat hier ihren Leidensweg durch Knast und Psychiatrie aufgeschrieben:

1975, also mit fünfzehn Jahren, wurde ich an der holländischen Grenze mir einem halben Gramm Speed und einem halben Gramm Haschisch aufgegriffen. Später kam ich durch elterliche Gewalt wegen angeblicher Heroinsucht in einige Psychiatrien. Dort fand jedoch kein körperlicher Entzug statt. Ich habe zwar damals Heroin genommen, aber jedesmal bereits vor der Einweisungen selbst entzogen. Das Amtsgericht in Siegen schrieb mir dann freundliche Briefe, daß das Verfahren gegen mich eingestellt würde, wenn ich solange die Ärzte es für erforderlich halten in der Psychiatrie blieb.

IN DER PSYCHIATRIE

Ich war in der Kinder- und Jugend psychiatrie Niedermarsberg. Behandelnder Arzt Dr. Bock, auf der Abteilung ausschließlich Leute im Alter von 12 bis 18. Diese Leute waren alle stark geistig behindert. Ich verbrachte ungefähr vier Wochen dort, in denen ich nicht einmal diese Abteilung verließ, auch nicht zum Gang in den angeschlossenen Park. Die Behandlung bestand aus Isolation und starken Medikamenten, (die, nachdem ich wieder draußen war, Entzugserscheinungen bewirkten). Rauchen war mir ebenfalls verboten, da ich davon wieder süchtig würde". Man stellte Leberschaden fest und überwies mich in ein normales Krankenhaus, da es keine ausreichende Möglichkeit gab, um dort zu behandeln. Am Tage vor der Übersiedlung ins Krankenhaus ließ ich mich hinreißen, mit dem Arzt ein Gespräch zu führen, worin ich Kritik an einigen Einrichtungen wie z.B. Erziehungsheim äußerte. Daraufhin rief der Arzt meine Eltern sowie das Krankenhaus an und erklärte, ich hätte „noch viel zu viele Aggressionen gegen die Gesellschaft" und müsse noch zwei Wochen länger in der Psychiatrie bleiben.

ANDERNACH: 5 ZIGARETTEN UND „ARBEITSTHERAPIE"

Danach war ich in der Landesnervenklinik Andernach. Wieder aus elterlicher Gewalt und für vier Wochen. Gegen 5 Uhr war Wecken dann den ganzen Tag mit Frauen zwischen 45 und 70 Jahren eingesperrt, die teilweise stark psychisch gestört waren. 5 Zigaretten täglich und bestenfalls ein Liebesrománchen zum Lesen. Ein enger Raum ohne Möglichkeit nach draußen zu gehen. Nach etwa drei Wochen wurde ich in eine „Arbeitstherapie" gesteckt: Schrauben aufeinander drehen für ungefähr eine Mark am Tag.

Eine Woche Uniklinik in Frankfurt, um nachzuweisen, daß ich drogenfrei sei und in die Verhaltenstherapie der „Kanne" Ffm. einziehen könne.

Nach drei Monaten und dem 11. Rückfall flog ich aus der „Kanne" raus, Ich zog nach Darmstadt und schaffte es endlich, mit dem Heroin Schluß zu machen. Es entwickelte sich in etwa daraus daß ich anfing bewußt zu reflektieren, warum ich in Erziehungsheimen und Psychiatrie gewesen bin. Ich sah, daß ich mir die ganzen Zeit die Augen selber zugedrückt hatte. Ich wollte erkennen, was mit mir und in meiner Umwelt passierte. Ich hatte es satt, in Klapsen zu hängen und in meinem Selbstmitleid und meiner Angst unterzugehen. Ich bin eigentlich ganz froh, daß ich diesen ganzen repressiven Scheiß so direkt gefühlt habe, denn damit haben die, die versuchen, den ganzen Dreck hier zu beschönigen, mir selber die Augen geöffnet.

Ich wohnte also mit P. in Darmstadt, meldete mich jede Woche in Ffm. bei den Bullen. Bevor ich im Mai 1976 in die „Kanne" kam, hatte ich nämlich einen Haftbefehl. Dieser wurde, nachdem ich in die „Kanne" ging, ausgesetzt. Die Auflage war, die Therapie zu beenden und mich wöchentlich bei den Bullen zu melden.

U-HAFT IM PSYCHIATRIE-VOLLZUG

Eines sonnigen Tages im September meldete ich mich also wieder einmal auf dem zuständigen Revier. Es war makaber. Zwei Freunde von mir, P. und M. warteten auf einer Bank in der Nähe. Ich trabte los und rief noch so im Scherz: „Falls ich in 10 Minuten nicht wieder da bin, müßt ihr was unternehmen!". Die beiden haben wohl nicht schlecht gestaunt, als plötzlich ein Bulle auf sie zu kommt und bittet,sie mögen mit ins Revier kommen. Dort saß ich dann, einen Unterbringungsbefehl auf U-Haft im Psychiatrievollzug in den Händen. Man brachte mich zu erst mal nach Klapperfeld, wo ich meinen Anwalt anrief, sowie den Richter, der mich erst gar nicht zu Wort kommen ließ. Am nächsten Tag kam ich nach Haldem bei Bielefeld in eine Klinik für Suchtkranke, in der Junkies, Alkoholiker und Tablettensüchtige untergebracht waren. Ich als einzige in U-Haft inhaftierte war besonderen Regeln unterworfen, gerade, weil ich bisher aus allen Erziehungsheimen und Klapsen erfolgreich „entwichen" war.

Nach 14 Tagen startete ich bei einem Arztbesuch außerhalb der Klinik den ersten Versuch, der aber unterbunden wurde. Die nächsten ca. 3 Monate wurde ich auf einem Zimmer total isoliert. Ein Fenster zwischen dem Pflegezimmer und meinem sorgte für ständige Bewachung. Während der ersten 14 Tage, in denen ich mich auch im Aufenthaltsraum aufhalten durfte, hatte ich Schwierigkeiten mich mit den anderen anzufreunden. Diese kamen daher, daß die Junkies dort das gleiche Hierachiesystem hatten wie auf der Szene und die meisten von ihnen bereits überaus angepaßt waren. In der Woche gab es eine bestimmte Kaffeezuteilung, 50 Gramm. Da Kaffee in größeren Mengen genossen, anscheinen auch anturnt, entwickelte sich einen Kaffeedealerei.

Wer den meisten Kaffee verschob, bekam den besten Fernsehplatz usw. Die meisten dieser Leute hatten nie die Absicht, mit Heroin aufzuhören. Aber wie sollten sie auch, wenn die Alternative zu der Sucht in stupider Arbeit wie Gummieteile beschneiden für 1DM etwa am Tag bestand.

Wenn die Rehabilitierung darauf hinauslief, ohne zu Denken zu gehorchen, zu putzen und die Lektüre von Sexie- und Liebesromanen.

SEXUALITÄT

Das entwürdigenste, was die Leute jedoch ertrugen, war, daß man den Frauen einerseits die Pille gab, andererseits aber Liebespraktiken jeder Art verboten waren. Als ich den Arzt Dr. Sponer daraufhin ansprach, meinte er, wenn er das selbst bei Menschen über 18 Jahren zuließe, käme dieses Verhalten seinerseits Kuppelei gleich. Die Frauen und Männer waren natürlich auf streng getrennten Abteilungen. Der angeschlossene Park in dem ein kleineres Tiergehege war, insbesondere dessen Ziegenstall wurde als letztes Mittel von den Pärchen zum Schmusen oder weiterer lustbringender Spiele benutzt. Das ging dann nach genauem Zeitplan vonstatten. Jedes Paar ne halbe Stunde. Ich glaube, der Sinn der Sache lag wohl für die Ärzte, die hierrüber sehr wohl informiert waren,darin, die Leute auch dort zu demütigen und ihnen Selbstvertrauen und Selbständigkeit zu nehmen. Diese Methoden sind wohl am Wirksamsten, um Leute zur Anpassung zu bewegen, mundtot und rehabilitationsfähig zu machen. Dazu kommt noch, daß — wenn Leute Eigeninitiative aufbauten — dies mit Verweis auf die Sicherheit der Anstalt unterdrückt wurde.

Der Unterschied zwischen Knast und Psychiatrie ist der, daß in der Psychiatrie jegliches Verhalten, was Widerspruch bemerken ließ, sofort auf den Einzelnen und dessen Gründe für den Aufenhalt dort abgewälzt wird. Die den Einzelnen betreffenden Regelungen sind willkürlich von Ärzten und Pflegepersonal zu bestimmen. Somit ist in der Psychiatrie kaum eine Solidarisierung zu erreichen. Jeder, der dort lebt, steht in ständiger Verunsicherung zu Ärzten und Pflegern, die die Macht haben, ihr Leben und ihre Freiheit willkürlich festzusetzen. Ich glaube, daß die Psychiatrie von da her wesentlich repressiver ist als der Knast.

P. schrieb mir damals jeden Tag, unter anderem auch einen Brief, in dem er den Psychiater als Clown bezeichnete. Dieser Brief wurde ihm zurückgeschickt, mit der Begründung, das gefährde die Sicherheit und Ordnung der Anstalt. Auch ein Brief von mir wurde nicht durchgelassen, worin ich mich über den Sinn meines Aufenthaltes dort äußerte.



Ich lag im Bett und las Lore-Romane, denn es durfte nichts, auch keine Bücher, von draußen in die Klinik gelangen. Lesen und Schreiben, Fressen und Pennen. Eines Tages packte mich die Wut, ich klebte das Fenster, welches ins Pflegerzimmer reichte, mit naßgemachten Seiten einer alten REVUE zu. Sie hatten mich an diesem Tag wieder so oft beobachtet, daß ich mich fühlte wie ein Kaninchen im Glaskasten. Sofort stürmten sechs Pflegerinnen in mein Zimmer, räumten alle meine Sachen raus und drohten mir mit dem Bunker. Als sie mein in dieser Zeit geschriebenes Manuskript rausholen wollten, flippte ich aus und schrie sie alle total hysterisch an: sie sollten machen, daß sie rauskämen. Dabei riß ich der einen das Manuskript aus der Hand. Ich war echt runter mit den Nerven, als die dann noch zum Schluß meinte, sie wisse ja, daß sie in einer Psychiatrie arbeite.

DER PROZESS

Endlich kam der Verhandlungstermin, einen Tag nach meinem Geburtstag, am 15. November.

Kurz vorher kam ein Psychiater aus Münster, der dem Gericht als Sachverständiger dienen sollte. Die hauseigenen Psychiater waren überlastet. Er befragte mich nach meinem Lebenslauf und überprüfte das mit den Akten. Ich erklärte ihm, schon vor der Einweisung drogenfrei gewesen zu sein. Dann prüfte er meine Reflexe und fragte so ganz nebenbei ob ich, und wenn ja, mit wieviel Jahren das erste Mal onaniert hätte.

Ich antwortete mit Ja und fragte mich, was das sollte, weil das ja wohl klar ist. Das Alter fiel mir nicht mehr ein, ich schätzte auf 12 Jahre. Das Ganze hatte etwa eine Viertelstunde gedauert, und daraus machte der Herr nun ein Gutachten fürs Gericht.

Am 15. war der Transport nach Siegen festgesetzt. Als ich dann aber am 14. morgens aufstand, waren die Bullen schon da.

Man brachte mich nach Bielefeld, wo ich im Knast die Nacht verbrachte. Das sollte eine zusätzliche Repression und Angstmache sein, wie der Richter auch bei der Verhandlung andeutete. Von meinem Anwalt hatte ich auf wiederholte Briefe nichts mehr gehört, aber ich nahm an, er würde zum Termin erscheinen. Das war aber dann doch nicht der Fall, da das „drop-in" in Frankfurt die weitere Kostenübernahme abgelehnt hatte.

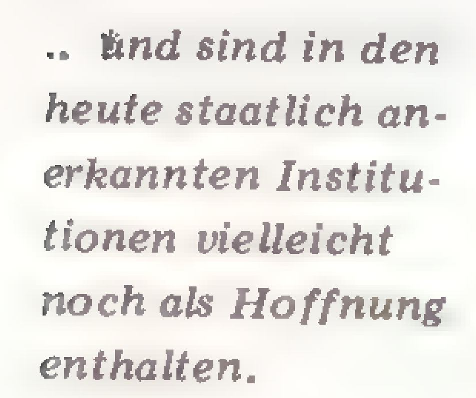
Eine weitere Anklage gegen mich lief wegen Dealerei mit Shit, die aber während der Verhandlung vom Zeugen als falsch erklärt wurde. Das traf auch zu, denn ich hatte ihm niemals etwas verkauft. Der Richter erkannte diese neue Aussage jedoch nicht voll an. Der Zeuge, ein ziemlich junger Typ, hatte sich bloß mit dieser Aussage halt ein bißchen wichtig machen wollen, nachdem er wegen Kippenklauen zum Staatsanwalt vorgeladen worden war.

Der Gutachter aus Münster sprach von der „Verwahrlosung meines gestörten Denkens", was er damit begründete, daß ich mir meine eigene Logik über diesen Staat aufgebaut habe, wie aus Gesprächen mit Psychiatern aus anderen Kliniken hervorging. Diese hatten alles natürlich aktenmäßig niedergelegt. Als ich im Verlaufe der Verhandlung erklärte, ich fühle mich emotional zu meinem Vater hingezogen (weil ich erreichen wollte, zu meinen Eltern zurückkehren), unterbrach mich der Richter bei dem Wort emotional und behauptete: „Das sind nicht ihre Emotionen, sondern ihr übermäßig starker Sexualtrieb." Auf meine Frage, wie er das begründe, antwortet er: „Ja, wenn sie mit 12 Jahren schon masturbiert haben, ist das doch wohl erwiesen." Von P., der mich in dieser Zeit 2 mal für eine halbe Stunde im Beisein einer Pflegerin besuchte, und dafür in eisiger Kälte ohne Kohle 1400 Kilometer trampte, behauptete er, dieser ginge nur mit mir, um mit mir zu pennen". Daß wir jetzt seit 2 Jahren zusammenleben, ist nur, weil wir sooo geil aufeinander sind. Ha Ha.

Der Ausgang der Verhandlung war ja von Anfang an mit Eltern, Richter, Gutachter und Staatsanwalt abgesprochen und hieß dann § 62 oder 64: Unterbringung bis zu zwei Jahren in einer einer Klappse. Allerdings mit der Möglichkeit, vorher in eine von Haldems Ärzten bestimmte Therapie zu gehen.

Das mit der Therapie wurde nun erstmal endlos hinausgezögert. Aber ich wollte auch gar nicht in Therapie, wozu auch. Ich hatte die Heroinszene hinter mir. Ich hatte keine Lust, wieder nur mit lauter junkies zusammenzusein und erst recht keine, mich in ihrem Sinne rehabilitieren zu lassen. 14 Tage später bin ich dann wieder nach Darmstadt abgehauen. Ich war nach der Verhandlung nicht mehr in Isolation. In Darmstadt machte ich ein halbes Jahr lang Urinproben, um meine Drogenfreiheit nachzuweisen. Ich hatte während dieser Zeit ein Jahr einen Haftbefehl laufen und lebte illegal. Ich suchte mir einen Schulplatz und trat mit Stellungnahme der Lehrer und Urinprobenergebnissen vors Gericht. Mein Anwalt erwirkte eine Aussetzung des Haftbefehls. Das war im Dezember 1978. Der Staatsanwalt wollte jedoch mein Gnadengesuch nicht nicht gleich an den Minister weiterreichen, sondern erst noch bis April meine Rehabilitation weiter überprüfen. Jetzt ist es Juni und mein Gnadenverfahren läuft immer noch. Ich bin nun 18 Jahre alt und will nun endlich „frei" sein.

Claudi



.. und sind in den heute staatlich anerkannten Institutionen vielleicht noch als Hoffnung enthalten.

DER SIEBZEHNTE JUNI IN FRANKFURT

"Merr könne doch de Kolleje von der ÖTV net ufflöse . . . "

Viele war'n wir, viele. Wir wollen uns nicht streiten, ob 35.000 oder 50.000, nicht streiten, ob wir am Samstagmittag in der Innenstadt mehr waren als am Sonntagnachmittag, als Udo Lindenberg, die Rockheulsuse, am Rebstock spielte. Jedenfalls trafen sich an diesem Wochenende viele, die sich in den letzten zehn Jahren verloren hatten, und zwar nicht nur aus den Augen. Es waren sicherlich nicht soviele Leute wie bei der Gorleben–Demonstration in Hannover, aber dafür hat es dann auch wieder nicht geregnet.

Fazit am heutigen Montagmorgen: Es war überwältigend, und so wahr man mich Sponti schimpft, irgendwie schön. Vergessen ist die ganze Diskussion der letzten Woche, ob nun Putz oder kein Putz, und wenn Putz, dann wie Putz, vergessen, die Hysterie, die ausbrach, als zu Kneipenschluß in der Freitagnacht jemand – fragen sie nicht wer – in die Hinterstube eines einschlägig bekannten Bockenheimer Lokals hineinstürzte und rief: "Der Notstand ist ausgerufen, stellt Euch vor, der NOTSTAND!" Dann setzten sich die 68–iger Veteranen auf die Stuhllehnen und erzählten, was in den Notstandsgesetzen drin steht, weil das heute keiner mehr weiß, daß das bloß heißt, daß sie die Bundeswehr einsetzen dürfen, und ihnen ansonsten quasi alles erlaubt ist – ist ihnen heute doch eh alles. Warum also Notstand, war die heiße Diskussion der Freitagnacht.

Nun, es war kein Notstand, am Samstagmorgen, nur polizeilicher Notstand, so argumentierte Wallmann, der Knallmann, entstünde, wenn er nicht alles verbieten würde, was er sich dann verbat – vergebens. Diskussionsstoff an durchaus vergnügten Bockenheimer Frühstückstischen war die Bombe bei der Mercedesniederlassung, gleich neben dem ID, die Wallmann in seiner Verbotsverfügung herangezogen hatte. War sie vom Verfassungsschutz oder sonst einem Geheimdienst, oder war sie von den Faschisten gelegt, die Pflasterstrand, ID, Druckladen und Autonomie gleichzeitig abservieren wollten? Wir einigten uns auf BND, weil der dumm genug ist. (Mittlerweile ist's bekannt – per Bekennerbrief – siehe diesen ID d. Red.) Und dann gingen wir zum Campus, von wegen Sternmarsch.

Auf dem Campus ankommen und enttäuscht sein war eins. "Wenn das 50.000 sind, dann heiß ich Claudia Dillmann", entfuhr es einem Rundschauleser, der beim Frühstücksei die Einschätzung der werten Dame bereits kritisiert hatte. Intern hatten wir uns ohnedies schon seit Tagen auf 40.000 Demonstranten festgelegt. Doch weh! Selbst die Schätzung war astronomisch. Dreitausend waren an der Uni, mehr nicht, ich schwör's, ich war dabei.
Der eine oder andere zuppelte nervös an seinem Halstuch, als die Polizei über Lautsprecher meinte, wir sollten zum Rebstock, weil wir nicht erlaubt seien, was sogar alle Gerichte bestätigt hätten, nur am Rebstock seien wir erlaubt, und sie würden uns auch zeigen, wo es lang geht



zum Rebstock. Doch unsre Stimmung war eigentlich prächtig, und drum zogen wir, angeführt vom allseits beliebten ersten linksradikalen Blasorchester auf der Welt und anderswo über die Senckenberganlage in die Bockenheimer Landstraße Richtung Innenstadt. Kein Bulle weit und breit, denkst du. Brauchst du bloß vorgehen bis zur Siesmayer, der straßenschlachttraditionsreichen, wirste sehn, was Sache is.
Da stand nämlich die bayrische Bereitschaftspolizei, Münchener Kennzeichen, blauweißes Wappen am Führerhaus, wo sonst. Ach du schönes Bayern am Main. Hier blies das Blasorchester, da standen die Bullen. Wir hatten uns schon vorher auf dem Campus geeinigt, wenn wir aufgehalten werden, bleiben wir erst stehen, dann gehen wir ein Stück zurück, und wenn das nichts nützt, dann sickern wir, es sei denn, es passiert was.
Mit dieser strategischen Vorgabe und viel taktischem Geschick sickerten dann die einen, die anderen gingen ein Stück zurück, und die dritten blieben vor den Bullen stehn, und warteten darauf, ob was passiert.

Was nur wenige genau wußten, was aber in der Stadt und im Äther gerüchteweise herumspukte, es passierte tatsächlich etwas. Und das war an sich schon ein kleiner Hammer. Die Polizei lief nämlich der politischen Führung weg. Andererseits lief auch der polizeilichen Führung wiederum die Polizei weg, kurz, alles lief.
Unsere nachträgliche politische Analyse ergab folgendes Bild:
Wallmann, der Knallmann hatte einen Putschversuch gemacht. Rechts außen in der CDU angesiedelt, wollte er als Krawallmann seinem geliebten Kanzlerkandidaten durch Putz in Frankfurt ein bißchen Rückenwind verschaffen. Just am Samstag nämlich trafen sich in Frankfurt auch die Vorsitzenden der CDU–Landtagsfraktionen unter Führung des CSUlers Gustl Lang, der seine Kollegen auf den Franz Josef einschwören wollte. Und es gibt nur wenig, was der äußersten Rechten mehr den Rücken stärkt als Putz, Tote, Verletzte und Hetze. Also draufhaun, sagte Knallmann just zu oben erwähnter Stunde, draufhauen in der Bokkenheimer, zerstreuen, auflösen, nachsetzen. Doch unser SPD-Knutchen Müller wollte nicht. Nicht, daß der plötzlich zum Antifaschisten geworden wäre, Gott bewahre, nein, sondern Knutchen fürchtete um seine armen Beamten, die ja schon in der Woche zuvor einen beachtlichen Krankenstand hatten, und wenn die Bügelfalten in den schnieken Uniformhosen ein paar Falten gekriegt hätten, das wäre auch zu schade gewesen. Also sagte Knutchen zu Walli: Nein, nicht draufhauen, sondern durchlassen und abwarten, so



lang es friedlich bleibt. Oh, was haben sie sich gestritten, und ein CDU-höriger Teil der Polizei, das Frankfurter MEK, die beliebte zivile Hundertschaft, griff im Streit mal kurz zu Gunsten von Walli ein, indem die Jungs mit ihren langen Knüppeln aus dem Vauweh Bus sprangen, um durch blutige Demonstrantenköppe die bekannte normative Kraft des Faktischen in der Debatte zur Geltung zu bringen. Doch Knutchen blieb hart. Durchgehen lassen, abwartend verhalten.

So ward Verwunderung und Verwirrung allgemein. Erst das gesamte Westend von weißblaugrünen Bullen besetzt, dann haut das Mek-Mek-Mek mein Hühnchen auf die Leute ein, und dann zieht die Polizei plötzlich ab und gibt die Bockenheimer frei – so frei die Polizei überhaupt geben kann.

Ganz besonders groß war die Verwirrung bei der Demonstrationsleitung in, de Fressgasse. Da standen die Leutchen, die sich im Nordend zum Sternmarsch aufgemacht hatten, zu tausenden rum, und wußten nicht, ob hü, ob hott. Irgendwelche aufgeschreckten Gemüter riefen die neusten Scheißhausparolen, die Bockenheimer seien abgeriegelt, das gesamte Westend sei besetzt, die Bullen würden die Leute verprügeln, es gäb massenhaft Verletzte, und man müsse sofort nach Bockenheim, um die bei ihrer Straßenschlacht zu unterstützen. Derweil kamen die ersten Bockenheimer angesickert, und wußten von nichts. Die Demonstrationsleitungshanseln, die man leicht an den Woackie–Toackies, die sie nicht benutzten, erkennen konnte, wußten erst recht nichts, was sich in den ausgedehnten Redebeiträgen über Sinn und Unsinn von Sonntagsrednern niederschlug, doch Satan sei Dank, kam ein irrer Trommler und alles fing an, mit zu trommeln und zu klatschen. Dann kam man auch schon der machtvolle, wie soll man anders sagen, Demonstrationszug aus Bockenheim, der sich hinterrücks durch den Grüneburgpark in die Innenstadt geschlichen hatte. Kurze Rede hin und her, und dann zog man um die Hauptwache, weils so schön verboten war. Und was warn wir plötzlich viele. Da kamen die von der Galluswarte, immerzu angetröpfelt, alle vereinzelt, keiner wußte Bescheid. Und dann kamen die vom Rebstock, die sich bei den Bullen hatten erkundigen müssen, wo denn die Demo sei. Aber die Bullen wußten selbst nicht so recht. Die hatten nämlich etwas Querfunk. Da fuhr zum Beispiel der Wasserwerfer aus dem schwäbischen Göppingen mit einem Stadtplan verwirrt durch die Straßen, da verlegten sich ganze Grenzschutzeinheiten mit dutzenden von Mannschaftstransportern vom Gallus zur Innenstadt und irgendwann wieder zurück, da erschallte im Äther folgender O–Ton: "Frank XY, bitte kommen. – Ja, hier Frank XY, da kommt schon wieder ein Demonstrationszug. – Ja, wo wollen die denn hin? – Ja, das kann ich so nicht sagen, das ist mir nicht ersichtlich. – Ja, dann fragen sie die doch, wo sie hinwollen.– Ja. – Hallo Frank? Ja, also ich hab die Demonstranten gefragt, wo sie hin wollen. Aber die wissen das selber nicht. Was soll ich jetzt machen? Hallo Frank, könnt ihr mich hören? – Frank, bitte kommen."

Frank kam nicht, im übertragenen Sinn, mein ich. Wir aber kamen. Zu tausenden durch die Innenstadt. Und nun gehen die Meinungen stark auseinander. Die Gießener meinten, es sei eine stinklangweilige Demonstration gewesen, keine Sprüche, nur dumm rum stehen die ganze Zeit, nix los. Die Göttinger Realsurrealisten hingegen feierten ihr Wiedersehen mit ihren Bockenheimer Kollegen auf das ausgelassenste, und die Sprüche sind schon fast nicht mehr zum Anhören, wenn Realsurrelisten einmal ausgelassen sind. Einige Verwunderung rief beispielsweise die Parole hervor, welche wir hier aus dokumentarischen Gründen zitieren: "Wir wollen keinen Einheitsbrei, wir wollen Himbeereis mit Ei, fürchtet Euch nicht!" Und das auf einer antifaschistischen Demonstration, ich bitte sie! Diese jungen Leute haben wirklich vor nichts mehr Respekt.

Noch eine Tatsache verdient vermerkt zu werden. Deutlich wurde vielen unbefangenen Beobachtern der Demonstration am Samstag in der Innenstadt, daß sich insofern eine Änderung vollzogen hat, als man nicht mehr von "überwiegend jugendlichen Demonstranten" sprechen kann. Ein unübersehbar großer Teil der Demonstranten am Samstag hatte das zarte Alter von dreißig bereits überschritten.

Wieviele Leute da waren Qui sait, who knows – da kann man nur schätzen. Jedenfalls war es so, daß sich die Demonstranten am Opernplatz stauten, weil sich die Demonstrationsführung mit der Demonstrationsspitze nicht einigen konnte, ob sie nun rechts oder links oder gar nicht oder doch wieder gehen sollten, und dadurch stauten sich die Demonstranten nicht nur am Opernplatz, sondern auch am Eschersheimer Turm, und auch an der Hauptwache, und am Goetheplatz und auch anderswo. Das, was die Frankfurter liebevoll "Cityring" nennen, war zu. HR 3 " . . . kommt es in der Frankfurter Innenstadt im Bereich Opernplatz, Eschersheimer Turm, Hauptwache, Römer, zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Autofahrer sollten diesen Bereich nach Möglichkeit meiden". Die nicht mieden, die standen in ihren Autos, und wurden gar von den Demonstranten verhöhnt: "Freie Fahrt für freie Bürger gegen Ketchup!", riefen diese Bengel zum Unverständnis der Betroffenen. Zwei Schritte vor, drei zurück. Die Demonstrationsleitung lief mit einem Megaphon herum und verlautbarte: "Es gibt zwei Positionen an der Zugspitze. Da sind die Chaoten, die sich unbedingt prügeln wollen, die wollen zum Römer ziehen, oder in der Innenstadt bleiben, bis der Gerichtsbescheid um vier Uhr aus Kassel kommt, ob die Demonstration, die wir gerade machen, auch erlaubt ist. Wir von der Demonstrationsleitung sind anderer Meinung als diese Deppen. Wir schlagen vor, zur Uni zurückzugehen, dort Musik zu machen und abzuwarten. Dann können wir wieder in die Innenstadt gehen. Also, wer jetzt zur Uni gehen will, der kann warten, oder dorthin gehen. Wer in die Innenstadt gehen will, der soll stehen bleiben, weil die, die dorthingehen wollen, nicht wissen, wo sie hingehen wollen. Jedenfalls wollen die Deppen hier in der Innenstadt bleiben. Also liegt es jetzt an Euch, zu entscheiden, ob ihr gehen wollt, oder wenn ihr gehen wollt, wohin und hierbleibt". Derart zügig von der Demonstrationsleitung angeleitet, begannen zahlreiche Demonstranten, wild durcheinanderzurennen. Da auch noch das Mobile Einsatzorchester dazu ein Ständchen spielte, und ein Trommler trommelte und noch andere Musiker ihr Wesen trieben, war das ganze recht ergötzlich anzusehen. Jedenfalls tröpfelten tausende in Richtung Bockenheim, zogen an der Uni beim Asta vorbei, erkundigten sich dort was denn jetzt sei, erhielten die gleiche Frage zur Antwort und verzogen sich daraufhin in die hoffnungslos überfüllten Kneipen, um dort in Ruhe bei klarem, kühlem Pils die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Derweil verharrten in der Innenstadt und in wütender Empörung die diversen Vorhuten der Arbeiterklasse, stinksauer ob des eben beschriebenen schnöden Verrats an der Arbeiterklasse und an der Sache des Volkes. Doch wozu haben Menschen Füsse, wenn nicht zum Abstimmen?

Unvergesslich haften bleiben wird wohl in der Erinnerung an Samstag jenes spontan skandierte "Eins zwei drei, wir woll'n ne Keilerei zwei drei vier, noch besser wär ein Bier drei vier fünf, uns dampfen gleich die Strümpf . . . "

Gegen halb sechs am Nachmittag zeichnete sich folgende Lage ab. Die Faschisten standen mit ihren Bussen an den Autobahnraststätten und warteten die Gerichtsentscheidung ab. Ein paar besonders mutige Faschistenbusse waren dennoch nach Sachsenhausen gefahren, und hatten dort demonstriert.

Sämtliche Mainbrücken waren durch "starke Polizeikräfte" abgeriegelt. Dennoch waren hunderte von "Störern" in Straßenbahnen nach Sachsenhausen ge-

fahren, un zu sehen, was da wohl is. Da war abe nix, außer daß die Polizei ein paar "Störer" verhaftet hatte. Vor dem DGB-Haus saßen die DGB–Demonstranten und warteten auf die Gerichtsentscheidung aus Kassel. Am benachbarten Römer hielten schwerbewaffnete Grenzschützer mit ihren Schützenpanzern und Menschen–wegfetz–Gittern den zu dieser Stunde verbotensten Quadratkilometer in der Bundesrepublik Deutschland besetzt. Vor den Grenzschutzpanzern lief eine zigtausendköpfige Menge hin und her – durch die ganze Innenstadt. Schließlich erscholl aus Kassel der deutsche Richterspruch: "Alles verboten!" Doch ganz wollte man es sich mit der Gewerkschaft auch nicht verderben. Der DGB dürfe ab 19 Uhr. Am Rebstock. Der DGB war aber in der Innenstadt. Und die Kollegen sagten ihrer Demonstrationsleitung, die sogleich zum Rebstock marschieren wollte, man müsse doch zuvor noch "die junge Kollege am Römer abhole", weil "die wisse doch noch gar net, dess dess jetzt am Rebstock erlaubt is, da misse mer doch zum Remer gehn un denen des sage". Also zogen Demonstranten durch die Innenstadt, kreuz und quer. Nur die NPD, die war in Alzenau, wau, wau. Über der Innenstadt kam der Polizeihubschrauber ins Rotieren. Wasserwerfer mit Hundertschaften fuhren vor ankommenden Demonstrationszügen auf – und wieder ab. "Frank XY – bitte kommen! Ja, also die Demonstrationsspitze kommt direkt auf uns zu. Was solle mir mache? – Auflösen, sofort auflösen! " – Awwer die marschiere einfach weidär, die komme immer näher. – Sofort auflösen! – Awwer des sin doch unser Kolleje von de ÖTV, die könne mer doch net ufflöse! –Scheißgewerkschaft, auflösen. – Ne, des mache mer net. Frank XY, mier mach jetzt de Weg frei, Ende".
Und dann zogen alle zusammen zum Rebstock. Und dort war Woodstock. Am Rebstock. Ich geh am Stock. Am Rebstock. Bis Sonntag abend. Wow.



„VICTOR IST SAUER UND MARTHA MELDET SICH NICHT"
Erfahrungen mit dem Brizzelbibb

FRANKFURT 16. Juni Wer in der Stadt herumlief am 16. Juni, der hat sichs kaum denken können – gerüchteweise sicherte es dann durch –, die Grünen, die mit dem Helmen, sind sich nicht einig. Großes Funkchaos im Äther. Frank ruft Frank und Frank kommt nicht, weil Victor nicht mehr mitspielt und Richard im Weg steht. Aber alle haarsträubenden Vermutungen sind untertrieben. Die Polizeiführung ist das einzige, was klar gegliedert und ordentlich aufgereiht übersichtlich ist, was dann aber auf der Straße herumläuft, die Exekutive quasi, hat keine Ahnung und macht, was sie will oder was sonstwer will oder auch nicht. Darum hier einige Ausschnitte aus der Wahrheit:

Vormittag. Der Posten, der den Campus beobachtet, meldet sich: Hier Frank xy. Auf dem Campus ungefähr 500 Leute, sie diskutieren. Jetzt formiert sich ein Demonstrationszug in Richtung Innenstadt. " „Frank 502 an Frank xy: Wieviele Demonstranten?" „So Zwotausend." – Funkstille, Beratung. Dann der Befehl von Frank 502, die Demonstration bis zum Opernplatz passieren zu lassen, also die ganze Bockenheimer Landstraße hoch in Richtung Innenstadt. Dort würden Vertreter des DGB und von Rock gegen Rechts die Demonstranten auffordern, zum Cam-

pus zurückzugehen, um den Beschluß des Verwaltungsgerichts über die noch verbotenen Demonstrationen und Kundgebungen abzuwarten. Frank 502, der taktische Leiter im Polizeipräsidium, wiederholt den Befehl drei-, viermal auf dem gleichen Kanal – alle sollens hören. Zwischendurch der Versuch, einige Hundertschaften in den Bereich des Opernplatzes zu verlegen. „Frank 502 für Richard 700. 502 von Richard 700, bitte kommen. Richard 700, fahren Sie mit zwei Hundertschaften zur Taunusanlage und mit ihren restlichen zwei Hundertschaften über den Opernplatz hinaus in den Reuterweg, drehen Sie dort und stellen sich in Richtung Opernplatz auf. Richard 700 für Frank 502, dasselbe bitte nochmal langsam zum Mitschreiben, ich bin nicht von hier. Frank 502: Taunusanlage zwaaai Hundertschaften, Tau-nus--an-lage, die anderen zwei Hundertschaften über den Opernplatz hinweg in den Reuterweg, dort drehen. Das ist Reuterweg, Reu- ter-weg. Richard 700: Die Straßennamen bitte noch einmal. Frank 502 für Richard: Frage, Haben Sie denn keinen Lotsen?" – „Doch, aber ich weiß nicht, wo der ist."

Zwischenruf. „Richard 600 für Frank 502: Ich habe mit drei Hundertschaften die Bockenheimer Landstraße in Höhe Mendelsohnstraße dicht gemacht und stehe mit einer Hundertschaft im Kettenhofweg. Wenn ich meine Männer jetzt zurückziehe, kriege ich sie am Opernplatz nicht mehr zum Kämpfen. Wir haben hier eine strategisch günstige Position. Meinen dreihundert Leuten stehen dreitausend wild entschlossene, zum Teil mit Helmen und Stöcken bewaffnete, junge Leute gegenüber. Wenn die erst mal am Opernplatz sind, dann sind die doch nicht mehr zu halten." Zehn Minuten später: Frank 502 lobt Richard 600 für seinen strategischen Weitblick.

Personenbeschreibung. Wer bis hierher des Dramas ersten Akt aufmerksam verfolgt hat, der fragt sich wahrscheinlich, wer wohl hinter den Namen Frank, Victor und Richard stecken mag. Nun, Frank 502 ist, wie schon erwähnt, der taktische Leiter in der Zentrale. Der Chef. Und viele kleine Franks („Frank" für Frankfurt) fahren in der ganzen Stadt herum und senden auf den verschiedensten Kanälen wichtige Nachrichten aus. Vorher sagen sie immer ordentlich ihren Namen und den desjenigen, den sie sprechen wollen. Es gibt aber Schwierigkeiten. Die gibt es auch mit Victor, der den Verkehr regeln soll, und mit Martha, die am Main aufpaßt, und mit Richard, der Reserve spielt und mit Hessen, der ein Hubschrauber ist, und mit dem anderen Hessen, der ein Kampftaucher ist und im Main schwimmt.

„Die elfte HU (-ndertschaft) hat zwei Beamten verloren. Frank 502 an. . . . Die elfte HU kann ihre zwei verlorengegangenen Männer in der Ludwigstraße beim Pförtner abholen. Das ist Hintereingang PP (Polizeipräsidium)."

So oder ähnlich zeichnet sich den ganzen Tag über im Äther der polizeiliche Notstand ab. Richard 700 ist nie da, wo er seinen Lotsen vergessen hat, bis er, mitten im heißesten Gebraucht-werden, freundlicherweise einen Frankfurter Polizeioberrat „zur Seite gestellt bekommt, zur taktischen Beratung", der geht aber in der Luft verloren, weil er seinen Namen nicht vergessen kann. Er heißt nämlich Frank 520 und kann sich nicht an Richard 700 gewöhnen. Richard 600 indeß beweißt am Main noch einmal taktisches Geschick, indem er die Uferstraße ohne Vorwarnung vollständig sperrt, worauf Victor Verkehrsregelung endlich die Krawatte platzt: Er schmollt, meldet sich nicht mehr, ist auch nicht erreichbar, verschollen – das Verkehrschaos erfährt keine Regelung mehr und Frank 502 ruft umsonst. Dann ist er wieder da; 0-Ton Victor: „Wenn ihr was von mir wollt, müßt ihrs nur sagen, dann kriegt ihrs auch, aber sagen müßt ihrs."

Überhaupt mit dem Melden ist das so eine Sache. Martha 600 zum Beispiel war grundsätzlich nicht da; andere Marthas mußten für sie. „Martha 600 ist gerade bei einer taktischen Besprechung, außerhalb des Fahrzeuges." Martha 600 besprach den ganzen Tag lang Taktisches.

Samuel saß in Sachsenhausen und schwieg.

Schlußbemerkung: Durch den taktisch geschickten Einsatz von Richard 600



ist es gelungen, die zweiundsechzigste und die vierundsechzigste Hundertschaft immer dann wenn sie ins Polizeipräsidium (PP) hätten losfahren können, um die "warmverpflegung aufzunehmen", dringend zu brauchen. Wir danken dem Richard für seinen Einsatz. So soll es auch sein.

PS: Leider sind den mithörenden Autoren die besten Anekdoten entgangen, weil sie im Pfeifen und Summen der Sprachverschlüsselungsgeräte untergingen. Doch noch eins von VIctor: ..Victor an funfhundertzwo. Habbe sie sich schon mal überlescht, wie sie den Beschluß vom Gericht dem Volk bekanntgebe wolle. Un gibts uffm Rebstock schon e abgestecktes Gelänne, wossei soll. De Rebstock is groß." Frank: „Ehm, ja, ehm, na gut, ich sprech sie wieder an." Victor: „Na bitte, es geht doch – mir warde."

WENIG ROCK, VIEL GEGEN RECHTS – UND TROTZDEM 1 : 0 FÜR DIE KULTUR!

Frankfurt
20. Juni

Nun will ich euch mal eine Geschichte erzählen; eine Fabel vom letzten Samstag – selbsterlebt, tatsächlich und doch eine Fabel mit dicker Moral:

Wir, das ist das „Mobile Einsatz orKester" hatten natürlich zu dem Sternmarsch (Astraldemo) auf den vermeintlichen Römer unsere Instrumente dabei, zupften hier und strichen dort, sangen und klangen mal im Lauf- und mal im Schritt. So um die alte Oper rum kamen einige zehntausend der zigtausend zum Stehen oder Liegen – teils weil über die nächsten Ziele Unklarheit bestand, teils, weil so manches Bein ermüdet war vom vielen Trappeln und von der ganzen Anspannung. Irgendwo haute ein amerikanischer Straßentrommler dermaßen auf die Pauke, daß die angrenzenden Leute unweigerlich ins Hopsen gerieten. Auch das eine körperliche Erholung. Wir gingen ein Stück weiter vor, zu den müßig lagernden Demonstranten und ließen uns das: „Äi, spielt doch mal was!" nicht dreimal sagen. Also wurden die Instrumente angeworfen und das Kulturprogramm für eröffnet erklärt. Applaus, Hurrah. Wir hatten auch ein neues Lied dabei, betitelt: „Röckchen gegen rechts" (wir machen keine Rockmusik sondern Punk-Folk, ähem). Das sollte ursprünglich unser Beitrag für das Kulturprogramm auf dem Römer sein, aber dort . . . na ihr wißt ja selbst.

Kaum hatten wir die erste Hälfte des ersten Taktes angestimmt, packt mich von hinten ein rauhbeiniger Lederhandschuh an die Schulter und ein Megaphon kräht über meine sensibel gestrichene Geige: „Leute, hier, wir müssen alle sofort in die Freßgass, wahnsinnig wichtig . . . " Ich gebe dem forschen Redner seitlich zu verstehen, er solle mal unser Lied nicht stören und spiele vorwärts weiter im Takt. Die Leute vor uns sind auch viel mehr an unserem Lied interessiert als an dem Megaphoniker, der aufgeregt von einem Bein auf das andere stampft als stünde er mit Dünnschiß vorm besetzten Lokus. Während mein schallend geöffneter Mund nach vorne singt, blökt mein agitierender Hintermann immer noch „Freßgass, Freßgass" ins Ohr. Es gelingt mir während einer kurzen Strophenpause „Halt's Maul" nach hinten zu zischeln. So ein stereophones Manöver ist gar nicht so einfach, besonders, weil unser Lied „Röckchen gegen Rechts" über weite Teile im 7/4 Takt gespielt wird. Das ist ein extrem antifaschistischer Takt; wer darauf zu marschieren versucht, fällt nämlich bestimmt nach fünf Schritten um, weil ein Bein im Takt fehlt . . . Aber das nur am Rande. Also wir kommen glorreich zum Ende, die Leute klatschen, eigentlich könnte hier sofort ein Freilichtspektakel stattfinden, doch unser lauernder Derwisch springt tarantellhaft aus dem Hintergrund hervor und erzählt mit bebender Stimme: „Wir sind hier nicht zum Musikhören – wir müssen sofort in die Freßgass, weil in Sachsenhausen sitzen Faschisten in der Kneipe in Tarnanzügen!" oder so ähnlich. Ein Gegenredner warnt nicht minder dringlich vor den politischen Gefahren der Freßgass und will für den Campus mobilisieren. Lustlos und unentschlossen pfeifen oder klatschen die Leute. Die kleine Rast ist zuende, es wird zum nächsten Marsch geblasen. Wir packen unsere Instrumente wieder ein. – Hier endet die Fabel und nun kommt die Moral. Undzwar wird sie aufs Butterbrot geschmiert in sieben Streichen:



1. Nach einem bestimmten „politischen" Verständnis von Kultur hat jene die Leute anzuziehen und zu mobilisieren, für Ziele allerdings, die von Politik und Strategie funktional bestimmt werden. Der umgekehrte Fall, daß eine Musikgruppe in einen politischen Redebeitrag hereinplatzt weil sie sich für wichtiger hält, ist völlig undenkbar. Musik ist für den Bauch da – der gehört dazu, so tolerant ist man mittlerweile geworden, aber der politische Kopf bestimmt, wo der Bauch zu stehen hat. Der „Bauch" darf sich nicht irgendwo Musik anhören, Musik machen, nein, der Bauch muß erst Farbe bekennen, bevor er sich genießen darf. „Rock gegen rechts" soll wohl auch heißen „Der Bauch steht links" oder wie? Aber weder Musik noch Musiker sind willfährige Objekte für strategisches Hin- und Hergeschiebe a la: wir müssen mal einen Rock gegen A, B, C, gegen Strauß, Staat, Hinz oder Kunz veranstalten. Wer nur nach passenden Attributen sucht, verkennt oder mißachtet die Autonomie und die Eigendynamik von kulturellen Ausdrucksformen. Kultur ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern Kultur ist ein politisches Medium das aus anderen Mitteln besteht.

2. Unser Fabel-Redner wußte genau, daß wir mit unserer Musik mehr Aufmerksamkeit erregten, als er mit seinem Megaphon. Das politische Bündnis „Rock gegen Rechts" wußte genau, daß ohne die kulturelle Aktivität des kulturellen Teils dieses Wochenende vielleicht nur ein Hundertstel der Leute erschienen wären. Dennoch blieb die hierarchische Gliederung: oben Politik, unten Kultur, so ähnlich wie: Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps, weitgehend unhinterfragt. Der Samstag gehörte der ordentlichen „politischen" Demonstration ohne viel Firlefanz, Klamauk und Tamtam und der Sonntag durfte dann wenigstens zum Teil einlösen, was das gesamte Wochenede versprochen hatte. Das eine vom anderen sauber getrennt.

3. Es gibt genügend Musikgruppen, die dieses Spiel mitbetreiben, die so vehement „politisch" sind, daß man vor lauter Gähnen gar nicht mehr zum Buhrufen kommt. Daß die „Schmetterlinge" als Höhepunkt des Samstagabends verkauft wurden, ist bezeichnend. Deren hochgereckte Zeigefinger eines pathetisch-pädagogischen Antifaschismus hat einen genausolangen Bart wie die altbackene Form des Faschismus, den sie immer noch und fast ausschließlich aufs Korn nehmen. Aber sie schienen doch einem wesentlichen Teil des Bündnisses als die angemessene Kultur. Nee, Leute, das setzt nichts frei, das lähmt nur. Ein alter rostiger Topf, der die quirlig unberechenbare Suppe der Subkultur unter politisch sanktionierter Kontrolle halten soll. Ich habe den Verdacht, daß der ideale gegen-rechts-Rockfan ergriffen, massenhaft in sich gekehrt und

freudlos stumm nach vorne hört und beständig aufpaßt, daß die antifaschistische Seriosität nicht durch seinen womöglich tanzenden Körper verächtlich gemacht wird. Für diesen schizophrenen shit geben so manche Schmetter- und Oktoberlinge den Wasserträger ab. Wie gesagt: shit!

4. Wie gut, daß das nicht nahtlos hingehauen hat. Gruppen wie Straßenjungs, Bots, Brüder Engel, sog. linksradikales Blasorchester und, jawoll, auch Lindenberg, haben auf sehr unterschiedliche Weise authentische, unverbrauchte und originelle Musik gemacht, die eine kulturelle Vielfalt erahnen ließ, von der jetzt nur ein Zipfel zu sehen war. Von den Veranstaltern verschämt präsentiert, vom Publikum begeistert aufgenommen. Diese Musik ist nicht weniger politisch, sondern anders politisch als die bekennerhaften Antifaschistenklänge des kleinsten gemeinsamen Nenners.

5. Rock gegen Rechts kann bedeuten die offensive Darstellung unserer Andersartigkeit, des rebellischen Unterschieds gegenüber der rechtsstaatlichen Traurigkeit und ihrer faschistischen Eltern, Kinder und Enkel; kann bedeuten das Experimentieren mit einem Medium, das wir diesen Deppen voraus haben.
Dazu müssen wir dieses Medium erst einmal uns selber erschließen. Damit stehn wir noch ganz am Anfang und, siehe oben, in Auseinandersetzung mit sehr alten und unstimmigen Töpfen. Wir müssen allzuberuhigende politische Ubereinstimmungen überprüfen, wir müssen uns über die Macht der Lautstärke, der Elektrik und der Technologie unterhalten, um zu wissen, wer mit wem und mit welchem Ergebnis kommuniziert, wenn die Musik dröhnt und die Post abgeht . . . (Vielleicht sollten wir uns alle in der Postgewerkschaft organisieren?)

6. Die nächste Demonstration dieser Art könnte ein Umzug sein, eine Prozession mit Lautsprecherwagen mit Rockgruppen auf allen Etagen, mit Pauken und Trompeten, Straßenmusik, Hula-hupp und Massenchörälen. Dazu eine Podiumsdiskussion zwischen Rock-, Reggae-, Punk- und Straßenmusikern, die das Recht haben, sich genauso rasant zu streiten, wie KB, SB und Antifa-Leute.
Dass soetwas hierzulande über die Schwierigkeiten in den eigenen Reihen hinaus mit Verbotsmüllern, Wallmännern und Untersagungssrichtern zu kämpfen hat, läßt die Konturen erkennen, wogegen sich hier eine antifaschistische Alternative zu behaupten hat.

7. Rock ist lecker und schmeckt nach Freiheit; – aber zieht ja nicht alle den gleichen Rock an!

–Micky–

Die ID – HAUSBOMBE !

oder: da wir nicht draufgegangen sind, schätzen wir uns glücklich, noch in der Lage zu sein, über die folgende Kommandomeldung informieren zu können.

FRANKFURT 20.Juni *Wir danken den aufmerksamen Angestellten der Daimler Benz AG dafür, daß sie in der letzten Woche rechtzeitig die Super-Bombe in ihrem Gulli entdeckt haben. Wahrscheinlich wäre sonst dieser ID nicht erschienen, denn nur einige Meter von der ID-Redaktion entfernt lagerte sie. Was uns außerdem noch beunrhigt: 30 kg Sprengstoff sollen deponiert worden sein, aber 40 kg entschärft. Wo sind die 10 kg geblieben, ihr Knalltüten?*



Das Bild zur Bombe: Unter dem ersten Pfeil lag die Bombe (Mercedes Lager). Nummer 2 ist der Pflasterstrand, Stadtzeitung für Frankfurt, Nr. 3 der ID, Nr.4 der Druckladen, Nr.5 das Frauengesundheitszentrum, Nr. 6 das erste Wohnhaus. Im Hof dahinter noch ein weiteres. IM ID-Hof die Mauer zur Schule. Links im Bild eine vielbefahrene S-Bahn-Trasse...

Hier ist die Erklärung, die uns am 18.Juni zuging:

Anschlag gegen Daimler Benz

„Wir haben am 15.6.79 in einem Gebäude der Daimler-Benz AG Ffm einen 30 kg-Sprengsatz deponiert. Weil ein Gitter nicht mehr schloß, wurde ein Schließer aufmerksam, und die 40 kg wurden entschärft. Sie hätten die Daimler-Bude in eine Ruine verwandelt. Daimler unterstützt bis heute das Folterregime Somozas."

Hintergrund: Diktator Somoza besitzt die Generalvertretung von Mercedes in Nicaragua. Auf eine aktuelle Anfrage westdeutscher Nicaragua-Komitees teilte Mercedes-Benz in Stuttgart mit, daß es die Generalvertretung im Interesse seiner Kunden nicht von politischen Strömungen abhängig machen könne und sich außerdem außerstande sähe, General Somoza die Generalvertretung zu entziehen. (ID-Auslandsgruppe).

„Daimler ist hier in der BRD mitverantwortlich für die Einbetonierung und Zerstörung unserer Lebensbedingungen."

(Zum Beispiel die geplante Teststrecke bei Boxberg, die vom „Bundschuh" bekämpft wird – s. ID 276! – ID).

„Wir solidarisieren uns mit dem fortschirttlichen Teil der Sandinistas, allen aktiven Widerstandsbewegungen und der kämpfenden Linken in der BRD."

(Hintergrund: Es gab/gibt innerhalb der Sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas (FSLN) verschiedene Tendenzen. Bekannt wurden die „Guerra Prolongada Popular" (GPP), die für einen langfristigen Kampf als politisierendes Medium eintraten, die „Fraccion Insurrecional", deren Schwerpunkt auf der Vorbereitung einer massiven Grundlage eines Aufstandes lag und die „Terceristas", der u.a. auch Sergio Ramirez angehört, die ehemals mehr unter sozialdemokratischem Einfluß standen, jedoch den militärischen Teil des Aufstandes unterstützten. Jedoch stehen diese und andere Tendenzen unter einem gemeinsamen Oberkommando, und seit Februar sind keine Auseinandersetzungen innerhalb der FSLN mehr bekannt geworden. Insofern erscheint angesichts der augenblicklichen militärischen Situation eine Unterstützung des „fortschrittlichen Teils" der Sandinistas als ein wenig wirklichkeitsfern. – ID-Auslandsgruppe).

„Ein absurder Fehler"

Drei Tage später kam eine weitere Erklärung, diesmal unterzeichnet und zwar mit „Revolutionäre Zelle Nicaragua". Darin heißt es:

„Nach den Pressemeldungen am 16.6. und 17.6.79 sehen wir uns gezwungen, noch einmal Stellung zu der Aktion zu beziehen.

1. Der Sprengkörper hätte um 3.40 Uhr früh gezündet. Daß ernicht gezündet hat, lag an einem technischen Mangel, den wir inzwischen kennen. Nach diesem Zeitpunkt war eine Explosion technisch nicht mehr möglich.

2. Wir wußten, daß hinter dem Fenser des Lichtschachtes brennbares Material lagerte. Im Umkreis von 150 – 250 Meter gibt es keine bewohnten Häuser, Straßen oder Schienen, wo jemand gefährdet gewesen wäre. Das, wofür wir u n s kritisieren, ist der absurde Fehler, der uns unterlaufen ist.

Der Grund für unseren Angriff besteht weiterhin. Somoza läßt heute noch täglich von seiner – von Daimler-Benz, den USA, ISrael, Chile und Südafrika ausgerüsteten – Nationalgarde Tausende von Zivilisten und Sandinistas abschlachten. Er läßt die Elendsviertel von Managua bombardieren, weil er unter den Armen eher Widerstand vermutet. Lebensmittelrationen werden nur an Reiche oder Beamte verteilt. Auch dadurch versucht er, die Bevölkerung auszurotten. Die Nationalgarde hat Befehl, alle über 13-jährigen, die auf der Straße angetroffen werden, zu erschießen. Gleichzeitig fordert ein großer Teil des US-amerikanischen Senats Carter auf, die „rechtmäßige" Regierung Nicaraguas, das Folterregime Somozas, aufzurüsten, „um den Einfluß der USA in Mittelamerika zu stabilisieren."

"Daimler-Benz unterstützt nicht nur den Massenmord in Nicaragua, sondern auch in Israel, Süd-Afrika, Namibia, Chile oder Honduras. Daimler-Benz hat überall dort seine schmutzigen Finger im Spiel, wo es um die Etablierung der Ausbeutung geht. (. . .)

Wir fordern die Bundesregierung auf, die provisorische Regierung der Sandinistischen Befreiungsfront s o f o r t anzuerkennen. Wir fordern s o f o r t i g e und umfassende Hilfsmaßnahmen der BRD für das Volk von Nicaragua. "

Von ihrer hohen strategischen Warte aus sind den revolutionären Herrschaften offenbar ein paar Kleinigkeiten nicht aufgefallen. Im Umkreis von 100 m liegen nämlich:

- *sechs Wohnhäuser mit 68 Familien,*
- *das Frauengesundheitszentrum,*
- *der „Pflasterstrand",*
- *der „Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten",*
- *die Bonifatius-Grundschule für 480 Kinder von sechs bis zehn Jahren;*

im Umkreis bis 250 m außerdem:

- *sechs weitere fünfstöcige Wohnhäuser und*
- *die Regionalredaktion der „Tageszeitung".*

Wir pfeifen auf die „revolutionären" Hobbybastler. Wir hauen ihnen diesen Satz aus ihrer eigenen Erklärung um die Ohren:

„Wir finden uns damit nicht ab. Wir wehren uns gegen jede Form von Zerstörung und Repression."

Die Leute vom ID, Pflasterstrand, Autonomie, Frauengesundheitszentrum, Druckladen, sämtlich in der Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90.

KOMMANDOMELDUNGEN

Frankfurt
20. Juni

Aus Protest gegen die Europawahlen wurden in der Nacht davor die Scheiben beim Juridikum in Frankfurt eingeworfen.

In der Nacht zum 11. Juni flogen Steine in die Scheiben des Ludwigshafener SPD-Büros. Aus Protest gegen die Todesschüsse.

RIESIGES FILMGELÄNDE BESETZT – DOCH JETZT GEHTS UM HILFE

B ERLIN
20. Juni

Seit bald zwei Wochen halten Leute aus verschiedenen Berliner Initiativen das ehemalige UfA-Filmgelände besetzt. Sie brauchen jetzt jede Art Unterstützung und Öffentlichkeit. Ein an den ID längst abgeschickter, umfangreicher Bericht ist verschütt, deshalb kurz : Besetzer sind u.a. die "Fabrik", die aus der Kurffürstenstraße weg will, dann die Privatschul-Initiative für eine Freie Schule, dann die IG ROCK in Berlin, der etwa 40 Gruppen und Einzelartisten angehören, sowie der Sozialhilfe-Bund Berlin e.V.

Alle arbeiten und leben bereits auf dem Gelände. Die Post, Eigentümerin des Areals, fordert unverzügliche Räumung, kann aber kein langatmiges Interesse daran entwickelt haben, weil sie das Gelände derzeit an das Finanzamt verkloppt, dessen Interessenwahrer, der Senator für Finaz und Wirtsch, sich naturgemäß noch nicht melden konnte.

Nicht zurückgeben !

Kontakt : tel. 030/ 261 24 87 c/o "Fabrik", Kurfürstenstraße in Berlin, die Kurzinformation stammt von Pit, der den Schippi grüßen lässt.

ANGELA SCHMIDT IM HUNGERSTREIK

HAMBURG
18. Juni

Die Gefangene Angela Schmidt (Untersuchungshaftanstalt Hamburg) hat sich dem Hungerstreik der politischen Gefangenen am 27. Mai angeschlossen. Sie fordert außerdem:

1. Umschluß für alle Gefangenen
2. Einrichtung von Gesprächsgruppen zu Themen ihrer Wahl
3. Verlängerung der Freistunde von 40 Minuten auf 2 Stunden
4. Eine durchführbare sportliche Betätigung, wie z.B. Tischtennis, Gymnastik
5. Mehr Fernsehen, kein Kinderprogramm
6. Verlängerung der Besuchszeit von 30 Minuten auf 1 Stunde
7. Stärkere Kontrollen (mehr Personal) im medizinischen Bereich sowie Preiskontrolle des Anstaltskaufmanns
8. Gleiche Rechte für Frauen im Strafvollzug. Beispiel: Den Männern in der Strafanstalt Fuhlsbüttel stehen weitaus mehr Möglichkeiten zur Verfügung als den Frauen in Lübeck.

Kontakt: RA Wolf-Dieter Reinhard, Heußweg 35, 2000 Hamburg 19.

Umsonst und gewaltfrei

Mespelbrunn (Spessart) Am 30. Juni/1. Juli gibt's ein Treffen der Regionalgruppe Mittel-Süd "Kollektiver gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste". Es fängt am Samstag um 13 Uhr an und geht bis Sonntagnachmittag und zwar in der Hauptstr. 15 in Mespelbrunn-Hessental. (Mit der Bahn fahrt ihr bis Aschaffenburg, besteigt dort den Postbus nach Heimbuchental, verlaßt ihn an der Hessentaler Kirche. Mit dem Auto fahrt ihr von Aschaffenburg oder von der Autobahnausfahrt Weibersbrunn in Richtung Mespelbrunn.)
Kontakt: Bernd Bleistein, Hauptstr. 15, 8751 Mespelbrunn-Hessental, Tel über 0611/57 18 13 (Horst)

„Es ist so schön, Soldat zu sein . . . ."
Vom 15. Juni - 25. Juli wird im Haus des Kreisjugendrings, Heilbronn in der Schützenstraße täglich von 16-19 Uhr, Sa/So von 10-12 Uhr eine Ausstellung zu sehen sein, die folgende Schwer punkte hat:
1. der Bereich „waffengeschichtlicher Überblick" gibt in einer chronologischen Übersicht Hinweise auf die Entwicklung der Kriegswaffen in der Geschichte der Menschheit. Ergänzt wird dieser Überblick durch Materialien über die Produktion von Rüstung in der BRD.
2. Im Bereich „Waffenentwicklung und Folgen" werden die Auswirkungen von Waffen eindrucksvoll vor Augen geführt.
3. Im Bereich „Erziehung zum Militarismus" dokumentieren Bildbeispiele und Texte die Tradition der Erziehung zum Militarismus vom 19. Jahrhundert bis heute.
4. Im Bereich „Kriegsdarstellung und Bild des Soldaten in der deutschen Kriegs- und Militärpropaganda 1914-1945 " wird aufgezeigt, in welcher Tradition die Glorifizierung und ästhetische Aufwertung alles Militaristische bis heute steht.
Kontakt: Stadtjugendpflege Heilbronn, DFG/VK Klaus Jüttig, Lenaustr. 1. 71 Heilbronn

Fall Wedel – Broschüre zum Berufsverbot

Er habe seinen Wagen in der Nähe einer KPD/ML-Veranstaltung geparkt gehabt', – so einer der 'massiven' Vorwürfe gegen den Lehrer Hans Wedel. Auf dem Russell-Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD wurde sein Fall als ein Beispiel des Mc Carthyismus in der BRD bezeichnet. Statt einer Schuld durch Mitgliedschaft
'Schuld durch Mitgliedschaft' würde hier schon die 'Schuld durch Kontakt' zu einem Berufsverbot ausreichen. Zu dem ganzen Fall ist jetzt eine 52-seitige Dokumentation erschienen. Den Vertrieb macht Hans Wedel selbst. Legt zur Bestellung bitte 1,60 DM in Briefmarken bei und schickt sie an
Hans Wedel, Isenburgring 7, 6050 Offenbach

Frankfurt Was ist los in der Psychiatrie?

Die Medizinstudenten, die in der Frankfurter Psychiatrie Praktikum machen, rufen für Samstag, 23.6. ab 11 Uhr zu einer Demonstration mit Straßentheater, Informationsständen usw. auf. Treffpunkt ist die Uniklinik, bzw. der Blutspendedienst. Vorausgegangen sind Konflikte zwischen Studenten und Psychiatrieprofessoren, die sich weigern die derzeitige psychiatrische Theorie und Praxis zu problematisieren (Psychopharmaka, das Thema Depression wird mit einem Reklamefilm von Höchst abgehandelt usw.)

Stuttgart Schwuler Befreiungstag

soll am Samstag, den 30. Juni ab 10 Uhr gefeiert werden mit einer farbenprächtigen Demonstration von Schwulen, Lesben und Sympathisanten, Straßentheater und Fest. Auswärtige sollten sich zwecks Übernachtung anmelden beim
Komitee Stuttgart, c/o IHS, Postfach 358, 7000 Stuttgart 1.

Hamburg Gurr-Prozeß wegen Brokdorf-Demonstration

Joachim Gurrs Prozeß (s. ID 285)wegen allerlei Delikte, die er auf der Brokdorf-Demonstration Januar 1977 begangen haben soll, läuft am 25. Juni weiter. Der Termin ist um 12.30 Uhr im Raum 297 des Strafjustizgebäudes, Sievekingplatz 3 in Hamburg.

Kontakt: Joachim Gurr, Tornquiststr. 44, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/40 46 31

Nürtingen An die fahrenden Frauen

Die auf kleineren und größeren Brummis fahrenden Frauen treffen sich am 30.6./1.7. in Nürtingen (s. ID 279). Frauen, die kommen, bitte anmelden bei
Christina Scharwies, Postfach 1841, 7440 Nürtingen
(wenns einen Konvoi gibt, schickt uns bitte dufte Fotos und Artikel, Irma im ID)

FRANKFURTER STUDNIKS: WÄHLT LISTE 1 !!

FRANKFURT 20. Juni Vom 25. Juni bis 27. Juni finden an der Frankfurter Uni Studentenparlamentswahlen statt. Die Urnen finden sich an den beliebten Stellen der jeweiligen Gebäude: am Ausgang.
Warum ihr Liste 1, SHI, die undogmatische Spontilinke, wählen müßt, hat euch der AStA schon erklärt. Außerdem ist das schon seit Jahren so: die SHI gewinnt und damit Basta!
Auch wenn einige IDler der Uni längst den Rücken gekehrt haben: Geht zur Urne und wählt und zwar plötzlich!!

Bensheim – Bau von Sonnenkollektoren

Die Arbeitsgemeinschaft Sanfte Energie lädt zu einem workshop zum Bau von Sonnenkollektoren ein und schreibt: „Wir haben noch einige Plätze frei. Es werden verschiedene Kollektoren-Demonstrations-Anlagen gebaut, u. a. auch ein konzentrierter" Kollektor, der heißes Wasser und Dampf erzeugt. Außerdem ein bißchen Theorie und ein Vortrag über bereits existierende Anlagen und Musik. Auch Mann/Frau mit zwei linken Händen sind willkommen.
Die Teilnahme kostet pro Tag alles inclusive 10 Mark. Der workshop findet vom 16. bis 27. Juli in Sprendlingen statt.

Die Teilnahme ist auch für eine Woche möglich.
Außerdem veranstalten wir noch ein Seminar für Schüler und Lehrer: „Alternative Energie in der Schule" – ein Austausch von Erfahrungen, Ideen und Material von Lehrern und Schülern, die Projekte zur alternativen Energie durchgeführt haben oder die es noch machen wollen (mit Besuch des workshops). Dieses Seminar findet von 21. bis 24. Juli in Bensheim bei Darmstadt statt und kostet für Schüler 20 Mark, für Lehrer 50 Mark.
Kontakt: AG Sanfte Energie, Bachstr. 46, 6140 Bensheim 3



FRAUEN

BETRIEBSBESETZUNG: ... JETZT KANNST DU AUFSTEHEN ...

QUAREGMON/BELGIEN 8. Mai 79 — *Im September 78 haben die Frauen einer Jeansfabrik in Belgien "ihren" Betrieb besetzt. Über ihre Erfahrungen, Probleme ... über, die sie dabei gemacht haben, sprach eine Frau der Arbeiterselbsthilfe (ASH), Frankfurt, mit Maria und Maria, die beide zum Verwaltungskommitee des besetzten Betriebes gehören.*

Wir haben die Fabrik besetzt, weil es hier in der Gegend kaum noch Arbeitsplätze für Frauen gibt. Es gibt nur noch wenige andere Fabriken, diese war fast die einzige hier. Nun sollte auch die noch schließen, da haben wir beschlossen, sie zu besetzen. Wir hatten also einen guten Grund.
Zu Beginn waren es etwa 150 Frauen, die besetzten, aber in all den Monaten die vorübergingen, neun sind es jetzt schon, da hat es einige Konflikte in den Familien gegeben. So um siebzig Frauen sind übrig geblieben. (Anfang Juni sollen es nur noch 20 Frauen gewesen sein.)
Gab es viele Familienkonflikte?
Die meisten von uns sind Italienerinnen und man weiß, daß die Italiener bestimmte Traditionen haben: die Frau am Herd, der Mann bei der Arbeit oder beim Zeitungsvertrieb. Die Eltern vieler junger Mädchen, die hier arbeiten, meinten, es gehöre sich nicht für ein junges Mädchen, eine Fabrik zu besetzen. Also zwangen sie die Mädchen, zu Hause zu bleiben.
Hat sich das Verhalten der Frauen untereinander geändert?
Ja, die Frauen, die geblieben sind, verhalten sich anders zueinander. Vorher kannte man nicht alle Frauen, die in der Fabrik arbeiteten. Du hattest nicht die Zeit, sie kennenzulernen. Du gingst zur Arbeit um 7 h, um 7.15 h ging es los bis um 16.25 h. Da war keine Zeit, miteinander zu reden. Das ist jetzt anders. Du hast Zeit, dich mit anderen Frauen zu beschäftigen, sie kennen zulernen, zu reden, zu diskutieren; vorher hatte man dazu keine Zeit. Du durftest ja deinen Platz nicht verlassen. Jetzt kannst du aufstehen, mit der Frau neben dir reden, vielleicht mit ihr eine Tasse Kaffee trinken gehen. Dort triffst du andere Frauen, kommst du ins Gespräch. Das gab es vorher nicht. Es war verboten, während der Arbeitszeit Kaffee zu trinken. Jetzt gehen wir sogar etwas trinken, wenn wir keinen Durst haben.
Wie funktioniert die Selbstverwaltung, wie werden Entscheidungen getroffen?
Alle vierzehn Tage gibt es eine Vollverwammlung und da werden die Entscheidungen getroffen. Wir haben ein Verwaltungskomitee, das tagt zweimal wöchentlich. Das Verwaltungskomitee löst Aufgaben, die schnell bewältigt werden müssen. Fragen, die nicht so eilig sind, werden von der Vollversammlung entschieden. Aber es gibt auch Probleme, kleinere, die der Vollversammlung nicht erst vorgelegt werden, sondern vom Verwaltungskomitee gelöst werden ...
Wie funktioniert das Leben in der Fabrik?
Am Anfang war das schwierig, wir besetzten ja rund um die Uhr und die Frauen mußten ja nach Hause, wegen der Kinder und allem.
Wir haben versucht, die Fließbänder aufzuteilen, also eine autonome Gruppe zu bilden, die ihre Arbeit macht. Das ging aber nicht wegen der Arbeitsteilung. Es war nicht zu vermeiden, daß alle am Band sitzen, damit die Arbeit klappt. Wir haben gesagt, wir



legen dan Schwerpunkt auf die Produktion, also acht Stunden Arbeit. Und eine kleine Gruppe bleibt den späten Nachmittag und einige schlafen auch nachts in der Fabrik. Jetzt haben wir zwar eine Pförtnerin, aber es gibt immer jemand, der hier bleibt. Jetzt geht es besser, zu Anfang gab es viele Schwierigkeiten, es gab Frauen, die gingen, weil es Konflikte gab un dman nicht miteinander auskommen konnte.
Oder es gab Ehemänner, die nicht mehr einverstanden waren, die Angst hatten, daß das alles weiterging, daß die Besetzung andauern würde. Un die Frauen mußten zu Hause bleiben, auch wegen der Kinder. Alles Schwierigkeiten, die eine Frau hat, wenn sie eine Fabrikbesetzung mitmacht. Und die Ausländerinnen haben eine bestimmte Tradition, ich sagte es schon, und auch deshalb ist ein großer Teil der Belegschaft abgesprungen.
Was habt ihr gemacht, um die Ehemänner zu überzeugen, daß euer Kampf gerecht ist?
Zu Beginn haben wir zweimal Informationsveranstaltungen für die Ehemänner gemacht, um sie zu informieren über das, was wir vorhatten. Einige haben das gut verstanden, aber andere meinten, daß man ohne Chef wohl nicht ganz zurechtkommen würde. Einige Männer sind mehr oder weniger vom Kampf überzeugt. Die haben dann ihren Frauen, die jetzt noch nach neun Monaten dabei sind, Speilraum gegeben. Das ist auch gut, dann sind die wenigstens hier. Sie können zwar nicht alles machen, aber sie beteiligen sich, so gut sie können.
(...) Ich glaube, wenn man die Arbiet verteilt, wird die nicht so belastend sein. Denn die sind bei der Stange geblieben, die sich die meiste Arbeit aufgeladen haben. Auch wenn es hart ist und noch härter wird, wir bewältigen es jetzt besser als vorher, glaube ich. Jetzt sind wir gerade dabei, die Aufgaben auf mehrere Frauen zu verteilen, Sie wissen, daß es Grenzen gibt, gut, aber wir werden zusammen alles versuchen, um vorwärts zu kommen.

Um politisch aktiv zu werden, da langt ein Jahr

In welchem Alter sind die Frauen, sind sie verheiratet?
Ja, die meisten sind verheiratet, die sind so zwischen 25 und 35 Jahren.
Ist der Kampf für die Frauen Anlaß, über ihre Rolle als Frau nachzudenken?



UND ARBEIT

Das ist delikat! Soweit ist es noch nicht. Wir sind noch nicht herangekommen . . . Da gibt es noch viele, für die ist der Mann . . . halt der Mann .... die Mehrheit denkt so. Bis sich ein Frauenbewußtsein entwickelt . . . das dauert auch seine vier Jahre; da müssen wir noch viel arbeiten, erklären. Um politisch aktiv zu werden, da langt ein Jahr, also für die Jugendlichen meine ich, im Alter zwischen 15 und 20 Jahren. Aber um nicht mehr junge Frauen dahin zu bringen, da langt ein Jahr nicht, da braucht man vier, fünf Jahre. Vor allem, wenn sie immer nur zu Hause gesessen hat.

Hast du diese Erfahrung gemacht?

Ja, ich habe da einige Erfahrungen gemacht. Bei mir ist es etwas anders, weil es bei mir zu Hause einige Aktive gibt. Aber zu Anfang verstand ich nichts, ich rede von vor vier, fünf Jahren. Da gab es nur Arbeit, den Haushalt, die Kinder. Wie gesagt, zu Anfang verstand ich gar nichts. Nach und nach wurden meine Kinder größer, sind in eine aktive Gruppe, da gab es langsam eine Veränderung. Und jetzt bin ich in der Lage, mich herumzuschlagen, selbst mir den stärksten aktiven Männern, mir einer Freimütigkeit, die ich vorher nicht hatte. Das hat aber vier Jahre gedauert, bis ich davon überzeugt war, daß man aktiv sein müsse, handeln müsse. Den Anfang habe ich zusammen mir meinem Jungen gemacht. Zuerst war ich gegen alles und langsam habe ich ihre Ideen begriffen. Und ich finde, daß in einer Familie, die schon etwas älter ist, und in der es nicht die Freude, die Freiheit gibt, etwas zu tun, aktiv zu sein, daß es mit solchen Familien sehr schwierig ist weiterzukommen. Denn die Eltern bringen schon den Kindern bei, passiv zu sein, sie haben Angst vor allem. Ich habe mit dem Vater eines Mädchens gesprochen, das hier gearbeitet hat. Jedes Mal sagte er zu ihr, wenn sie herankam: Nimm dich vor der Polizei in acht, paß hier auf, paß da auf! Aber wenn man mir zu Hause sagt: „Paß auf, die Polizei!", dann sage ich: „Die Polizei, die läßt mich kalt!"

Gibt es Frauen, die ihre Ehe aufs Spiel setzten für die Cooperative?

Nein, ich glaube die, bei denen das der Fall hätte sein können, sind schon weggeblieben, wird es eine Trennung kaum geben. Die haben vielleich Streit zu Hause, aber die Familie verlassen, das glaube ich nicht, . . na ja, vorkommen kann alles.

Mein Mann ist auch in der Gewerkschaft, durch ihn habe ich gelernt aktiv zu sein.

Wir waren wie gesagt, schon vor der Besetzung aktiv , wir haben vorher schon viel getan in der Fabrik. Wir haben uns nicht alles gefallen lassen, haben Auskunft verlangt, Einsicht in Unterlagen. Wir haben versucht, die Frauen darauf vorzubereiten zu kämpfen, falls eine Situation wie diese eintreten würde. Ich war stellvertretende Gewerkschaftsdelegierte der CSC. Wir haben versucht, die Frauen zu organisieren, etwa 30 waren Gewerkschaftsmitglieder, etwa 10 % der Belegschaft. Deshalb trennten sie unsere Gruppe, setzten uns an verschiedene Bänder. Dann haben wir die Frauen dort mobilisiert, haben die Probleme aufgegriffen, den Frauen die Augen geöffnet.

Vorher haben wir beide an einem Band gearbeitet, da konnten wir nur ein Band mobilisieren. Deshalb war unsere Trennung nicht schlecht. Da konnten wir an verschiedenen Stellen mobilisieren. Wir konnten mehr diskutieren. Da waren Mädchen, die sich nie von ihrer Maschine wegrührten, die sehr schwerfällig waren. Jetzt machen sie hier mit, übernehmen Verantwortung . . . .

. . . sind zwei aufgestanden und auf's Klo gegangen . . .

Kann man sagen, daß die Frauen, die sonst immer an den Maschinen waren, jetzt Dinge tun, die sie vorher nie im Leben machten?

Es gibt viele, die nur an der Maschine arbeiten, die jetzt nur an der Maschine arbeiten und die immer nur an der Maschine arbeiten werden, auf die kann man nie zählen. Heute, als es an die Verteilung der Aufgaben ging, sind zwei aufgestanden und auf's Klo gegangen, sie haben sich nirgends eingeschrieben.

Aber da müssen wir doch fragen, warum, das kann doch am Ehemann liegen, wenn z.B. der Mann sagt: „Du kannst zwar in die Fabrik gehen, aber sonst machst du gar nichts."

Das muß man doch sehen.

Wir hatten einen Betriebsrat in der alten Firma, darin waren 5 Männer und 5 Frauen (Belegschaft: 300 Frauen, 20 Männer).

Fragen eure Nachbarn, dort wo ihr wohnt, wollen sie Informationen, sind sie anders als früher?

Ich habe mit meinem Nachbarn nie darübergesprochen.

Meine Verwandten fragen mich oft, wollen Informationen, sie mögen das, was wir machen, nicht. Sie sagen: „Revolution!" Für sie ist das, was wir machen, eine Revolution.

Meine Verwandten sind imstande, meinen Mann gegen mich aufzubringen. Sie sagten zu ihm: „Um deine Frau zu Hause anzutreffen, muß man wohl erst eine Verabredung mit ihr machen!"

Es ist immer das Problem mit dem Stoff, Modefarben . . .

Was ist jetzt euer Problem, was muß erreicht werden?

Wir müssen unsere ganze Energie auf den Verkauf der Hosen richten, also alle mobilisieren und so viel wie möglich verkaufen. Wir müssen 500 Hosen pro Tag produzieren, das haben wir versucht, das geht.

Damit die Hosen nicht im Lager schmoren und um bares Geld zu haben, damit die Cooperative jetzt die Frauen einstellen kann, müssen wir vor allem den Verkauf schaffen.

Wir haben Schwiereigkeiten mir den Stofflieferanten. Sie wollen keinen Vertrag mit uns abschließen, weil wir uns nicht in einer „normalen" Situation befinden. Außerdem sind wir zu spät dran, was die Saison betrifft. Die Aufträge gehen normalerweise sechs Monate vorher hinaus, damit die Stoffe gefärbt werden können. Außerdem muß man vorher bezahlen. Also das Geldproblem stellt sich immer.

Was braucht ihr, um es zu schaffen?

Wir brauchen einen Vertrag mit einem Stofflieferanten und wir brauchen Geld. Es gibt schon ein Netz von „Militanten", also von Gewerkschaftern, Gruppen und Personen, die den Verkauf unserer Hosen untereinander organisieren. Aber wir müßten auch mit unseren Hosen in den Handel kommen, um die Löhne zu sichern damit wir neue Modelle entwickeln können. Es ist immer das Problem mit dem Stoff, mit den Modefarben und das alles.

Das müssen wir auch alles schaffen, aber das dauert etwas länger. Im Augenblick leben wir vom Verkauf, den die machen, die mit uns solidarisch sind und von den Hosen, die wir auf den Solidaritätsveranstaltungen verkaufen. Und außerdem zahlt die Gewerkschaft uns Streikgelder, aber nur noch bis Ende Mai.

Das Geld aus dem Verkauf zahlen wir uns nicht aus, damit kaufen wir Stoffe, damir wir produzieren können.

Wechselt ihr euch bei den verschiedenen Arbeiten ab?

Natürlich übernehmen wir verschiedene Aufgaben. Wenn du nur immer dasselbe machst, bist du wieder im alten System der Unternehmer. Du denkst nur daran, viel zu arbeiten und gehst dann nach Hause, das ist das System der Unternehmer. Aber wenn du verschiedene Aufgaben übernimmst und dich für andere Dinge interessierst, hast du das alte System verlassen. Du interessiertst dich für Dinge, die du früher nicht machen konntest



Jetzt hast du die Möglichkeit dazu, also machst du sie. Ich meine, wenn du einer Arbeiterin die Möglichkeit gibst, etwas anderes zu machen, dann hat sie auch die Fähigkeit dazu.

Kontakt: Cooperative Sansemploi Tel.: 0032-65775921

Nachtrag:

Leute von der ASH, Frankfurt-Bonames wollen zur Unterstützung der Frauen den Vertrieb der Jeans organisieren. Sie sind ca. 1/3 billiger als andere „Marken-" jeans und außerdem, na ja, ihr wißt schon . . . Die Jeans sind inzwischen eingetroffen und zu haben bei:

ASH Ffm- Bonames, Krebsmühle, 637 Oberursel, Tel: 06171/ 73496

HEINERLE . WAS IST DENN DA ?

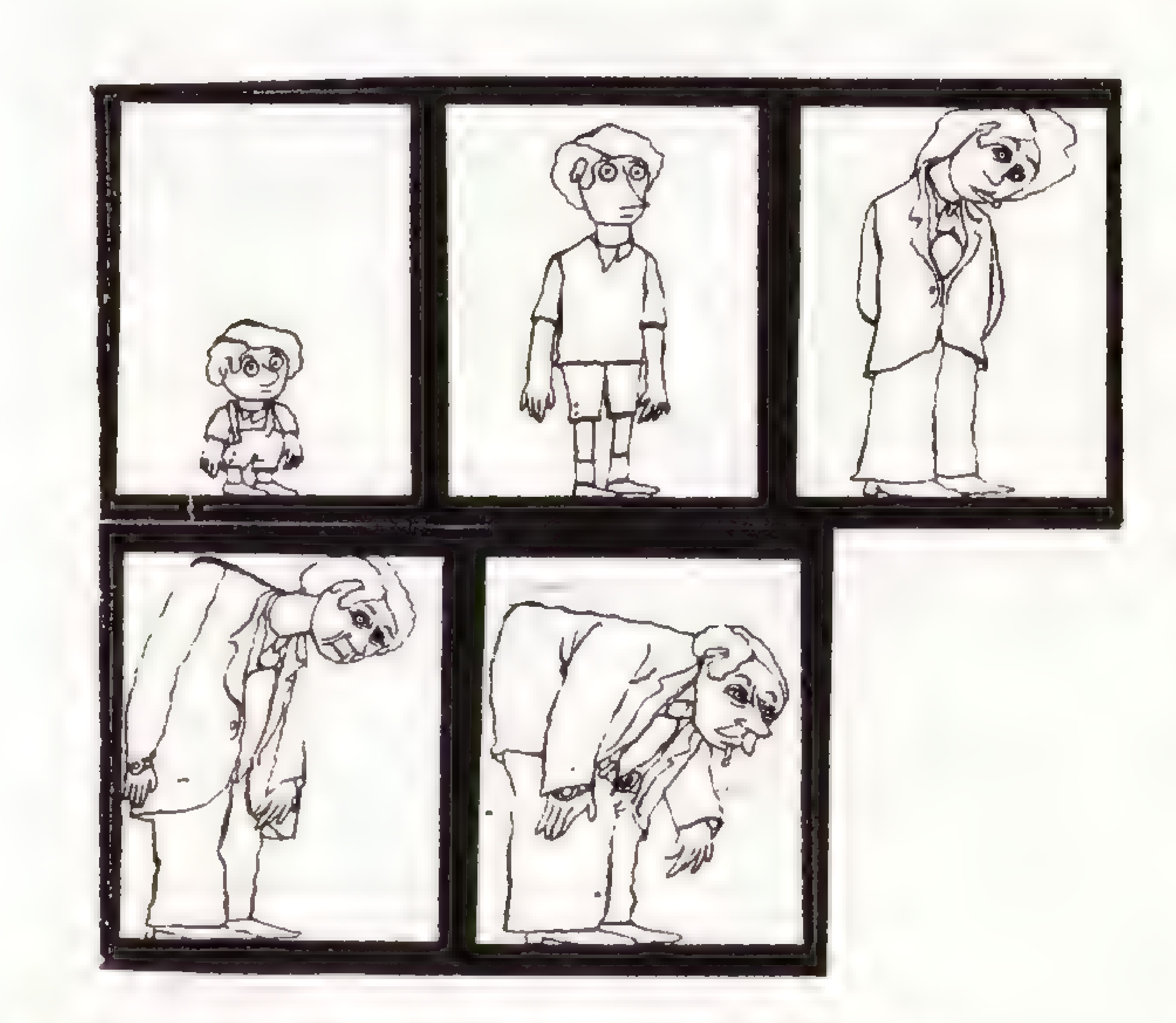
FRANKFURT 20. Juni *Zur Auseinandersetzung der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek (DB) mit dem ÖTV-Hauptvorstand.*

In ihrem Kampf um mehr Autonomie hat die Betriebsgruppe der Deutschen Bibliothek eine Schlacht gewonnen. Eine Klage, in der der ÖTV-Hauptvorstand der Betriebsgruppe die Verbreitung einer Dokumentation untersagen wollte, wurde kostenpflichtig abgewiesen. Die Dokumentation mit dem Titel „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht" stellt die Disziplinierungsversuche, die die Betriebsgruppe von Seiten der ÖTV-Führung in diesem Fall dem ÖTV-Kreisvorstand über sich ergehen lassen mußte, dar. So mäkelte der Kreisvorstand an Resolutionen gegen AKW's, Menschenrechtsverletzungen und an Briefen, die die Frage betreffen, welchen Standort die DB in Zukunft haben soll, herum. Mann behauptete nämlich ein Zensurrecht, selbst in der Frage, wo in Zukunft der Arbeitsplatz der DB-Angestellten sein soll. Es scheint, als ob da wieder einer weiß, was gut für die Betroffnen ist. Der Streit ging dann auch richtig los, nachdem die DBler zu erkennen gaben, daß sie sich nicht widerstandslos den Maulkorb umlegen lassen: Kreisvorstandsbüttel drohten mit Ausschluß, erkannten gar die demokratisch gewählten Vertrauensleute nicht an, und stellten durch andere Panikmaßnahmen ihr erbärmliches Demokratieverständnis unter Beweis.

Es kam zur oben erwähnten Dokumentation und zur Klage. In der Begründung der Klage (entschieden am 8. Mai 1979) muß sich der Hauptvorstand denn auch sein merkwürdiges Verständnis von innerverbandlicher Solidarität vorwerfen lassen: Er wird nämlich auf eine Regelung im Rahmen des Verbandes und nicht vor einem öffentlichen Gericht verwiesen. Das bedeutet, daß Papa Staat dem lamentierenden Hauptvorstand erzählt, er solle nicht petzen, sondern die Angelegenheit mit seinem kleinem Bruder selbst klären. Nach Auffassung von Express-Häuptling Heiner Halberstadt (Express: Zeitung für linke Gewerkschaftler) sieht das so aus: „Die Kreisverwaltung sollte eigenes Fehlverhalten zugestehen". Die Vertrauensleute (gemeint ist die Betriebsgruppe) sollten ihre Autonomiebestrebungen aufgeben. (Express 23.4.79) Die Aufforderung zu einem ungleichen Tausch ist für autoritärmarxistische Positionen typsch. Marxistisch ist Heiner deshalb, weil er was von Klassenstandpunkt kalauert.

Autoritär ist er deshalb, weil er meint, das Zerstören einer Betriebsgruppe sei deshalb eine Stärkung der Organisation, weil der mächtigere ÖTV-Kreisvorstand im Besitz der richtigen Satzungsauslegung mithin im Besitz der absoluten Wahrheit sei.

Siggi – DB-Schaffer



KNOCHENMÜHLE OPEL – Fortsetzung

BOCHUM 12. Juni Der Anfang des Konflikts trägt das Datum Dezember 1978. Wir haben im ID Nr. 274 davon berichtet:...„Ab 2. Januar sollten die Belegschaften in Bochum und Rüsselsheim am Schichtende wieder stempeln ... die Empörung über diese Maßnahme in der Belegschaft ist groß ..." – Noch im Dezember versuchte der Betriebsrat eine neue Vereinbarung mit der Geschäftsleitung in die Wege zu leiten, und gleichzeitig ruft er zu vorläufigem Nichtstempeln auf.

Anstatt zu verhandeln, geht die Geschäftsleitung in Angriff, sie beschuldigt Abdul Kheder, oppositioneller Betriebsrat, in Alleingang den Aufruf verbreitet zu haben, und will seinen Ausschluß aus dem Betriebsrat herbeiführen, – sie beantragt den Ausschluß beim Arbeitsgericht.

Das Vorgehen der Adam Opel AG gegen Abdul Kheder stößt indes in der Belegschaft auf immer mehr Widerstand. Auf den Belegschaftsversammlungen am 22. und 23. März nach dem ersten Prozeßtermin nahm der Ausschlußantrag viel Raum ein. Inzwischen hat sich auch der IG-Metall-Vertrauenskörper zu dem Vorfall geäußert und sich hinter Abdul Kheder gestellt, – obwohl dieser 1975 wegen seiner Kandidatur zum Betriebsrat auf der oppositionellen „Liste für die Belegschaftsforderungen" aus der IG Metall ausgeschlossen worden ist.

Die zweite und letzte Verhandlung fand am 12. Juni statt, und das Arbeitsgericht entschied in der ersten Instanz: *Der Aufruf zum Boykott des Abstempelns sei so offensichtlich „rechtswidrig und töricht" daß im Grunde ein Ausschluß aller Beteiligten Betriebsräte gerechtfertigt wäre. Wenn die Firma allerdings einen herausgreife, dürfe sie das nicht willkürlich tun, sondern müsse nachweisen, daß es sich um einen Rädelsführer handele. Die Beweisaufnahme habe jedoch ergeben, daß andere Betriebsräte sich sehr viel intensiver für die Durchsetzung des umstrittenen Papiers eingesetzt hätten. Abdul sei kein „Rädelsführer" gewesen. Deshalb sei ein allein gegen ihn geführter Antrag zurückzuweisen.*

Von Rechts wegen bleibt Abdul Kheder also Betriebsrat, Ein Kommentar aus Bochum:„ *Möglicherweise wurde auch erwartet, daß einem Ausländer keine so breite Solidarität aus der Belegschaft entgegengebracht werde. Hier jedoch wurde die Firma enttäuscht. Selbst der Richter mußte in seiner Urteilsbegründung feststellen, daß der Ausschlußantrag der Firma gegen Abdul nicht geeignet sei, den Betriebsfrieden wieder herzustellen.*" Die Konfliktwolke „Stempeln" schwebt weiter über den Opel-Werken. Es wird zur Zeit gestempelt.

Kontakt: RA Michael Dornieden, Schmechtingstr. 38, 4630 Bochum 1, Tel.: 0234/58 06 47

SENDEVERBOT FÜR SATIRE ZUM GRUNDGESETZ–JUBILÄUM

Berlin 25. Mai *Die Kabarettisten 'Raphael und Mumm', Hanns Dieter Hüsch, Ekkes Frank, Rolf Linnemann, Helmut Ruge, Gerd Wollschon (ehem. 'Floh de Cologne'), Henning Venske und die 3 Tornados haben im Auftrag des Süddeutschen Rundfunks in Stuttgart einen satirischen Beitrag zum Thema 'Dreißig Jahre Grundgesetz' entworfen und unter der Regie von Erich Reißig gedreht. Diese Südfunk-Produktion mit dem Titel "Prüfe deinen Nächsten wie dich selbst" ist ein Spielfilm um zwei Verfassungsschützer, die anläßlich des Grundgesetz-Jubiläums den Auftrag erhalten, die Verfassungswirklichkeit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu überprüfen.*

Die direkten Produktionskosten betrugen über 100.000 DM Vorgesehener Sendetermin war der 27. Mai 79 im ARD. Der fertige Film wurde vom Fernsehdirektor des SDR, Horst Jaedicke, abgesetzt. Jaedicke: "Der Grund liegt darin, daß die Qualität nicht meinen Vorstellungen entspricht." Konkreteres wollte man dort bislang nicht sagen. Die 3 Tornados schickten einen offenen Brief an den Fernsehdirektor:

Sehr geehrter Herr Jaedicke!

Die Sendung "Prüfe deinen Nächsten wie dich selbst", geplant als Beitrag zum dreißigjährigen Jubiläums des Grundgesetzes, wurde von Ihnen abgesetzt. Unsere Bitte um eine klärende Stellungnahme beantworteten Sie nach zweiwöchiger Bedenkzeit mit dem lapidaren Satz, daß die Qualität dieser Sendung nicht Ihren Vorstellungen entspräche. Wie heute in der 'Stuttgarter Zeitung' zu lesen war, scheint es dem Journalisten dort auch nicht gelungen zu sein, mehr als den Satz "Die Sendung ist nicht gut gemacht!" aus Ihnen herauszubekommen.

Herr Fernsehdirektor, wir danken Ihnen für diese knappen Sätze. Mehr brauchen Sie der Öffentlichkeit nicht zu sagen, wenn Sie sechsstellige Summen, über die sie kraft Ihres Postens bedauerlicherweise verfügen dürfen, zum Fenster rauswerfen! Sie müssen sich auch nicht die Mühe machen, den Verdacht einer politischen Zensur auszuräumen, der beim Verbot einer Satire zum Thema 'Grundgesetz heute' ja keineswegs naheliegt. Markieren die Sätze wirklich die Grenze Ihrer rhetorischen Brillanz?

Nein, unmöglich! Als jemand, der so entschieden Qualität für das Fernsehen fordert, würden Sie als erster eine derart qualitativ unterbesetzte Fernsehdirektion räumen, nicht wahr?

Die Selbstverständlichkeit, mit der Sie Ihre fürstliche Entscheidung für sich selbst sprechen lassen, liefert indessen einen klareren Beitrag zur bundesdeutschen Wirklichkeit als wir ihn im Film leisten konnten. Hier zeigt jemand als Garant freiheitlich-demokratischen Medienwesens, was 'wehrhafte Demokratie' heißt und gibt exemplarisch die Richtung an, wo es die nächsten dreißig Jahre langgeht!

Herr Direktor, Ihre entschlossene Tat geht weit über das Drehbuch hinaus. Was mit dem Filmtitel schmunzelnd formuliert war, Sie beherzigen es. Oder war es nicht Ergebnis solcher Prüfung, einen Beitrag des Liedermachers Walter Mossmann aus einem anderen Filmprojekt zu streichen? Wo unser Drehbuch fiktive Geschichten entwerfen muß, die mancher als absurde Verzerrung abtut, schaffen Sie Tatsachen, die gar nicht erst verfilmt werden müssen und die niemand unter den Tisch reden kann. Weiter so – allerdings könnten Sie dann billiger produzieren!

Was soll da das Gerede der Linken von Repression, von der 'Schere im Kopf' – Sie haben die Schere in der Hand und helfen den Artikel 5 GG zu verwirklichen. Eine staatliche Zensur findet nicht statt, sie ist überflüssig.

Jetzt verstehen wir, was Sie an dem Film 'nicht gut' finden: die Satire ist zu schlapp. Wir vergaßen, daß man den Satz von Karl Kraus bedenken müßte: "Satiren, die der Zensor versteht, werden mit Recht verboten!" Der Film bleibt hinter der Wirklichkeit zurück, zumindest vergaßen wir die Szene über die Schützer der Verfassung beim Fernsehen: es fehlte Ihr Beitrag. Sie und mit Ihnen die Programmkonferenz der ARD haben ihn nachgeholt. Das war gute Satire, hatte Qualität. Wir danken Ihnen!

DIE 3 TORNADOS

HAMBURG: STADTTEILFEST

Am Samstag, 7. Juli, veranstaltet die Mietergruppe der Häuser Haynstr. 1, Hegestraße 41 ein Stadtteilfest.

Kurz zur Erinnerung: wir, d.h. die ca. 70 Bewohner der genannten Häuser, haben in einem Jahre währenden Kampf "unser" Haus vor dem Abriß gerettet. Der Sieg war dann auch der Anlaß für unser 1. Fest.

Heute arbeiten wir im Rahmen der Mieterinitiative Eppendorf, um mit unserem Kampf – im Kampf um den Erhalt des Hauses gewonnenen – Erfahrungen andere Mieter zu unterstützen. Im vergangenen Jahr fiel unser – schon fast traditionelles – Fest etwas größer aus, da wir in einem Wettbewerb des Hamburger Senats und der Zeitschrift "Szene" den 1. Preis für das beste Stadtteilfest gewonnen hatten.

In diesem Jahr steht uns zwar keine finanzielle Unterstützung ins Haus, dennoch startet das Fest um die Eppendorfer Bevölkerung über die Arbeit der Mieterinitiative zu informieren. Daneben haben wir auch alle anderen interessierten Initiativeneingeladen, die sich an Infotischen vorstellen.

Das Fest beginnt um 14 Uhr mit Kinderfest, Fußballturnier, Infoständen der verschiedenen Initiativen, Kaffeegarten, Bouleturnier, Essen und Trinken, Pantomime, Musik, Fotoausstellung, Filmen und Zaubern. – Von 18 – 19.30 Uhr findet ein Umzug durch Eppendorf statt zu den "Stätten des Mieterkampfs". Ab 20 Uhr beginnt dann das Abendprogramm mit dem Blasorchester "Tuten und Blasen". Anschließend die Theatergruppe der Haynstraße mit einem neuen Stück, es folgt die Neufassung einer Rockoper.

Neu-Isenburg Straßenfest am 7. Juli

Am 7. Juli findet in Neu-Isenburg ab 14.oo Uhr ein Straßenfest statt. Initiativen aus Neu-Isenburg und Umgebung stellen sich vor, machen mit allen Spiele, Musik und Straßentheater etc. Ab 19.oo Uhr wird im Olypia, Waldstraße, weitergefeiert und Theater gezeigt. Wer als Gruppe noch mitmachen will, melde sich bei der

Kontaktadresse: Nähwerkstatt, Bahnhofstraße/Ecke Schillerstr. Tel. 06102–6162.

Kelkheim Platzbesetzerfest

Am Samstag, 23.Juni, findet auf dem besetzten Bauplatz der Bundesstraße 8 bei Kelkheim ein großes Fest statt. Die Platzbesetzer, die jetzt seit dem 5.Mai in ihrem Holzdorf auf dem Damm wohnen, laden herzlich ein. Wer hin will, fährt die B8 von Autobahn Wiesbaden, Abfahrt Main-Taunus-Zentrum/Höchst Richtung Königstein. Da, wo die Straße vorläufig endet, liegt in der Verlängerung hinter der Landstraßenbrücke das Besetzerdorf...

Kontakt: Eva Groth, Wiesbadenerstr.32, 6240 Königstein, Tel. 06174/7140

RECHTSPFLEGE AUF SOCKEN

BOCHUM 18. Juni Die Anwälte von Gerd Albartus teilen mit, daß ihr Mandant verlegt wurde. Erst, wegen Umbauarbeiten, in die JVA Bochum. Jetzt sitzt Gerd — nach etlichem Hin und Her — in Köln-Ossendorf. Dem Bochumer Anstaltsleiter, der darauf bestand, daß die Anwälte bei Besuchen kontrolliert werden und dabei die Schuhe ausziehen müssen, ist der folgende Auszug aus einem Brief an die Anwälte zu verdanken:

„Die Befürchtung, daß, (...), ein Organ der Rechtspflege auf Socken eine äußerlich traurige Figur abzugeben pflege, ist nicht von der Hand zu weisen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß der Kontrollvorgang in einem abgeschirmten Raum stattfindet und in keinem ersichtlichen Zusammenhang mit der Ausübung der Rechtspflege an sich steht. Auch diese Folge des Kontrolleingriffs wird im Verhältnis zu den übrigen Gefahren als gering eingeschätzt, zumal, es sei erlaubt darauf hinzuweisen, verletzte oder tote Menschen einen erheblich traurigeren Anblick darstellen."

Kontakt: RA Rüdiger Deckers, Postfach 102844, 4630 Bochum, Tel. 0234–60416.

Nachfolgendes trägt den Eingangsstempel vom 13.6.79:

Mögen die Bäume grün bleiben
und die Sterne weiß,
und möge es immer Menschen geben
die sich ohne Scham
in die Augen sehen können —
denn das Leben dauert nur einen Atemzug
und die Sterne im ‚Anderswo' dunkeln —

Breyten Breytenbach

„WENN DAS KEIN ATOMSTAAT IST"!

Lüchow-Dannenberg 15. Juni Der Gorleben-Aktuell Nr. 8 entnehmen wir den Bericht über Tätigkeiten von Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz und anderer Polizei im Wendland.

TÄGLICHER TERROR

Als normal gilt, daß „verdächtige" PKWs der ansässigen Bevölkerung verfolgt und gestoppt werden. Ohne Erklärung werden die Papiere verlangt, die Ordnungshüter schreiben die Personalien ab und geben die Papiere wortlos zurück. (Augenzeugenbericht vom 9.6.).

Ebenso „normal" ist, daß alle Wagen mit Aufklebern von Zivilpolizei gezählt, bzw. alle Kennzeichen notiert werden. (Bericht 11.6.)

KOMPETENZÜBERSCHREITUNGEN

Anfang Juni stoppten mehrere BGS-Fahrzeuge vor der Heimvolkshochschule Göhrde.

Die Besazungen sprangen aus den Wagen, verteilten sich in Zweiergruppen auf dem Innenhof der VHS und notierten alle PKW-Kennzeichen. Ohne jede Befugnis wurde hier Privatgelände betreten. (Bericht vom 8.6.).

Um gegen den Willen des Gastwirtes alle Zimmer einer Lüchower Gaststätte mit Polizei belegen zu können, drohte der verantwortliche Beamte mit „übergesetzlichem Notstand." Der Wirt ließ sich nicht einschüchtern, sondern konnte sich beim Gaststättenverband über die Rechtslage informieren. (Bericht vom 8.6.).

„DIE SPITZE DES WIDERSTANDS BRECHEN. . ."

Die Aktivisten des Widerstandes im Landkreis scheinen einer Art Dauerüberwachung zu unterliegen, keiner bleibt unregistriert.

Eine aktive Bäuerin erlebte, daß in einem Bewässerungsgraben die grünen Männchen im 2-Meter-Abstand hockten. Während sie mit einer anderen BI-Aktivistin Rüben hackt, fahren betont langsam BGS-Wagen die Straße entlang, sie filmen mit Videokamera und belauschen mit Richtmikrophonen ob und worüber sich die Frauen während der Arbeit unterhalten. (Bericht einer Betroffenen vom 9.6.).

Die Überwachungspraxis geht soweit, daß die Polizei Bescheid weiß, von welchem Bauernhaus aus das erste Telefonat für die Bauernblockade geführt wurde und welches BI-Mitglied kurz zuvor dieses Haus betreten hat. (Bericht von einer Polizeivernehmung).

EIN TEILNEHMER DES TREFFENS KRITISCHER WISSENSCHAFTLER BERICHTET:

„Die Tagung kritischer Wissenschaftler fand am 26./27.5. in den Trebeler Bauernstuben statt. Während der Gespräche fuhren BGS-Fahrzeuge im Abstand von wenigen Minuten am Tagungsort mit geringer Geschwindigkeit vorbei. Als wir zur Kühlung des Tagungsraumes die Türen offen ließen, baute sich in ca. 100 m Entfernung ein BGS-Fahrzeug auf, um mit einem Richtmikrophon (Reichweite ca. 300 m) in Richtung Tagungsraum hineinzulauschen. Als wir auf sie zukamen, um diese Praktiken zu unterbinden, verschwanden sie.

Als wir am Sonntag einige Bauernhöfe besichtigten, wurden prompt die Kennzeichen unserer PKWs gefilmt. Sogar das Innere unserer Autos wurde mit Videokamera aufgenommen.

Kontakt: Gorleben-Aktuell, c/o Teja Lechel, Am Stintmarkt 5, 2120 Lüneburg

Die Expansion der Kolonialmacht Norwegen

WASSERKRAFTWERK AM ALTA-FLUSS

Oslo 13. Juni *In Norwegens Finnmark soll am Alta-Fluß ein großes Wasserkraftwerk errichtet werden. Die Finnmark ist die nördlichste Region Norwegens, im Westen der Atlantik, im Norden das Eismeer, im Osten die Sowjetunion und im Süden Schweden und Finnland. Im Westen durch das Küstengebirge gegen das Wetter vom Atlantik geschützt, besteht die Finnmark zum größten Teil aus bergigem Hochland, der Vidda. Die Vidda ist der den Samen in Norwegen noch verbliebene Lebensbereich (das Wort Same dürfte weniger bekannt sein als „Lappen". „Lappe" ist allerdings ein Wort der Kolonialvölker — Schweden, Norweger —, das die Samen als Schimpfwort betrachten). Die „Hauptstadt" des ehemaligen Samenlandes, das sich über die nördlichen Gebiete der heutigen Länder Schweden, Norwegen, Finnland und Sowjetunion erstreckte, war Karasjok. Aus einem Leserbrief in der norwegischen Zeitung „Dagbladet" vom 9. Dezember 1979:*

„Das samische Volk ist keine Minorität in Norwegen. Denn es ist Norwegen, daß sich einen Teil des samischen Landes genommen hat. Nach 1300 reichte Norwegen nicht weiter als bis Malangen. Doch das Land, das nördlich daran grenzte, Samenland, wurde oft von den norwegischen „Häuptlingen" aufgesucht. Ausplünderzüge ergaben reiche Beute. Um 1600 wurde im Königreich Norwegen bekannt, daß die Berge ganz oben im Norden wichtige Minerale enthalten. Norwegische Siedler ließen sich längs der Küstenstriche nieder und drückten einen großen Teil der samischen Bevölkerung auf die Vidda. Die Vidda hatte keinen Wert für die Norweger und hier wurden die Samen in Ruhe gelassen – eine Weile! 1720 wurde Thomas von Westen vom norwegischen Staat in die samischen Gebiete beschickt. In seinem Fahrwasser folgte der Schnaps. Die Kolonialmächte hatten oft beste Hilfe im Christentum und im Schnaps. Die samische Kultur weckte das Mißtrauen des norwegischen Geistes. (Erst 1967 wurde samisch von der ersten Klasse an eingeführt)..."

Die Samen leben weitgehend von der Rentierzucht. Dazu brauchen sie ein großes, durch industrielle „Kultur" unzerstörtes Naturgebiet. Denn im Sommer müssen sie mit den Tieren wandern. Gegen Ende des Sommers kehren sie zurück in die Winterlager. Eine Region, die solche Wanderungen möglich machte, war bislang noch die Vidda. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Samen hier bisher ungestört hätten leben können. Ein großes Gebiet im Osten ist militärisches Sperrgebiet. Auch sonst waren die Samen häufig Spielball ihrer Herren. Die Schweden verboten ihnen z. B. einmal, sich ansässig zu machen und feste Häuser zu bauen, dann wieder wurden sie praktisch zum Häuserbau und zur „Integration" gezwungen. Und die flüchtende Hitlerwehrmacht brannte 1944 auf ihrer Flucht die Finnmark nieder.

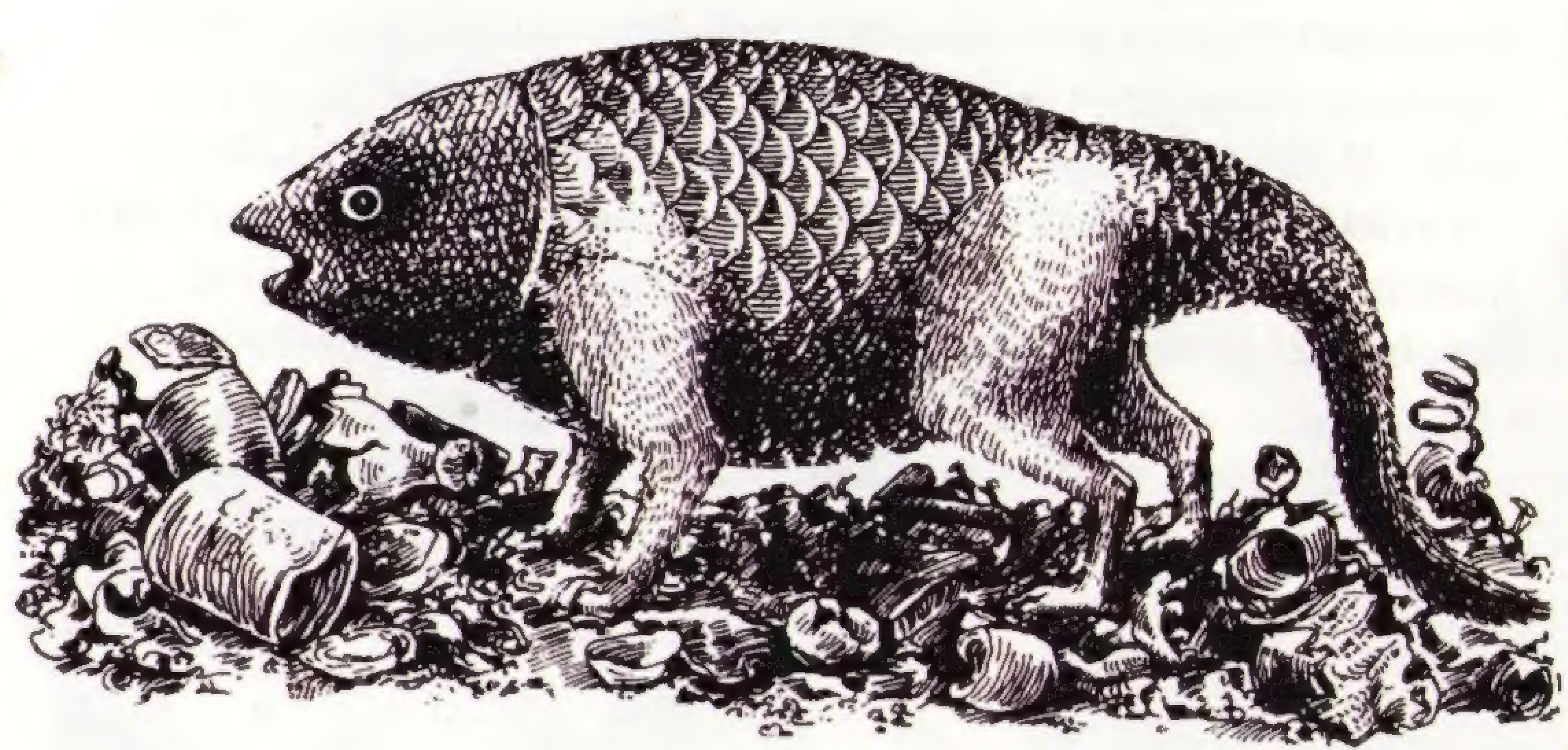
Der Teil des Alta-Flusses, der durch den Baubeschluß direkt berührt wird, liegt im Sautso/Beskades-Gebiet, zwischen Alta und Masi. Beskades ist ein wichtiger Rentierweideplatz für viele Rentiersamen aus Masi, Kautekeino und Alta. Beskades ist auch der Kalbplatz für die dort weidenden Rentiere und viele Samen haben sich hier auch Sommerwohnplätze geschaffen. Der folgende Bericht, wie auch Teile des oben bereits geschriebenen, stammt von Jürgen Wierzoch, c/o Folkereisning mot Krig, Göteborggate 8, Oslo.

Karl Sandra

Donnerstag, der 1. Dezember 1978: Das Alta/Kautekeino-Wasserwerk wird gebaut. Das norwegische Parlament stimmte mit 90 gegen 36 Stimmen für den Ausbau des Werkes. Die Hauptmenge der Befürworter waren die Arbeiterpartei und die Rechte (Höyre). Warum war diese Abstimmung so wichtig?

Es geht ums Überleben

Es geht ums Überleben eines kleinen Volkes, eines eingeborenen Volkes, das seine Rechte verteidigt. Durch den Ausbau des Wasserwerkes in Alta/Kautekeino ist das Kerngebiet der Rentierhaltung der samischen Bevölkerung in der Finnmark bedroht. Die besten Bauernhöfe und der Lachsbestand des wunderschönen Altaflusses sind bedroht. Der Altafluß und seine angrenzenden Gebiete bedeuten Sein oder Nichtsein für die samische und norwegische Bevölkerung dieser Region. Und gegen was für einen Widerstand ist dieses Ja angegangen! Jahrelang hat eine Volksbewegung gekämpft, mit allen sogenannten demokratischen Mitteln. Am Tag vor der Abstimmung wurden dem Parlament 14.000 Proteststimmen (nur aus der betroffenen Gegend) überreicht, in dem Ort Masi 100 % der Bevölkerung. Die Kommunalverwaltungen des Gebietes haben schärfstens protestiert. Es trafen auch internationale Protestbriefe ein. Die belgische Naturschutz-Föderation, Inter-Environnement, ein Dachverband von 180 Vereinen und mit Schwesterorganisationen in 16 Ländern hat in einem Brief an Odvar Nordli (norwegischer Ministerpräsident) einen internationalen Touristenboykott angedroht, für den Fall, daß das Werk gebaut wird. Die internationale Arbeitsgruppe für eingeborene Völker, JWGJA (im letzten Jahr vergeblich für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen) in Stockholm appellierte an Nordli. Sie wies auf Norwegens internationale Rolle im Einsatz für den Schutz der Menschenrechte hin. Der Ausbau des Altaflusses soll durchgepeitscht werden. Dazu muß mensch wissen, daß Zahlen vorliegen, die einen immer geringer werdenden Zuwachs an Energieverbrauch andeuten. Das verstößt natürlich gegen die Interessen der großen Konzerne. In diesem Fall des Staatskraftwerkes NVE. Wie die sich gewunden haben. Im Verlaufe der letzten Jahre haben sie – vergeblich – versucht, Wissenschaftler, Biologen, zu bestechen, um für den Ausbau in Alta positive Untersuchungen zu bekommen. Das Selbstbewußtsein der öffentlichen Lügner hat Grundlage. Schon vor vielen Jahren hat der norwegische Staat einen Energieausschuß beauftragt, der die Energielage in der Finnmark



Hundefisch

beurteilen sollte. Indirekt, aber wesentlich, enthält der Bericht dieses Ausschusses Rechtsfragen. Sie nehmen Bezug auf das Gesetz vom 12. 3. 1965 über das nicht eingeschriebene Gebiet in der Finnmark. Nach diesem Gesetz kann der Staat, mit Ausnahme einiger kleiner Gebiete, frank und frei über samisches Land verfügen, es verkaufen, oder einfach behalten.

Das samische Volk ist in letzter Zeit selbstbewußter geworden. Es verlangt die Durchsetzung seiner Rechte, Kultur, Sprache, Hat sich internationalen Minderheitsbewegungen angeschlossen. Auch vor diesem Hintergrund ist die rasante Entwicklung im Ausbau von Großenergie in der Finnmark zu verstehen. Eines der Mitglieder der Volksaktion, Ulrik Wisloff, rief während der großen Demonstration in Oslo, am Tag vor der Abstimmung, aus: „Das letzte Mal war es der „Führer" aus Berlin, der uns vertrieb. Heute, im November 78 – 34 Jahre danach – sind wir wieder in der Lage, in der uns umfassende Zerstörung droht." Für viele Samen ist der Bau des Wasserkraftwerkes gleichbedeutend mit der Zerstörung allen Lebensmutes. Sabotagen, Verzweiflungstaten, hat es schon gegeben.

– „Wenn der Bau beginnt, werden sowohl wir, als auch die Rentiere heimatlos", sagt die Rentiersamin Marit J. Sara aus Alta, und – „Wenn unsere Kinder uns fragen , was mit ihnen in der Zukunft geschehen soll, bleiben wir die Antwort schuldig. Wenn uns Beskades genommen wird, gibt es für uns keinerlei Zukunft in der Rentierhaltung. Die Rentierplätze sind Mangelware auf der Vidda."

Und der Sekretär der Volksaktion in Masi, Solfried Eira, sagt, daß eben die Situation der Rentiersamen den massiven Widerstand gegen den Bau erklärt.

„Die Sache ist ja die, daß das Baugebiet Sautso ein paar Kilometer unterhalb von Masi liegt und die Stadt sonst nicht direkt betroffen wird. Dennoch schlossen sich 100 % der Bevölkerung der Aktion an. Die Stadt zählt 400 Einwohner, die fast alle Samen oder samischer Herkunft sind. Ein Teil sind Bauern, andere üben Berufe aus, die sie an diese Gegend binden und der größte Teil ernährt sich durch die Rentierhaltung."

– Ist der massive Widerstnad nur durch die Rentierhaltung zu erklären?

– „ Nein, der hat noch andere Ursachen. Wir befürchten u. a , daß die Eindämmung des Flusses bei Sautso die Frühjahrsschwemme so beeinflußt, daß die Stadt unter Wasser gesetzt wird, frühere Frühjahrsfluten haben nämlich die Bauten in dem 6 Kilometer langen Masital schon bedroht. Außerdem liegt die Stadt so nahe am Fluß, daß er großen Einfluß auf unser Winterklima hat. Der Bau kann diese Verhältnisse in noch unglücklicherer Weise beeinflussen. Doch am meisten fürchten wir, daß, nachdem das Parlament nun einen reduzierten Ausbau beschlossen hat, frühere Pläne über weiteren Ausbau aus der Schublade gezogen werden."

Mikkel Eira, Vorsitzender der Volksaktion in Masi:
„Ich muß sagen, daß ich jeden Glauben an die Einsicht, das Verständnis, die Kenntnis und die Mitmenschlichkeit unseres höchsten demokratischen Organs, des Parlaments, verloren habe. Mein Eindruck ist, daß die Parlamentarier über Lebensverhältnisse, Milieu- und lokale Bedingungen der betroffenen Bevölkerung, äußerst mangelhaft informiert sind. Das muß ja schrecklich sein, wenn deren Wissen ebenso mangelhaft ist, bei den anderen Sachen, die sie beschließen müssen. Ich kam enttäuscht und niedergeschlagen von der Hauptstadt nach Hause . . . Meine Enttäuschung war so groß, daß ich nicht über Pläne, wie der Kampf weiterzuführen ist, nachdenken konnte. Ich weiß nur, daß ich weiterkämpfe."

Für Reisende:
Die Volksaktion in Masi will im Gebiet des geplanten Werkes ein Zeltlager organisieren. Das Lager soll soll im Tverrelv-Tal liegen. Dort sollen auch Seminare gemacht werden über das Bauvorhaben, Energieversorgung, Ölbohrungen nördlich des 62. Breitengrades, über Atomkraft in Norwegen.
Vom 23. - 28. Juli gibt es ein Fest des nordnorwegischen Volksliederforums.
Und ganz eilig: vom 22. bis 27. Juni findet in Karesuando ein Weltmusikfestival für und vonder Welturbevölkerung statt. Organisiert wird das vom Samischen Verein in Schwedisch- und Finnisch- Suando. Dort kommen unter anderem Leute aus Grönland, Alaska, der Sowjetunion und Nord- und Süd-Amerika.
Kontakt hierfür über: Davvi Suvva Festivala 1979, box 118, S – 980 16 Karesuando, Schweden.
Kontakt für alles andere: s. n. m. – Tromsö, Boks 924, 9001 Tromsö, Norwegen.

ANTI-ATOMENERGIE-KONZERT

LOS ANGELES 11. Juni 79 Seit die Polizei Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre Vietnamkriegsgegner zusammenknüppelte und schoß, hat Los Angeles keine so große politische Kundgebung mehr erlebt:
Zum Survival Sunday am 10. Juni kamen über 18 000 Leute in die "Bowl", die riesige Freilichtbühne in Hollywood, zu einem großen Benefizkonzert gegen Atomenergie und Atomrüstung. Zwei Dinge, die hier fast immer gemeinsam, anders als in der BRD , als zwei Seiten ein und derselben Medaille gesehen werden. Drei Faktoren haben diesen Erfolg in dem chronisch unterpolitisierten Los-Angeles-Gebiet bestimmt:

– Der Three Mile Island Unfall ist auch solchen Leuten in den USA in die Knochen gefahren, die sich sonst kaum um die Atomenergie geschert hätten. Das amerikanischen "anti-nukes-movement" versucht jetzt durch große Anstrengungen die günstige Stunde öffentlichen Interesses zu nutzen, um eine Entscheidung gegen die Atomenergie herbeizuführen, zumindest in einigen Staaten.

– Die Liste der auftretenden Sänger, Gruppen und Redner war bestückt mit illustren Namen aus dem Musik-, Film- und Politikgeschäft. Um nur die auch in der BRD bekannten Namen zu nennen: Joan Baez, Graham Nash, Peter,Paul & Mary, Jackson Browne, Ralph Nader. Nicht zuletzt für die Popstars schien ein guter Teil des sehr jungen Publikums gekommen zu sein. Für 5 Dollars sind sonst keine Popkonzerte zu besuchen.

– Die "Alliance for Survival", die Organisation der Atomkraftgegner von Südkalifornien mit ca. 50 Untergruppen, hat einen gewaltigen organisatorischen Apparat in Gang gesetzt, um diese Kundgebung zu ermöglichen, In dieser Megapolis von ca. 10 Millionen Einwohnern, in der es wenig öffentliche Kommunikationsräume gibt, in der außer Armen und Touristen niemand zu Fuß geht, in der es keine U-Bahn und keine gemütlichen Kneipen gibt, wo man Leute treffen und ansprechen könnte, in der die linke Scene nur bescheiden entwickelt und die Universität kaum politisiert ist, die auf Individualkonsum zugeschnitten ist, wie kaum eine andere Stadt, muß sich eine oppositionelle Bewegung zwangsläufig der Massenmedien Fernsehen, Radio, Zeitungen vermehrt bedienen, um bekannt zu werden. Dabei sind Kompromisse notwendig. Zwei professionelle Musikmanager aus Hollywood mit liberalem Gewissen wurden angeheuert, um das Konzert zu organisieren, hochförmliche Pressekonferenzen mit bekannten Namen aus dem Show-Biz als Zugpferde wurden gehalten, tausend bunte T-Shirts mit Aufdrucken verkauft und anderes mehr. Dem deutschen linken Puristen (wie mir) erschien da manches in der Vorbereitung zu sehr nach Hollywood und zu wenig nach Politik zu geraten. Die Veranstaltung selbst aber war durch und durch politisch ohne langweilig oder bierernst zu sein. Sprecher von Gewerkschaften, Kirchen, indianischen und mexikanischen Minderheitenorganisationen machten ihre jeweils besondere Betroffenheit deutlich. Die auftretenden Stars waren fast alles Leute, die schon seit langem eindeutig politisch Stellung nehmen und nicht zu jenen Trittbrettfahrern gehören, die schnell bei dieser Gelegenheit auf den vermeintlich lukratischen Zug des Anti-Atomenergie-Bewußtseins aufspringen wollen.

Ralph Nader, der schon legendäre Verbraucheranwalt, hielt einer seiner zündenden Reden, in der er die Sonnenenergie als Alternative hervorhob. Es nannte drei Probleme, die bis jetzt noch der Nutzung der Sonnenenergie im Wege stehen:
1. Die Sonne gehört nicht Exxon.
2. Man kann auf der Sonne keine Zähler anbringen.
3. Die Sonne scheint direkt in jedes Haus. Sie macht nicht den notwendigen Umweg über die Energieunternehmen, um den Preis manipulieren zu können.
Oder anders ausgedrückt: "It's really the people's energy."

Robert Jungk, der zufällig gerade in Los Angeles war und kurz in das Programm eingeschoben wurde, wünschte den Amerikanern, daß ihre AKWs, die jetzt im Bau sind ebenso zu Touristenattraktionen werden wie das "einzige wirklich sichere AKW der Welt", das von Zwentendorf, so wie in Europa die Touristen die Burgruinen als Symbole des untergegangenen Feudalismus besuchen, werden auch die AKWs hoffentlich bald Wahrzeichen einer vergangenen Epoche betrachtet zu werden (Jungk hütete sich, diese Epoche näher zu bezeichnen).

Trotz 40 ° im Schatten (es gab keinen Schatten) herrschte auf der Veranstaltung eine ständige Begeisterung. Die 60er Jahre schienen zurückgekehrt und viele empfanden das auch so: Joan Baez sang "Just a little boy standig in the rain" und "The answer is blowin' in the wind" bildete das gemeinsame Schlußlied. Überhaupt ist der Geist der 60er Jahre wieder gegenwärtig in den "anti-nukes-movement". Nachdem nach Ende des Vietnamkrieges ein großer Teil der Oppositionellen im Schoße der Konsumgesellschaft, in Sekten, Drogen oder isolierten Kommunen reprivatisierte und Resigantion sich bei den anderen breit machte, sind jetzt wieder Zuversicht, Begeisterung und die wachsende Zahl sehr junger Mitarbeiter in der Bewegung kennzeichnend. Der Reinerlös von 30 000 Dollars für das Konzert

soll ebenso wie die Kundgebung selbst zur Vorbereitung der größten Anti-AKW-Demo der Westküste dienen. Am 30. Juni sollen 100 000 Leute gegen die Eröffnung der bereits fertiggestellten, nahe einer Erdbebenfalte gelegenen zwei AKWs von Diablo Canyon demonstrieren. Zur Zeit besteht als Folge des Three-Mile-Island-Unfalls ein 3-Monatsaufschub für die Inbetriebnahme aller neuen AKWs in den USA. Da sich auch der Governor von Californien, Brown, gegen AKWs ausgesprochen hat, stehen die Chancen recht gut, daß Diablo Canyon im Sinne Jungks sicher bleibt. Die Demonstration am 30 Juni soll ausdrücklich nur symbolisch sein ohne Versuch, das Gelände zu besetzen. Erst wenn Mitte August die 3-Monatsfrist abgelaufen ist und die Entscheidung für Inbetriebnahme fällt, soll in einer weiteren Demonstration "civil disobedience" geübt werden, wie hier die noch recht bescheidenen Versuche von gesetzüberschreitenden Aktionen genannt werden.

Rudi

SOLIDARITÄT FÜR NICARAGUA AUF DEM NÜRNBERGER KIRCHENTAG

NÜRNBERG
18. Juni

Auf dem Nürnberger Kirchentag hatte das Nicaragua-Komitee zwei Stände organisiert. Ihr Aufruf zur Solidarität hatte vollen Erfolg: 10.000 Leute beteiligten sich an einem spontanen Schweigemarsch; mehr als 40.000,– DM wurden gespendet. Der Österreichische Kanzler Kreisky muß jetzt tief in die Tasche greifen: er hatte versprochen, jede gespendete Mark für Nicaragua zu verdoppeln. Außerdem wurde vom Kirchentag eine Resolution verabschiedet, die die Regierung auffordert, sofort die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua abzubrechen und Somoza in keiner Weise mehr zu unterstützen.

Für die Solidarität in Frankfurt: Am 27., 28., 29. Juni findet eine Blutspendeaktion zwischen 10.oo und 18.oo Uhr statt. Für Freitag den 22. Juni ist eine Demonstration geplant, Ort wird noch bekanntgegeben. Wer außer Spenden noch in anderer Form „aktiv" werden will, soll bei Maria oder Juan Diego anrufen.
Frankfurt, Tel. 70 56 46 (Nicaragua-Komitee).

DÄNEMARK – INTERNATIONALES ANARCHISTISCHES SOMMERCAMP

Vom 2. Juli bis 17. Juli findet ein Sommercamp in Thy/Nordjütland/Dänemark statt.
Organisiert ist das Ganze von der anarchosyndikalistischen Organisation (ASO) die ein Mitglied der IWA (International workingmen's Association) ist.
Das Programm steht noch nicht genau fest, aber soviel ist klar: in der ersten Woche wird über Skandinavien gesprochen, in der zweiten über andere Länder. Diskussionsgruppen und Vorträge sollen organisiert werden über die spezifischen Probleme der einzelnen Länder, Probleme, die Mann/Frau am Arbeitsplatz hat, Sexualität und Sex(?) un d Generationsprobleme und über eine anarchistische Gesellschaft im Gegensatz zur kap. und kom. Gesellschaft.
Leute, die andere Vorschläge haben und die vielleicht sogar vorbereiten wollen, sollen schreiben. Dann würden sie versuchen, die Fahrtkosten zu erstatten.
Da das Camp auf einem Gelände stattfindet, daß dem Det Ny Samfund (Die neue Gesellschaft) gehört, kostet die Teilnahme 200 dänische Kronen. Dafür kann man aber ein Jahr lang auf dem Platz zelten.
Da es schwierig sein wird, Schlafgelegenheiten zu organisieren, sollten alle Zelte mitbringen.
Die Adresse: **The international camp committee DNS 79 Anarkistik-Syndikalistik Bogcafe, Studiestræde 18, 1455 Copenhagen, Denmark, Tel.: 01 13 03 24**



LANDGERICHT BONN PLANT LOKALTERMIN IN CHILE

Bonn
Juni 1979

Im Prozeß des chilenischen Mustergutes „Colonia Dignidad" gegen amnesty international hat am 30. Mai, vor dem Bonner Landgericht ein deutscher Polizeibeamter in wesentlichen Punkten die bisher gemachten Zeugenaussagen bestätigt, wie sie von sieben chilenischen Zeugen zugunsten amnesty international erbracht worden waren. Sie hatten alle übereinstimmend anhand von Wegbeschreibungen und anderen Indizien die Lage ihres Haft- und Folterortes beschrieben. Der Polizeibeamte hat 1971 das deutsche Landgut im Süden Chiles besucht.

Der Prozeß zieht sich schon eineinhalb Jahre lang hin. Im März 1977 hatte ai eine Broschüre mit dem Titel „Colonia Dignidad - Mustergut der Deutschen, ein Folterlager der DINA" veröffentlicht, in der behauptet wird, daß das von Deutschen geleitete Landgut ein geheimes Folterlager des chilenischen Geheimdienstes unterhielt. In Vertretung der „Colonia Dignidad" hat die in Siegburg ansässige „Private Sociale Mission" gegen diese Schrift eine einstweilige Verfügung erwirkt. Es obliegt nun ai, die aufgestellten Behauptungen zu beweisen.

Zur Zeit plant das Gericht einen Lokaltermin in der „Colonia Dignidad", um die von den Zeugen gemachten Aussagen vor Ort zu überprüfen. Für einen solchen Lokaltermin, in dessen Zusammenhang wahrscheinlich auch die in Chile befindlichen weiteren Zeugen vernommen werden, muß die chilenische Regierung ihre Zustimmung erteilen. Es bleibt abzuwarten, ob ein deutsches Gericht die von amnesty international und der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen erhobenen Vorwürfen in Chile selbst wird untersuchen können.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 287

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

4400 E 305 1

UTE LAMPING

HORNERSTR.17

D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

GITTERSTÄBE

Hunger- und Durststreiks 1
Rolf Heißler - fast erschossen 1
Frankfurt Erklärung der Preungesheimer Frauen 2
Westberlin Wie wird ein Zweifler zu einem Gläubigen ? 4
Westberlin I.Jandt - Moabiter Hexenprozeß 5
Westberlin Die Rote Hilfe - eine kopflose Raupe 6
Hamburg Angela Schmidt im Hungerstreik 21
Bochum Rechtspflege auf Socken 27

MILITÄR UND SO'N SCHEISS

M'gladbach Aktion gegen Gelöbnisablegung verboten 9
Hamburg Zivildienstler sollen das Elend verschweigen, das sie sehen 10

DARMSTADT REISE DURCH DIE PSYCHIATRIE 12

FRANKFURT Was wollt ihr denn auf dem Römer ? 15
Frankfurt Victor ist sauer und Martha meldet sich nicht 17
Frankfurt Wenig Rock, viel gegen Rechts - und trotzdem 1:0 für die Kultur 19

BETRIEB

Quaregnon (Belgien) Besetzung einer Jeans-Fabrik 23
Frankfurt Heinerle, was ist denn da ? -Deutsche Bibliothek- 25
Bochum Knochenmühle Opel/Fortsetzung 25

STÄDTE, BESETZUNGEN, FESTE

Westberlin UFA-Filmgelände besetzt 21
Hamburg Mieterfest 26
Neu-Isenburg Straßenfest 26
Kelkheim(Taunus) Platzbesetzer-Fest 26

KRAFT-WERK

Lüchow;
Lüchow-Dannenberg Wenn das kein Atomstaat ist ! 27
Oslo Expansion der Kolonialmacht Norwegen: Wasserkraftwerk am Alta-Fluß 27
Los Angeles
Los Angeles Anti-Atomenergie-Konzert 29

MEDIEN

Westberlin Sendeverbot für Sature
Westberlin Sendeverbot für Satire zum Grundgesetz-jubiläum 26

AUS ALLER WELT

Nürnberg Solidarität für Nicaragua 30
Dänemark Internationales anarchistisches Sommercamp 30
Bonn Landgericht plant Lokaltermin in Chile 30

FRANKFURT ID-HAUSBOMBE 20

Frankfurt Kommandomeldungen 21

KURZE AUF SEITE 22: Mespelbrunn:Umsonst und gewaltfrei/ Heilbronn: "Es ist so schön, Soldat zu sein..."/ Offenbach: Berufsverbot für Hans Wedel / Frankfurt:Was ist los in der Psychiatrie ? / Stuttgart: Schwuler Befreiungstag/ Hamburg: Gurr-Prozeß wegen Brokdorf-Demonstration/ Nürtingen: Fahrende Frauen/ Frankfurt: Studniks, wählt Liste 1/ Bensheim: Bau von Sonnenkollektoren

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352
Redaktionsschluß: Mittwoch 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Manfred Wallenborn

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 - für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**